

## 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs (1980–2007)

Erinnerungen sind Halbwachs zufolge stets mit sozialen Identitäten verknüpft<sup>1</sup>. Im universalistischen Nationsverständnis spielt der Bezug auf eine gemeinsame Geschichte eine wichtige Rolle. Renan wertete das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Geschichte als Teil des »plébiscite de tous les jours«<sup>2</sup>. Einheitliche sinnstiftende Erinnerungen sind demnach zentral für eine sich als universalistisch verstehende Nation. Aus diesem Grund zielt die Erinnerungspolitik in der Französischen Republik darauf ab, gemeinsame sinnstiftende Erinnerungen in den öffentlichen Raum zu tragen. Die kontroversen Debatten um den Algerienkrieg offenbaren jedoch, dass sich das kollektive Gedächtnis einer Nation nicht zentral von oben steuern lässt. Verschiedene Gruppenakteure sind mit ihren von gegenwärtigen Interessen geprägten, widerstreitenden kollektiven Erinnerungen an der Herausbildung der kollektiven Erinnerungen einer Nation beteiligt. Nationale Erinnerungen sind so, wie von Sivan und Winter herausgearbeitet, das Ergebnis von *agency*<sup>3</sup>. Erinnerungen werden hier dementsprechend als ein Teil des Diskurses verstanden – ein Diskurs über die Vergangenheit, der geprägt ist von den gegenwärtigen Interessen und Handlungen der in einen institutionellen und sozialen Rahmen eingebundenen Akteure.

Die Forschung konzentriert sich in den erinnerungshistorischen Untersuchungen zu den »harkis« auf die Suche der Nachkommen der Hilfssoldaten nach ihrer Identität in der Französischen Republik sowie auf die staatliche Erinnerungspolitik<sup>4</sup>. Wenig Beachtung findet hingegen die Frage, wie andere Akteure die staatliche Erinnerungspolitik prägten und die Erinnerungen der »harkis« selbst beeinflussten. Lediglich dazu, wie Vertriebenenverbände die Erinnerungen der »harkis« und an die »harkis« verzerrten, liegt eine Studie

1 HALBWACHS, Das Gedächtnis.

2 RENAN, Qu'est-ce qu'une nation?, S. 240f.

3 SIVAN, WINTER, Setting the Framework.

4 Vgl. zu der Identitätssuche der zweiten Generation u. a. IRELAND, Facing the Ghosts of the Past; vgl. zu der staatlichen Erinnerungspolitik BRILLET, Scène judiciaire.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

vor<sup>5</sup>. Diesem Teil der Arbeit liegt die Prämisse zugrunde, dass Akteure, die bereits den öffentlichen Diskurs um die Hilfssoldaten am Ende des französischen Kolonialreichs und um deren Integration in dem auf die einstige Metropole reduzierten Nationalstaat prägten, auch den Diskurs auf der Erinnerungsebene beeinflussten. Sie prägten in den Erinnerungsdiskursen bestimmte Bilder, die sie zur Durchsetzung ihrer eigenen Erinnerungsdeutung nutzen konnten. Auf der Grundlage von Verbandsorganen und archivalischen Verbandsquellen in Kombination mit archivalischen Quellen zur staatlichen Erinnerungspolitik kann herausgearbeitet werden, wie Verbände der muslimischen Elite, der »harkis« selbst sowie Repatriiertenverbände und Verbände des Kolonialmilitärs Bilder der »harkis« für ihre gezielte Lobbyarbeit nutzten. Zentral bleibt dabei die Frage, inwiefern die Bilder von kolonialen Kontinuitäten geprägt waren.

Mit dem Veteranenverband Fnaca gewinnt hier ein Akteur an Bedeutung, der der kolonialkritischen Linken zuzuordnen ist. Dieser Verband prägte durch seine erinnerungspolitische Lobbyarbeit die Erinnerungen an die »harkis« auf eine sehr spezielle Art und Weise. Aus dem kolonialkritischen Lager beeinflussten zudem kolonialkritische Intellektuelle die Erinnerungsdiskurse um die ehemaligen Hilfssoldaten. Sie wiederholten in veröffentlichten Texten ihre bereits während der Phase der Dekolonisation geäußerte Kolonialkritik und gingen dabei auch auf die Hilfssoldaten ein. Auch die maghrebinsche Gemeinde bleibt als Akteur relevant. Besonders relevant ist hier die Frage, inwiefern sich die seit den 1980er Jahren ausgemachte Annäherung zwischen den Nachkommen der Hilfssoldaten und den Nachkommen einstiger Arbeitsmigranten aus dem Maghreb in den Motiven und Topoi der »harkis« niederschlugen, die die Erinnerungsdebatten prägten.

Zentral ist selbstverständlich auch auf der Ebene der Erinnerungen die Frage nach der Selbstpositionierung der Hilfssoldaten selbst und der Position ihrer Nachkommen. Für diese Akteure ist die Frage nach der Vergangenheitsdeutung in erster Linie eine Frage der Identität. Die Untersuchungen ihrer Position in den Erinnerungsdebatten ist demnach zentral für ihre Selbstpositionierung in der französischen Nation zwischen Universalismus und kolonialen Kontinuitäten.

### 4.1 Die Erinnerungspolitik Jacques Chiracs

Die staatliche erinnerungspolitische Aufarbeitung des Algerienkriegs insgesamt und explizit auch die Aufarbeitung der Geschichte der »harkis« werden in der Forschung eng mit der Person Jacques Chiracs verknüpft. Es war Chirac,

<sup>5</sup> ELDRIDGE, From Empire to Exile.

der sich während seiner Amtszeit den Ereignissen in der französischen Geschichte widmete, die bis dahin von offizieller Seite tabuisiert worden waren. Chirac zerstörte den Mythos, zur Zeit der deutschen Besatzung 1940–1944 habe sich die französische Nation aus einem Volk von Widerstandskämpfern geformt, indem er die Kollaboration des Vichy-Regimes offiziell anerkannte<sup>6</sup>. Auch bezüglich des Algerienkriegs fielen wichtige erinnerungspolitische Schritte in die Amtszeit Chiracs. Während seiner Präsidentschaft erkannte die Regierung den Algerienkrieg 1999 offiziell als Krieg an. Es ist seitdem nicht mehr von der bis dato verwendeten Bezeichnung der »Operation zur Aufrechterhaltung der Ordnung« die Rede, sondern es wird offiziell anerkannt, dass die französische Armee in Algerien einen Krieg führte<sup>7</sup>. Der französische Historiker Étienne François zeigt auf, dass sich diese beiden großen erinnerungspolitischen Debatten nicht nur durch eine Parallelität auszeichneten, sondern auch durch Verflechtungen. Teils prägten die gleichen Akteure die Debatten<sup>8</sup>. Der auf die Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit spezialisierte Historiker Henry Rousso stellte die These auf, die Debatten um das Regime von Vichy hätten eine Beschleunigung der Debatten um den Algerienkrieg nach sich gezogen<sup>9</sup>. Enjelvin leitete daraus die These ab, Chirac habe den Algerienkrieg und somit auch die Vergangenheit der »harkis« im Windschatten der Debatten um die Vichy-Vergangenheit in die Geschichte der Französischen Republik integriert<sup>10</sup>.

Eine Auseinandersetzung mit den erinnerungspolitischen Aktivitäten Chiracs vor seiner Zeit als Präsident zeigen jedoch, dass Chirac sich nicht erst in Folge der Debatten um die Vichy-Vergangenheit mit dem Algerienkrieg und somit auch mit der Rolle der Hilfssoldaten in diesem Krieg beschäftigte, sondern dass ihn dieses Thema über viele Jahre seiner politischen Laufbahn begleitete. Bereits 1981, als Chirac in der Präsidentschaftskampagne gegen Mitterrand antrat, erklärte er auf Nachfrage der Anfanoma, er wolle im Falle eines Wahlsiegs den Anliegen der muslimischen Repatriierten insgesamt, im Speziellen den Anliegen der ehemaligen Hilfssoldaten, besondere Beachtung schenken. Dabei bezog er sich nicht nur auf deren soziale und materielle Situation,

6 Vgl. zur Erinnerung an das Frankreich unter der Vichy-Regierung Henry Rousso, *Vichy, l'événement, la mémoire, l'histoire*, Paris 2001; Dietmar HÜSER, Vom schwierigen Umgang mit den »schwarzen« Jahren in Frankreich. Vichy 1940–1944 und 1944/45–1995, in: Holger AFFLERBACH, Christoph CORNELISSEN (Hg.), *Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierung nach 1945*, Tübingen 1997, S. 87–118; Éric CONAN, Henry ROUSSO, *Vichy, un passé qui ne passe pas*, Paris 1994.

7 Vgl. hierzu u. a. RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs*, S. 437–440.

8 FRANÇOIS, *Die späte Debatte um das Vichy-Regime*.

9 Vgl. ROUSSO, *La guerre d'Algérie*.

10 Vgl. ENJELVIN, *Entrée des harkis*, S. 61–75.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

sondern betonte bereits, dass er die erinnerungspolitische Aufarbeitung ihrer Vergangenheit als relevant ansah. Ihre Vergangenheit sei »une des pages les plus douloureuses de notre histoire« und er wolle sich dafür einsetzen, dass dieses Kapitel der Geschichte endlich geschlossen werden könne<sup>11</sup>. Nachdem er in der Präsidentschaftswahl hinter Mitterrand zurückblieb, bemühte sich Chirac in seiner Funktion als Bürgermeister von Paris, dieses Versprechen einzuhalten. 1984 richtete er dort auf kommunaler Ebene eine *commission extramunicipale* ein, die sich speziell mit den Problemen der muslimischen Repatriierten befasste. Dass diese Kommission für ihn von außerordentlicher Bedeutung war, zeigte er, indem er die konstituierende Sitzung selbst leitete. Die Kommission befasste sich in erster Linie mit den Problemen, die in den 1980er Jahren vorherrschten: die sozialen und ökonomischen Probleme der Gemeinschaft, insbesondere die mangelnde Bildung und die hohe Arbeitslosigkeit der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten. Es zeichnete sich jedoch bereits ab, dass Chirac gedachte, erinnerungspolitische Aktivitäten zu fördern. Die Kommission schenkte der Konzeption einer Ausstellung über die Vergangenheit der muslimischen Repatriierten, mit besonderem Augenmerk auf die schwierige Vergangenheit der ehemaligen Hilfssoldaten, viel Aufmerksamkeit. Die Ausstellung wurde schließlich 1987 im Pariser Rathaus der Öffentlichkeit zugänglich gemacht<sup>12</sup>.

Im Jahre 1986 standen erneut bedeutende Wahlen an. Chirac hoffte nun, mit seiner Partei in den Wahlen zur Nationalversammlung die Mehrheit der französischen Bürger für sich gewinnen zu können. Auch in diesem Wahlkampf machte er deutlich, dass die muslimischen Repatriierten einen festen Platz in seiner politischen Agenda hatten. Das CNMF sandte im Vorfeld der Wahlen ein Memorandum an verschiedene Abgeordnete, in dem die seiner Ansicht nach zu lösenden Probleme der muslimischen Repatriierten aufgelistet waren. Die Antwort Chiracs auf dieses Memorandum fiel im Vergleich zu den Antworten der anderen Abgeordneten sehr ausführlich aus. Er antwortete zunächst persönlich und betonte, welche Bedeutung »cette communauté, qui a tout sacrifié par amour de la France«, für ihn habe. Wenn es die »alternance démocratique« erlaube, wolle er sich auf nationaler Ebene ihrer Probleme annehmen, wie er es bis jetzt in Paris umgesetzt habe<sup>13</sup>. Jean Tiberi, Chiracs engster Mitarbeiter im Rathaus von Paris, wandte sich kurz nach dem knappen Wahlsieg von Chiracs Partei RPR erneut an Wormser und hob das Engagement Chiracs für die muslimischen Repatriierten hervor. Chirac sei überzeugt davon,

11 Les réponses des candidats, in: France-Horizon 221 (1981), S. 8.

12 Ville de Paris, cabinet du maire, commission extramunicipale des Français musulmans. Réunion du 23 février 1987, AN: vers. 20120054/109.

13 Jacques Chirac, maire de Paris, à André Wormser, président du CNMF, 7.3.1986, AN: vers. 201020054/90.

dass es eine »exigence morale« und ein »devoir politique« sei, die »dette nationale« gegenüber dieser Gemeinschaft zu begleichen, die er als »enfants délaissés« bezeichnete. Die französische Nation stehe diesen »compatriotes méritants« gegenüber in der Schuld, weshalb ihnen die nationale Gemeinschaft »la place et la reconnaissance qui leur reviennent« zuteilen müsse<sup>14</sup>. Chirac sprach so bereits in den 1980er Jahren von einer nationalen Schuld gegenüber den muslimischen Repatriierten, die sich darauf bezog, dass er sie als von der französischen Gemeinschaft vernachlässigte französische Staatsbürger verstand.

Chirac äußerte diese Worte in einer Zeit, die die Forschung gemeinhin als Zeit der kollektiven Verdrängung der Erinnerungen an den Algerienkrieg charakterisiert<sup>15</sup>. Jan Jansen ebenso wie Frank Renken zeigen jedoch, dass bis in die 1990er Jahre lediglich von staatlich-offizieller Seite keine Aufarbeitung des Algerienkriegs stattfand. Verschiedene Akteure des Kriegs taten sich hingegen bereits direkt nach Kriegsende durch erinnerungspolitische Aktivitäten hervor<sup>16</sup>. Insbesondere die verschiedenen Interessenvertretungen der europäischen Repatriierten betätigten sich auf dem Feld der Erinnerungsarbeit und setzten sich dabei auch mit der Vergangenheit der muslimischen Repatriierten auseinander. Um seine Wahlversprechen unter Beweis zu stellen, unterstützte Chirac diese Verbände in ihrer Arbeit. Als der Repatriiertenverband Jeune pied-noir (JPN) 1986 die Kampagne »Hommage aux harkis« anstieß, um an die für die Nation erbrachten Opfer der ehemaligen Hilfssoldaten zu erinnern, unterstützte Chirac diese Kampagne. Er beglückwünschte die Initiatoren zu dieser Kampagne, die gegen die Indifferenz und gegen das Vergessen ankämpfe. Er habe, als er selbst für Frankreich gekämpft habe, »l'exceptionnel attachement à la patrie dont faisaient preuve les harkis, [...] attachement qui n'avait d'égal que leur fierté de servir et leur bravoure au feu« zu schätzen gelernt. Ihnen habe keine größere Ungerechtigkeit geschehen können, als dass diese Verbundenheit zu Frankreich in Vergessenheit geriete, schrieb er an die Initiatoren der Kampagne<sup>17</sup>. Er beschrieb die ehemaligen Hilfssoldaten als Soldaten Frankreichs und unterstellte ihnen, die Entscheidung für die französische Seite aus Patriotismus und aus Überzeugung für die *Algérie française* getroffen zu haben. Seine Worte zeigen, dass er nicht nur in seiner Rolle als Premierminister zu den Initiatoren der Kampagne sprach, sondern auch als Zeitzeuge, als ehemaliger

14 Jean Tiberi, Ville de Paris, le premier adjoint, à André Wormser, président du CNMF, 1.4.1986, AN: vers. 20120054/90.

15 Das Motiv der kollektiven Verdrängung prägte Benjamin Stora. Vgl. STORA, *La gangrène et l'oubli*.

16 Vgl. JANSEN, *Politics of Remembrance*; RENKEN, *Frankreich im Schatten des Algerienkriegs*.

17 Premier ministre Jacques Chirac à l'association JPN, 5.6.1986, AN: vers. 20120054/95.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Angehöriger der französischen Armee, der selbst während des Algerienkriegs als Leutnant für ein französisches Algerien gekämpft und dabei auch muslimische Hilfssoldaten befehligt hatte<sup>18</sup>. Seine Rhetorik glich der Rhetorik, mit der de Gaulle 1958 nach außen die Integrationspolitik verkündet hatte und an der Verteidiger der *Algérie française* auch über die Unabhängigkeit Algeriens hinaus festhielten.

Chirac plädierte in seinem erinnerungspolitischen Diskurs dafür, die muslimischen Repatriierten, auch die ehemaligen Hilfssoldaten, als überzeugte Soldaten der *Algérie française* in das Gedenken an die koloniale Vergangenheit Frankreichs und an den Algerienkrieg einzuschreiben. In einer Erklärung, die er als Premierminister im November 1986 in der Nationalversammlung abgab, verdeutlichte er, wie er die koloniale Vergangenheit Frankreichs interpretierte. Er kündigte an, einen Ort zum Gedenken an das einstige französische Empire errichten zu wollen. In dieser Gedenkstätte solle der »œuvre civilisatrice de la France d'outre-mer« gedacht werden<sup>19</sup>. Die koloniale Vergangenheit stellte er mit diesen Worten als zivilisatorische Leistung der Kolonialarmee und der europäischen Siedler dar, denen die Nation zu einem »fervent hommage« verpflichtet sei<sup>20</sup>. In diesen »fervent hommage« gedachte er auch die muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten einzuschreiben. Im Februar 1987 verkündete Chirac, durch die neue Gedenkstätte solle auch der Beitrag der muslimischen Militärs, der »fils d'une tradition militaire très ancienne faite de bravoure, d'abnégation devant le danger, de respect de l'ennemi«, gewürdigt werden<sup>21</sup>. Er beschrieb die muslimischen Militärs mit diesen Worten nicht nur als »treue Soldaten Frankreichs«, sondern plante, sie als Unterstützer des hauptsächlich von der Kolonialarmee und den europäischen Siedlern getragenen Zivilisierungsprojektes in der nationalen Geschichte zu verankern.

Mit seiner Deutung der kolonialen Vergangenheit stellte sich Chirac an die Seite der Verteidiger der *Algérie française*. Er profilierte sich mit seinem erinnerungspolitischen Diskurs als Verbündeter sowohl der europäischen als auch der muslimischen Repatriierten. Dementsprechend hoffte er, 1995 in der Präsidentschaftswahl mit deren Stimmen rechnen zu können. Als er in den Wahlkampf eintrat, wandte er sich an die Anfanoma und versprach, den Weg, den er erinnerungspolitisch eingeschlagen hatte, fortsetzen zu wollen. Besonders hob er erneut die erinnerungspolitischen Maßnahmen gegenüber den ehemaligen

18 DROZ, Lieutenant en Algérie.

19 Extraits des déclarations du Premier ministre, Assemblée nationale, séance du 12 novembre 1986, abgedruckt in: Colloque national des rapatriés d'origine nord-africaine, 30.5.1987, AN: vers. 20210054/109.

20 Ibid.

21 Hommage aux anciens combattants musulmans, in: France-Horizon 279 (1987), S. 6.

Hilfssoldaten hervor. Ihnen gegenüber müsse die Politik auf zwei Säulen beruhen: »hommage et défi«<sup>22</sup>. Chirac konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erklären, er werde derjenige sein, der erstmals die von ihnen für die französische Nation erbrachten Opfer anerkennen würde. Im Jahre zuvor hatte bereits die Kohabitationsregierung des Premierministers Édouard Balladur ein Gesetz erlassen, das den ehemaligen Hilfssoldaten nicht nur finanzielle Hilfen zusicherte; mit dem Artikel 1 bezeugte die Französische Republik »sa reconnaissance« gegenüber den »rapatriés anciens membres des formations supplétives et assimilés ou victimes de la captivité en Algérie pour les sacrifices qu'ils ont consentis«<sup>23</sup>. Chirac würdigte gegenüber der Anfanoma ausdrücklich diesen Schritt, sah jedoch dieses Gesetz allein noch nicht als ausreichende Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten an. Ihnen im Namen der Französischen Republik Anerkennung für ihre Dienste für die Republik zu zollen, bezeichnete er als »une affaire de cœur« und als »une affaire d'honneur«. Er maß dieser Geste deshalb so viel Bedeutung zu, da er sie als notwendigen Schritt zur Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in die Französische Republik wertete. Eine solch symbolische Geste sei für deren Integration in die Republik ebenso bedeutend wie soziale und wirtschaftliche Maßnahmen<sup>24</sup>.

Nach seinem Amtsantritt setzte Chirac jedoch trotz dieser Ankündigungen zunächst andere erinnerungspolitische Akzente. Sehr bald nach seinem Amtsantritt wagte er den Schritt, dem sich sein Vorgänger Mitterrand verweigert hatte. Opferverbände hatten Mitterrand 1992 bei den Gedenkveranstaltungen zur Razzia des Vél d'Hiv aufgefordert, deutliche Worte zur Verantwortung Frankreichs an dem an europäischen Juden begangenen Völkermord zu finden. Mitterrand war dieser Aufforderung nicht nachgekommen. Man könne von der Französischen Republik nicht verlangen, Rechenschaft für diese Vergangenheit abzulegen, da das Vichy-Regime dafür die Verantwortung trage, begründete Mitterrand seine Entscheidung<sup>25</sup>. Chirac hingegen erklärte im Juli 1995 nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt gegenüber Opferverbänden, zumindest die Militärmiliz und die Gendarmerie und somit Teile des französischen

22 Anfrage an Präsidentschaftskandidaten zu Maßnahmen für muslimische und europäische Repatrierte. Réponses de Jacques Chirac, in: France-Horizon 359–360 (1995), S. 5.

23 Loi n° 94–488 du 11 juin 1994 relative aux rapatriés anciens membres des formations supplétives et assimilés ou victimes de la captivité en Algérie, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=LEGITEXT000005616003> (26.2.2020).

24 Anfrage an Präsidentschaftskandidaten zu Maßnahmen für muslimische und europäische Repatrierte. Réponses de Jacques Chirac, in: France-Horizon 359–360 (1995), S. 5.

25 CONAN, ROUSSO, Vichy, S. 33–46.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Staatsapparats trügen eine Teilverantwortung für die Deportationen und den Völkermord<sup>26</sup>. Durch diese Äußerung nährte Chirac die Erwartungen verschiedener Verbände, es werde ein öffentliches Bekenntnis zur Mitschuld des französischen Staates an den Massakern geben, die nach den Abkommen von Évian an den in Algerien zurückgelassenen Hilfssoldaten verübt worden waren. Verschiedene Interessensvertretungen der muslimischen Repatriierten sowie die Verbände europäischer Repatriierter forderten Chirac auf, die für diese Massaker Verantwortlichen zu benennen und die Verantwortung der Französischen Republik auszusprechen. Sie wollten hierbei keinen geringeren Namen als »de Gaulle« hören. Repatriiertenverbände warfen diesem vor, die ehemaligen Hilfssoldaten bewusst den Massakern ausgeliefert zu haben. Sie forderten von Chirac, dieses Handeln de Gaulles als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen<sup>27</sup>.

1987 war in Frankreich der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden. Dieser Prozess begründete in Frankreich die Tradition der Verrechtlichung der Vergangenheitsaufarbeitung. Es sollten weitere Prozesse gegen Verantwortliche des Vichy-Regimes folgen, denen die Staatsanwaltschaft ebenfalls Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwarf<sup>28</sup>. 1997 hatte sich Maurice Papon vor Gericht für seine Beteiligung an der Deportation europäischer Juden als Repräsentant des Vichy-Regimes wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten. Als Generalsekretär der Präfektur in der Region Bordeaux war er für die Deportation europäischer Juden verantwortlich. Vor Gericht wurde jedoch nicht nur seine Rolle während des Vichy-Regimes beleuchtet, sondern auch seine Aktivitäten als Polizeipräfekt von Paris. Die Ereignisse vom 17. Oktober 1961 kamen vor Gericht zur Sprache. Die Staatsanwaltschaft lud den französischen Historiker Jean-Luc Einaudi, der ausführliche Recherchen zu diesen Ereignissen durchgeführt und 1991 die Ergebnisse veröffentlicht hatte, als Zeuge vor. Der Richter kam unter anderem aufgrund dessen Aussage zu dem Schluss, dass in Paris am 17. Oktober ein »Massaker« stattgefunden habe. Somit hatte erstmals ein Vertreter der Französischen Republik im Kontext des Algerienkriegs von einem Massaker gesprochen, was zu einer Verdichtung der

<sup>26</sup> Annette WIEVIORKA, Analyse du discours de Jacques Chirac du 16 juillet 1995, in: *L'Histoire*, 16.3.2016, <http://www.lhistoire.fr/analyse-du-discours-de-jacques-chirac-du-16-juillet-1995> (26.2.2020).

<sup>27</sup> Vgl. hierzu [Kap. 4.3](#).

<sup>28</sup> Vgl. dazu u. a. Nancy WOOD, Memory on Trial in Contemporary France. The Case of Maurice Papon, in: *History & Memory* 11 (1999), S. 41–76.

Debatten um den Algerienkrieg führte<sup>29</sup>. Der französische Historiker Henry Rousso bezeichnet das Jahr 1997 als erinnerungspolitischen Wendepunkt. Die Auseinandersetzungen um die Vichy-Vergangenheit Frankreichs hatten die vorhergehenden Jahre geprägt und waren noch nicht beendet. Sie verloren jedoch an Intensität, während die Debatten um den Algerienkrieg an Intensität gewannen<sup>30</sup>. Es setzten nun erstmals Debatten über das Vorgehen der französischen Armee und der französischen Polizei während des Algerienkriegs ein, die im Jahre 2000 in einer Folterdebatte kulminierten<sup>31</sup>.

Während nun kolonialkritische Stimmen von Chirac forderten, Verbrechen der französischen Armee anzuerkennen, verstärkten zugleich die Verteidiger der *Algérie française* ihre Forderung, die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten als von de Gaulle begangenes Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen. Trotz der Versprechen gegenüber den Repatriiertenverbänden reagierte Chirac nicht auf diese Forderungen. Er zögerte, die Massaker öffentlich zu verurteilen, obwohl einer seiner engsten Mitarbeiter bereits knapp zehn Jahre zuvor in seinem Namen von einer »dette nationale« gesprochen hatte und Chirac selbst mehrmals die Bedeutung einer symbolischen Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten für deren Integration in die Republik hervorgehoben hatte<sup>32</sup>. Das Zögern Chiracs ist damit zu erklären, dass er sich als Präsident aller Franzosen verstand und es deshalb vermied, sich zu deutlich auf die Seite einer Partei im Erinnerungsstreit zu stellen. Zudem ist sein Zögern auch mit der Rolle de Gaulles in der Geschichte des Algerienkriegs zu erklären. Für Chirac, der in der Forschung als »héritier politique du général de Gaulle« angesehen wird, war es ein unvergleichbar größerer Schritt, de Gaulle und somit den Gründer der Fünften Französischen Republik zu verurteilen, als Teile des unter der Vichy-Regierung agierenden Polizei- und Militärapparats<sup>33</sup>.

Der Druck auf Chirac erhöhte sich in dieser Frage weiter, nachdem der algerische Präsident Abdelaziz Bouteflika im Jahr 2000 einen offiziellen Staatsbesuch in Frankreich absolviert hatte. Bouteflika nutzte seinen Aufenthalt in Frankreich, um sich zur Rolle der Hilfssoldaten im Algerienkrieg zu äußern. In einem Interview im französischen Fernsehen verglich er die »harkis« mit den französischen Kollaborateuren während der deutschen Besatzungszeit und betonte, die Zeit für eine Versöhnung mit den »harkis« sei noch nicht gekom-

29 Joe McCORMACK, Social Memories in (Post)Colonial France. Remembering the Algerian War, in: *Journal of Social History* 44 (2011), S. 1129–1138, hier S. 1131f.

30 Rousso, *La guerre d'Algérie*.

31 Vgl. hierzu [Kap. 4.6](#).

32 Vgl. hierzu [Kap. 4.3](#).

33 Annie COLLOVALD, *Jacques Chirac et le gaullisme*, Paris 1999, S. 7.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

men<sup>34</sup>. Chirac reagierte auf diese Äußerung zunächst nicht, obwohl Repatriierten- und Veteranenverbände ebenso wie die Vertreter der muslimischen Repatriierten eine klare Stellungnahme von ihm erwarteten. Chiracs Zögern muss in diesem Fall im Kontext seiner Außenpolitik gelesen werden, die auf eine algerisch-französische Annäherung abzielte<sup>35</sup>. Sein Schweigen bot Anlass zur Kritik an seiner Person. Verschiedene Stimmen waren zu hören, die ihm vorwarfen, er ordne entgegen seiner allgemeinen Rhetorik die ehemaligen Hilfssoldaten wie bereits de Gaulle 1962 anderen Staatsinteressen unter und stelle so unter Beweis, dass er sie eben nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger ansehe<sup>36</sup>. Um diesem Vorwurf zu entgegnen, brach Chirac sein Schweigen und gab zu Protokoll, er sei schockiert von den Äußerungen Bouteflikas. Die »harkis« seien »Français à part entière« und könnten sich »du respect et de la reconnaissance de la communauté nationale française« sicher sein<sup>37</sup>. Auch Vertreter seiner Regierung reagierten auf die Worte des algerischen Staatspräsidenten. Der Generaldirektor des ONAC Serge Barcellini erklärte, die Hilfssoldaten seien während des Algerienkriegs Soldaten Frankreichs gewesen, da Algerien integraler Bestandteil der Französischen Republik gewesen sei. Sie mit Kollaborateuren zu vergleichen, sei ein historischer Anachronismus. Zudem stelle der Vergleich vor allem eine »faute morale« dar<sup>38</sup>. Barcellini betonte, man müsse immer wieder daran erinnern, dass auch die Hilfssoldaten Soldaten Frankreichs gewesen seien, und sie heute dementsprechend ehren<sup>39</sup>.

Nur wenige Monate nach den Äußerungen Bouteflikas stellten Präsident und Regierung ihre Absichten unter Beweis. Erstmals nahm offiziell eine Delegation muslimischer Soldaten und auch Hilfssoldaten an den Feierlichkeiten zum Gedenken an den Waffenstillstand vom 11. November 1918 teil. Die Regierung lud eine breite Delegation ehemaliger muslimischer Soldaten und Hilfssoldaten ein, sich an der Zeremonie zu beteiligen. Besonders setzte sie die Niederlegung eines Kranzes am Grab des unbekanntes Soldaten durch einen ehemaligen Hilfssoldaten, begleitet von seiner Tochter und seinem Sohn, in Szene<sup>40</sup>. Mit diesem Akt betonte sie nicht nur, dass sie die Hilfssoldaten als Soldaten

34 Bouteflika et les harkis, 10.8.2004, <http://www.ina.fr/video/2630373001020> (26.2.2020).

35 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 138–146.

36 Vgl. hierzu vor allem Kap. 4.3 und 4.7.

37 Zitiert nach: Les harkis défendent leur »honneur bafoué«, in: Le Monde, 17.7.2000.

38 Zitiert nach: Antwortschreiben Barcellini, directeur général de l'ONAC, à Rabah Kheliff, 24.7.2000, abgedruckt in: Français musulmans 98 (2000).

39 Ibid.

40 Journée commémorative du 11 novembre 2000, in: Français musulmans 99 (2000).

Frankreichs anerkannte, sondern zollte zugleich auch der zweiten Generation Respekt und erkannte indirekt die Schuld der Republik ihnen gegenüber an.

Diese Schuld gestand Chirac schließlich ein Jahr später offen ein. In seinem Auftrag organisierte das ONAC für den 21. September 2001 die Journée nationale d'hommage aux harkis. An diesem Tag war zunächst nur eine einmalige Gedenkfeier vorgesehen, die zentral in Paris und zusätzlich in 23 Départements begangen wurde. Zu diesem Anlass wurden an zentralen Orten Gedenktafeln eingeweiht, deren Inschrift aus dem Wortlaut des Artikels 1 des Gesetzes von 1994 bestand, wodurch die Französische Republik den ehemaligen Hilfssoldaten ihre Anerkennung zollte<sup>41</sup>. Chirac selbst führte mit einer Rede die zentrale Gedenkveranstaltung in Paris an. Er weihte nicht nur die Gedenktafel ein, sondern verlieh ehemaligen Hilfssoldaten militärische Ehrenmedaillen, den Offiziersrang und ernannte einige wenige zu Rittern der Ehrenlegion<sup>42</sup>. Nicht nur durch den militärischen Charakter der Veranstaltung, sondern auch mit seiner Wortwahl betonte Chirac, dass er die ehemaligen Hilfssoldaten als Soldaten Frankreichs betrachtete, die sich bewusst für den Kampf in den Reihen der französischen Armee entschieden hätten. Die Gedenkfeier sei »un rendez-vous avec l'honneur, avec la fierté d'hommes qui se sont battus pour la France et pour les idéaux qu'elle représente«. Durch ihre Entscheidung für Frankreich seien sie gemäß des universalistischen Selbstverständnisses der Republik als Bürger Frankreichs anzusehen. Denn die Zugehörigkeit zur Nation werde in Frankreich nicht allein durch Geburt und Boden entschieden, sondern vor allem durch »l'adhésion aux valeurs de la République et [...] la volonté de vivre ensemble«. Dadurch entstünden besondere Verpflichtungen der Nation den Bürgern gegenüber, für welche die französische Staatsbürgerschaft »un choix et, plus encore qu'un choix, un combat« dargestellt habe<sup>43</sup>. Er leitete aus diesen Worten die Verantwortung der Republik gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten ab, die sich gemäß dem universalistischen Verständnis der Republik für Frankreich und die Werte der Republik entschieden hätten und demnach französische Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten seien. Zugleich stilisierte Chirac sie zu militärischen Helden. Als französische Soldaten hätten sie einen

41 ONAC. Journée d'hommage nationale aux anciens harkis, 25 septembre 2001, bilan présenté par les services départementaux de l'ONAC, 29.10.2001, AN: vers. 20070309/58.

42 Ministère de l'Emploi et de la Solidarité, le préfet, délégué aux rapatriés, Louis Monchovet, à André Wormser, président de l'association CNMF, 23.4.2001, AN: vers. 20120054/88.

43 Discours de M. Jacques Chirac, président de la République, à l'occasion de la Journée nationale d'hommage aux harkis, 25.9.2001, <http://www.jacqueschirac-asso.fr/fr/wp-content/uploads/2010/04/Hommage-national-aux-harkis-septembre-2001.pdf> (26.2.2020).

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Platz in der »mémoire militaire« Frankreichs verdient<sup>44</sup>. Er ehrte sie somit als Bürger und zugleich als Soldaten Frankreichs.

Chirac sprach in seiner Rede auch an, in welchen Punkten sich Frankreich den ehemaligen Hilfssoldaten gegenüber schuldig gemacht habe. Der Algerienkrieg sei von »moments héroïques« gekennzeichnet gewesen, jedoch auch von »déchirements et [des] horreurs«<sup>45</sup>. Explizit sprach Chirac damit die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten an. Er bezeichnete es als eine republikanische Pflicht, keinen dieser Toten zu vergessen. Der Gedenktag solle »la gratitude indéfectible de la France envers ses enfants meurtris par l’Histoire« bezeugen, stelle jedoch zugleich die Möglichkeit dar, an den »devoir moral« Frankreichs zu erinnern, der sich aus dieser Geschichte ergebe<sup>46</sup>. Chirac räumte nicht nur ein, dass die Massaker stattgefunden hatten, sondern er schrieb mit folgenden Worten zugleich dem französischen Staat eine Mitschuld an diesen Massakern zu: »La France, en quittant le sol algérien, n’a pas su les empêcher. Elle n’a pas su sauver ses enfants«<sup>47</sup>. Mit diesen Worten erkannte er erstmals offiziell die Mitverantwortung des französischen Staates für diese Massaker an. Er blieb jedoch in seiner Wortwahl sehr allgemein und vermied es, wie von verschiedenen Verbänden gefordert, de Gaulle oder Angehörigen der damaligen Regierung die Verantwortung zuzuschreiben.

Chirac ging in seinem Schuldeingeständnis über die Massaker hinaus. Er räumte zugleich Fehler in der Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte ein. Während die »tradition républicaine« Frankreichs »le système des communautés« verbiete, habe man damals »dans l’urgence, le choix de la séparation et de l’isolement« getroffen. Die Folgen dieser Politik seien noch heute spürbar, nicht nur für die ehemaligen Hilfssoldaten, sondern auch für deren Söhne und Töchter. Aufgrund der prekären Lebensumstände, in denen sich ihre Eltern nach dem Krieg in Frankreich wiedergefunden hätten, sei ihnen das Recht auf Chancengleichheit genommen worden<sup>48</sup>. Er erklärte zudem, er teile die Verbitterung der Hilfssoldaten und deren Nachkommen »devant certaines attitudes et certains propos« und verurteilte mit diesen Worten, ohne es explizit auszusprechen, die Äußerungen Bouteflikas<sup>49</sup>. Chirac nutzte den Gedenktag auf diese Weise zu einem umfassenden Schuldeingeständnis nicht nur gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten selbst, sondern auch gegenüber deren Kindern. Aller-

44 Ibid.

45 Ibid.

46 Ibid.

47 Ibid.

48 Ibid.

49 Ibid.

dings schränkte er die staatliche Verantwortung ein, indem er sowohl das Zögern der damaligen Regierung und de Gaulles, die ehemaligen Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen, als auch die Integrationspolitik mit den gewaltigen Herausforderungen, mit denen sich Staatspräsident und Regierung nach dem Ende des Algerienkriegs konfrontiert gesehen hätten, erklärte. Nicht um die ehemaligen Hilfssoldaten mit ihren Familien aus der Republik auszugrenzen, sondern »en urgence« habe man sich für die Unterbringung in den Lagern und Walddörfern entschieden.

Der Gedenktag und insbesondere die Rede Chiracs können als wichtige Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten gewertet werden. Der Staatspräsident achtete jedoch auch in seinen folgenden erinnerungspolitischen Entscheidungen stets darauf, die ehemaligen Hilfssoldaten in das staatliche Gedenken an die koloniale Vergangenheit und insbesondere an den Algerienkrieg, einzubeziehen. Drei Projekte sollte Chirac diesbezüglich während seiner Amtszeit verwirklichen: Es sollte ein Denkmal für die Opfer des Algerienkriegs entstehen, er bemühte sich, die Auseinandersetzungen um einen Gedenktag an den Algerienkrieg zu lösen, und versuchte zudem, das Entschädigungsgesetz für Repatriierte ein letztes Mal zu korrigieren. Bei allen drei Projekten sah sich der Staatspräsident mit der Schwierigkeit konfrontiert, sich in der staatlichen Erinnerungspolitik an dem Ideal des Universalismus zu orientieren. Er bemühte sich, als Schlichter in der *guerre des mémoires* aufzutreten und aus den Forderungen der verschiedenen Interessengruppen einen Kompromiss zu formen.

Um ein Denkmal zu gestalten, mit dem sich die Vertreter der beiden in ihren Positionen stark divergierenden Veteranenverbände Fnaca und UNC identifizieren konnten, hatte Chirac bereits Ende der 1990er Jahre eine Kommission gegründet, die sich aus Vertretern dieser Veteranenverbände, Historikern und Parlamentariern zusammensetzte. Der Kommission gehörten keine Vertreter der ehemaligen Hilfssoldaten und auch keine Vertreter der muslimischen Elite an. Allerdings zeigte sie dennoch Interesse, die muslimischen Militärs in die Konzeption des Denkmals einzubeziehen. Die Kommission widmete eine ihrer Sitzungen der Frage, wie die Hilfssoldaten in das Denkmal eingeschrieben werden sollten. Um diese Frage zu erörtern, lud sie die Vorsitzenden von Interessensvertretungen muslimischer Militärs ein und forderte diese auf, ihre Wünsche und Vorstellungen einzubringen. Diese äußerten vor allem den Wunsch, nicht nur die Namen der gefallenen Hilfssoldaten als »morts pour la France« aufzulisten, sondern auch die Namen der Hilfssoldaten, die nach den Abkommen von Évian ermordet oder verschwunden waren<sup>50</sup>. Diese Anregungen schlugen sich in der Ausgestaltung des Denkmals nieder, das Chirac am

<sup>50</sup> Commission pour l'érection d'un mémorial de la guerre d'Algérie. Sitzungsprotokoll, 15.2.1999, AN: vers. 20120054/110.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

5. Dezember 2002 am Quai de Branly in Paris einweihete. Auf einer Säule wurden alle Namen der während des Krieges für Frankreich gefallenen Soldaten aufgelistet, darunter auch die Namen der gefallenen Hilfssoldaten. Auf einer zweiten Säule wurde namentlich jener gedacht, die nach dem 19. März 1962 ihr Leben lassen mussten oder noch immer als vermisst galten. Eine am Boden befestigte Gedenktafel unterstrich zudem mit der Inschrift »À la mémoire des combattants morts pour la France lors de la guerre d'Algérie et des combats du Maroc et de la Tunisie, et à celle de tous les membres des forces supplétives, tués après le cessez-le-feu en Algérie, dont beaucoup n'ont pas été identifiés« noch einmal, dass auch diejenigen, die nach den Waffenstillstandsabkommen ihr Leben gelassen hatten, als Opfer des Algerienkriegs zu gelten hätten<sup>51</sup>.

Die Frage, ob auch die Opfer der nach dem 19. März und somit nach der offiziellen Einstellung der Kriegshandlungen begangenen Massaker an den Hilfssoldaten als Kriegsoffer anzusehen seien oder nicht, erschwerte auch die Suche nach einem konsensfähigen Gedenktag. Bereits seit den frühen 1970er Jahren forderte der linksgerichtete, einst kommunistisch dominierte Veteranenverband Fnaca den 19. März, den Tag des Inkrafttretens der Abkommen von Évian, als nationalen Gedenktag zu begehen<sup>52</sup>. Hiergegen wehrten sich jedoch der mit der Fnaca konkurrierende Veteranenverband UNC sowie verschiedene Interessensvertretungen muslimischer und europäischer Repatriierter. Stets brachten diese das Argument vor, mit diesem Datum würden die Hilfssoldaten, die nach diesem Tag ihr Leben lassen mussten, aus dem nationalen Gedenken ausgeschlossen<sup>53</sup>. Chirac nutzte die Einweihung des Denkmals am Quai de Branly, um gleichzeitig die Streitfrage des Gedenktags zu lösen. Er brachte den Vorschlag ein, den 5. Dezember, den Tag der Einweihung, als Gedenktag zu etablieren. Dieses Datum sah Chirac als neutrales Datum, das von keiner der Interessensvertretungen direkt gefordert wurde. Er konnte sich damit schließlich 2003 durchsetzen, so dass die Regierung mit dem Dekret vom 26. September 2003 endgültig die Journée nationale d'hommage aux »morts pour la France« pendant la guerre d'Algérie et les combats du Maroc et de la Tunisie einrichtete<sup>54</sup>. Damit stand der 19. März als Gedenktag zunächst nicht mehr zur Disposition, womit Chirac sich erneut rühmen konnte, die Interessen der ehe-

51 Zitiert nach: Le Mémorial de la guerre d'Algérie et des combats du Maroc et de la Tunisie (Paris), <http://www.defense.gouv.fr/memoire/memoire/hauts-lieux-de-memoire/le-memorial-de-la-guerre-d-algerie-et-des-combats-du-maroc-et-de-la-tunisie-paris> (26.2.2020).

52 Vgl. hierzu Kap. 4.5.

53 Vgl. hierzu Kap. 4.3 und 4.7.

54 Décret n° 2003-925 du 26 septembre 2003 instituant une journée nationale d'hommage aux »morts pour la France« pendant la guerre d'Algérie et les combats du Maroc

maligen Hilfssoldaten verteidigt und sie in das nationale Gedenken integriert zu haben.

Als letztes erinnerungspolitisches Projekt realisierte Chirac während seiner Amtszeit die »loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés«, die am 23. Februar 2005 in Kraft trat<sup>55</sup>. In diesem Gesetz ging es ihm darum, materielle und erinnerungspolitische Forderungen sowohl der europäischen als auch der muslimischen Repatriierten zu erfüllen. Bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2002 versprach Chirac den Vertretern der Anfanoma, in der staatlichen Erinnerungspolitik auf deren Deutung der Vergangenheit einzugehen. Es sei ihm ein wichtiges Anliegen, der »œuvre civilisatrice« Frankreichs »la place qui doit être la sienne« in den Schulbüchern, in der Kultur des Landes, »en un mot dans [le] patrimoine national« einzuräumen<sup>56</sup>. Dabei erwähnte er auch ausdrücklich den Beitrag der Muslime, die sich an französischer Seite an dieser Zivilisierungsmission beteiligt hätten<sup>57</sup>. Er knüpfte mit diesen Worten an die Rhetorik an, die seinen Diskurs als Premierminister geprägt hatte. Nachdem Chirac 2002 nicht nur die Präsidentschaftswahl für sich entschieden hatte, sondern zudem seine Partei, die Union pour un mouvement populaire (UMP), auch in der Nationalversammlung die Mehrheit der Sitze erringen und somit der Kohabitation ein Ende setzen konnte, machte sich Chirac daran, sein Versprechen in Gesetzesform zu gießen. Die sozialistische Regierung habe ihn zuvor in seinen erinnerungspolitischen Aktivitäten eingeschränkt, erklärte Chirac gegenüber der Anfanoma<sup>58</sup>. Nicht nur die UMP war aus den Wahlen 2002 gestärkt hervorgegangen, sondern innerhalb der UMP auch die Aktivisten der *Algérie française*. In der Fraktion machte die interfraktionelle Gruppe »d'études sur les rapatriés«, die Renken als die »parlamentarischen Erbverwalter des *Algérie française*« kategorisiert, rund 10 Prozent aus<sup>59</sup>. Diese Gruppe prägte Renken zufolge entscheidend den Gesetzesentwurf, den der für Veteranen verantwortliche Minister Hamlaoui Meka-

et de la Tunisie, le 5 décembre de chaque année, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000797564> (26.2.2020).

55 Loi n° 2005-158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000444898> (26.2.2020).

56 Élections présidentielles: Les réponses des candidats, in: France-Horizon 430-431 (2002), S. 7.

57 Ibid.

58 Ibid.

59 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 451.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

chera im Dezember 2003 einreichte und den der Ministerrat schließlich im Frühjahr 2004 annahm<sup>60</sup>.

Bereits diese erste im Frühjahr 2004 vom Ministerrat angenommene Fassung des Gesetzes trug erinnerungspolitisch die Handschrift der Repatriiertenverbände und schenkte der speziellen Situation der ehemaligen Hilfssoldaten nur wenig Beachtung, obwohl den Erläuterungen zu diesem Entwurf zufolge das Gesetz in erster Linie eine Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten darstellen sollte<sup>61</sup>. In den Artikeln 2–4 sicherte die Regierung den ehemaligen Hilfssoldaten verschiedene materielle Hilfen zu<sup>62</sup>. Diese materiellen Leistungen wurden in den Erläuterungen zu dem Gesetzesentwurf mit den von den Hilfssoldaten erbrachten Opfern begründet. Die Nation müsse diese Opfer würdigen. Die *Journée nationale d'hommage aux harkis*, die am 31. März 2003 per Dekret institutionalisiert worden war und nun jährlich begangen wurde, sei ein erster Schritt zu dieser Würdigung. Das Gesetz sei als ein weiterer Schritt anzusehen<sup>63</sup>. Erinnerungspolitisch wurden jedoch die ehemaligen Hilfssoldaten in dem Entwurf nicht gesondert bedacht, sondern der Gesetzestext ging von einer Schicksalsgemeinschaft aller Bewohner Algeriens unabhängig von Herkunft und Religion aus. »Des générations de femmes et d'hommes, de toutes conditions et de toutes religions, issus de ces territoires, comme de toute l'Europe« hätten in Algerien eine »communauté de destin« gebildet und sich gemeinsam eine Zukunft aufgebaut, war in den Erläuterungen zu dem Gesetzestext zu lesen<sup>64</sup>. Die muslimischen Repatriierten, auch die Hilfssoldaten, sollten sich so als Teil dieser »communauté de destin« in der Formulierung wiederfinden, die Nation zolle »à tous les hommes et les femmes« Respekt und Anerkennung, die sich »grâce à leur courage et leur goût d'entreprendre« an dem »rayonnement de la France, ainsi qu'au développement des territoires sur lesquels ils se sont installés et ont fondé leurs familles« beteiligt hätten. Diese Leistungen anzuerkennen, sei notwendig für die »réconciliation envers cette partie du peuple français«<sup>65</sup>. Diese Formulierung war eindeutig auf die erinnerungspolitischen Bedürfnisse der europäischen Repatriierten zugeschnitten und nicht auf die französischen Muslime, die sich nicht aus einem »goût d'entreprendre« in Algerien niedergelassen hatten, sondern zu der Bevölkerung gehörten, die

60 Ibid.

61 Assemblée nationale. *Projet de loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés*, Explications, 10.3.2004, AN: vers. 20120054/110.

62 Ibid., Art. 2–4.

63 Ibid., Explications.

64 Ibid.

65 Ibid., Art. 2–4.

Frankreich bei der Eroberung Algeriens 1830 vorgefunden hatte. Man ging vom Idealbild einer dem universalistischen Ideal entsprechenden Gemeinschaft von Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Religionen aus, die alle gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik gewesen seien.

Bevor das Gesetz der Nationalversammlung vorgelegt wurde, präsentierte die Regierung diese erste Fassung inklusive Erläuterungen den entsprechenden Interessensvertretungen, die verschiedene Änderungsvorschläge einbrachten<sup>66</sup>. Auf diesem Wege wurden schließlich auch die ehemaligen Hilfssoldaten erinnerungspolitisch gesondert behandelt. In der endgültigen Fassung des Gesetzes wurden als Reaktion auf die Äußerungen Bouteflikas »injure ou diffamation« gegenüber »harkis« unter Strafe gestellt. Auch auf die Auseinandersetzungen um die Massaker, die nach dem 19. März 1962 verübt wurden, reagierte die Regierung. Eine Leugnung dieser Massaker sollte ebenfalls unter Strafe gestellt werden<sup>67</sup>. Mit diesem Gesetzestext knüpfte die Regierung an die am 13. Juli 1990 von der sozialistischen Regierung verabschiedete sogenannte *loi Gayssot* an, die als erstes Erinnerungsgesetz der Fünften Republik gilt. Artikel 9 dieses Gesetzes legte fest, dass die Leugnung eines »Verbrechens gegen die Menschlichkeit«, wie es in den Statuten der Nürnberger Prozesse definiert worden war, als Straftatbestand anzusehen sei<sup>68</sup>. Das Gesetz wurde infolge des Prozesses gegen Klaus Barbie verabschiedet, da mit diesem Prozess gegen den ehemaligen Gestapochof von Lyon eine Definition des Begriffs »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« nötig geworden war<sup>69</sup>. Seit der Verabschiedung dieses Gesetzes hatten Repatriiertenverbände immer wieder gefordert, auch die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen und eine Leugnung der Massaker dementsprechend unter Strafe

<sup>66</sup> Die AJIR, eine der größten Interessensvertretungen der muslimischen Repatriierten, rief die Hilfssoldaten dazu auf, die anstehenden Europawahlen zu nutzen, um Zufriedenheit oder gegebenenfalls Unzufriedenheit mit der Gesetzesvorlage zu äußern. Vgl. AJIR, Réunions d'infos sur le projet de loi, Rundmail von Mohand Hamoumou, 15.4.2004, AN: vers. 20120054/110.

<sup>67</sup> Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 5.

<sup>68</sup> Loi n° 90–615 du 13 juillet 1990 tendant à réprimer tout acte raciste, antisémite ou xénophobe, Art. 9, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000532990&categorieLien=id> (26.2.2020).

<sup>69</sup> Die Verfassungsmäßigkeit der durch die *loi Gayssot* begründeten Erinnerungsgesetze ist unter Juristen stark umstritten. Vgl. zur *loi Gayssot* Michel TROPER, *La loi Gayssot et la Constitution*, in: *Annales. Histoire, sciences sociales* 54 (1999), S. 1239–1255. Vgl. zu allen Erinnerungsgesetzen Sévane GARIBIAN, *Pour une lecture juridique des quatre lois »mémorielles«*, in: *Esprit* 322 (2006), S. 158–173.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

zu stellen<sup>70</sup>. Mit dem neuen Gesetzestext erklärte die Regierung die Massaker zwar nicht zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit, stellte jedoch eine Leugnung der Massaker unter Strafe. Der Gesetzgeber gab so eine Deutung der Geschichte vor, und zwar in einem Bereich, in dem zu jenem Zeitpunkt noch wenig ausführliche historische Forschung betrieben worden war.

Die endgültige Version des Gesetzes gab noch auf einem weiteren Weg eine Deutung der Vergangenheit vor. Erst in dieser endgültigen Version fand sich der Artikel 4, der in Frankreich nicht nur eine Debatte über die koloniale Vergangenheit auslöste, sondern auch über die Frage, inwiefern der Gesetzgeber das Recht habe, eine Deutung der Vergangenheit vorzuschreiben<sup>71</sup>. Der Artikel in der am 23. Februar 2005 verabschiedeten Form lautete:

Les programmes de recherche universitaire accordent à l'histoire de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord, la place qu'elle mérite.

Les programmes scolaires reconnaissent en particulier le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord<sup>72</sup>.

Der Wortlaut lehnte sich an die *loi Taubira* an, das Gesetz zur Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das die sozialistische Regierung 2001 erlassen hatte. Dort hieß es: »Les programmes scolaires et les programmes de recherche en histoire et en sciences humaines accorderont à la traite négrière et à l'esclavage la place conséquente qu'ils méritent«<sup>73</sup>. Savarese zeigt jedoch auf, wo der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Texten zu finden ist. Während Lehrer und Wissenschaftler durch die *loi Taubira* angehalten wurden, der Sklaverei in ihren Programmen einen wichtigen Platz einzuräumen, sollte die koloniale Vergangenheit Frankreichs in den Lehrplänen durch den besagten Artikel 4 nicht nur einen Platz finden, sondern deren »positive Rolle« sollte sich in diese Pläne einschreiben. Somit schrieb der Gesetzgeber vor, mit welcher Wertung die Geschichte zu vermitteln sei<sup>74</sup>. Mit diesem Gesetz gedachten Staatspräsident und Regierung schließlich die Deutung der Vergangenheit, die Chirac bereits als Premierminister propagiert hatte, in Gesetzesform zu gießen und somit als nationale Geschichtsschreibung zu etab-

<sup>70</sup> Vgl. hierzu Kap. 4.3.

<sup>71</sup> RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 453.

<sup>72</sup> Loi n° 2005-158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4.

<sup>73</sup> Loi n° 2001-434 du 21 mai 2001 tendant à la reconnaissance de la traite et de l'esclavage en tant que crime contre l'humanité, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000405369&categorieLien=id>, Art. 2 (26.2.2020).

<sup>74</sup> SAVARESE, Algérie, S. 144f.

lieren. Ein Gesetz, das gemäß den Erläuterungen des ersten Entwurfs in erster Linie als Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten gedacht gewesen war, wurde auf diese Weise genutzt, um die Zivilisierungsmission in das nationale Gedenken einzuschreiben. Die »harkis« fanden als Unterstützer dieser vermeintlichen Mission der europäischen Siedler und des Kolonialmilitärs Einzug in dieses gesetzlich oktroyierte nationale Gedenken.

Chiracs Hoffnung, mit diesem Gesetz die widerstreitenden Erinnerungen versöhnt und ein Gedenken etabliert zu haben, in dem sich alle betroffenen Gruppen wiederfinden könnten, erwies sich jedoch als Irrglaube. Er hatte in erster Linie die Interessen der europäischen Repatriierten erfüllt, dabei jedoch die Interessen anderer Gruppen übergangen. Nachdem Historiker auf diesen Artikel aufmerksam geworden waren und sich in einer in »Le Monde« veröffentlichten Petition nicht nur gegen diese Deutung der kolonialen Vergangenheit, sondern zudem auch gegen die staatliche Intervention in die Geschichtsschreibung im Allgemeinen wandten, sah sich Chirac gezwungen, sich zumindest vom Artikel 4 des Gesetzes zu distanzieren<sup>75</sup>. Auch Bouteflika war durch den Aufruf der Historiker auf das Gesetz aufmerksam geworden und stellte als Konsequenz die anstehende Unterzeichnung des algerisch-französischen Freundschaftsvertrags in Frage. Nachdem sich auch der Verfassungsrat gegen Artikel 4 ausgesprochen hatte, modifizierte die Regierung den Wortlaut dieses Artikels<sup>76</sup>. Es blieb folgender Wortlaut stehen: »Les programmes de recherche universitaire accordent à l'histoire de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord, la place qu'elle mérite«<sup>77</sup>. Die »positive Rolle« der französischen Kolonisation fand somit keine ausdrückliche Erwähnung mehr. Vielmehr war der Artikel nun fast identisch mit dem entsprechenden Artikel des Gesetzes zur Sklaverei.

Auch nach der Modifizierung des Artikels blieb das Gesetz erinnerungspolitisch in erster Linie ein Entgegenkommen gegenüber den europäischen Repatriierten. Obgleich die »positive Rolle« der Kolonisation keine ausdrückliche Erwähnung mehr fand, wurden dennoch explizit sowohl die zivilisatorischen Leistungen der Siedler als auch die von ihnen für die Französische Republik erbrachten Opfer anerkannt<sup>78</sup>. Die Regierung bedachte die ehemaligen Hilfssoldaten in dem Gesetz gesondert, indem sie die Leugnung der Massaker verbot und jegliche Beleidigungen gegenüber »harkis« unter Strafe stellte. Dadurch

75 Vgl hierzu Kap. 4.6.

76 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 452–457.

77 Modifié par décret n° 2006–160 du 15 février 2006 – Art. 1 JORF 16 février 2006, <http://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT00000444898> (26.2.2020).

78 Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 1.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

wurden die Hilfssoldaten als Soldaten Frankreichs und somit als Bürger der Französischen Republik, die sich bewusst für diesen Status entschieden, dafür gekämpft und Opfer erbracht hätten, in das durch das Gesetz oktroyierte nationale Gedenken eingeschrieben. Chirac verstand dies als wichtigen Schritt zu deren Integration, als Zeichen dafür, dass die Regierung sie als gleichberechtigte Bürger anerkannte. Damit positionierte sich Chirac als »*héritier politique du gaullisme*«, da er der offiziellen Rhetorik de Gaulles folgte, der 1958 die Gesellschaft Algeriens als eine auf dem universalistischen Ideal beruhende Gemeinschaft gleichberechtigter Bürger verschiedener Herkunft und unterschiedlicher Religionen dargestellt hatte. De Gaulle war jedoch von diesem Diskurs abgewichen, als er die Unabhängigkeit Algeriens vorbereitete. Als sich Chirac erinnerungspolitisch dieser Rhetorik bediente, hielten nur noch die Verteidiger der *Algérie française* an dieser Darstellung fest.

Chirac zielte darauf ab, die ehemaligen Hilfssoldaten mit der Republik zu versöhnen, indem er betonte, sie seien stets Bürger der Französischen Republik gewesen, die gaullistische Regierung habe ihnen diesen Status lediglich aus Gründen der Überforderung kurzzeitig nicht zugestanden. Auch die repatriierten europäischen Siedler sah Chirac als Opfer der kolonialen Vergangenheit Frankreichs an und sah die Notwendigkeit, sie durch eine Anerkennung ihrer Leistungen und Opfer mit der nationalen Gemeinschaft zu versöhnen. Sie bildeten in seiner Vorstellung eine Schicksalsgemeinschaft mit den muslimischen Repatriierten. Mit dieser Deutung der Geschichte verkannte Chirac die besondere Situation aller Muslime des kolonialen Algeriens. Er versuchte, ein nationales Gedenken zu etablieren, das sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Verteidiger einer *Algérie française* orientierte, was unter anderem mit seiner eigenen Vergangenheit in der Kolonialarmee zu begründen ist. Dadurch wurde Chirac den Erinnerungen anderer Akteure nicht gerecht, was die Reaktionen verschiedener Historiker auf das Gesetz vom 23. Februar 2005 verdeutlichten. Chirac scheiterte in diesem Sinne an dem Balanceakt, eine universalistische Erinnerungspolitik zu etablieren und zugleich die Vergangenheitsdeutung einer bestimmten Gruppe zu privilegieren.

#### **4.2 Die SAS-Offiziere zwischen universalistischem Gedenken und individueller Geschichtsdeutung**

Wie in allen Handlungsfeldern zielte auch die Erinnerungspolitik der ehemaligen SAS-Offiziere nach eigenen Angaben in erster Linie auf die Integration der muslimischen Repatriierten in die französische Nation ab. Die Vergangenheit all jener Muslime Algeriens, die sich während des Krieges auf die französische Seite gestellt hatten und seit der Unabhängigkeit Algeriens in Frankreich leb-

ten, in das nationale Gedenken einzuschreiben, war in ihren Augen eine wichtige Voraussetzung dafür, dass diese sich als »Français à part entière« fühlen könnten und von der Gesellschaft als solche wahrgenommen würden. Aus diesem Grund unterstützten sie bereits erinnerungspolitische Initiativen, bevor die staatliche Aufarbeitung des Algerienkriegs einsetzte. Dabei betonten sie stets ihr Ziel, sich an einer universalistisch ausgerichteten Erinnerungspolitik zu orientieren und keine Gegenerinnerung entstehen zu lassen. Als der Repatriiertenverband JPN in den 1980er Jahren mit der Kampagne »Hommage aux harkis« die ehemaligen Hilfssoldaten ins Zentrum seiner erinnerungspolitischen Arbeit stellte, lud er das CNMF ausdrücklich dazu ein, sich an dieser Kampagne zu beteiligen<sup>79</sup>. Der Präsident des Verbands André Wormser lehnte diese Einladung höflich ab und artikulierte mit ebenso höflichen Worten Kritik an der Erinnerungsarbeit des Repatriiertenverbands. Diese sei nicht mit der Leitlinie in Einklang zu bringen, die das CNMF verfolge. Es habe sich zum Ziel gesetzt, die ehemaligen Hilfssoldaten »dans un destin commun et ›ordinaire« in die nationale Gemeinschaft zu integrieren. Er selbst stehe ebenso wie auch der Verwaltungsrat des Verbandes allen erinnerungspolitischen Aktivitäten misstrauisch gegenüber, die darauf abzielten, »de faire ›revivre‹ le passé de façon trop nostalgique«<sup>80</sup>. Mit diesen Worten warf er den Verantwortlichen des JPN vor, eine nostalgische und zugleich partikularistische Erinnerungsarbeit zu betreiben, die ihrer eigenen Integration, aber auch der Integration der ehemaligen Hilfssoldaten im Weg stehe. Eine erfolgreiche Erinnerungsarbeit müsse dazu führen, dass sich die Schicksalsgemeinschaften der Repatriierten und der »harkis« langfristig auflösten und sich alle mit der Gemeinschaft der französischen Nation definieren könnten<sup>81</sup>. Er ging davon aus, dass sich die gesamte Nation in einem einheitlichen Gedenken wiederfinden können müsste.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wertete Wormser als Voraussetzung für die Formierung eines einheitlichen nationalen Gedenkens. Aus diesem Grund suchte er die Kooperation mit Wissenschaftlern und motivierte diese, sich mit der Rolle der Muslime Algeriens auseinanderzusetzen, die sich nach der Unabhängigkeit Algeriens als Repatriierte in Frankreich wiedergefunden hatten. Auffällig ist dabei, dass er in erster Linie mit Wissenschaftlern kooperierte, die zugleich Erinnerungsträger waren, da sie selbst als Akteure am Geschehen beteiligt gewesen waren oder als Kinder von aktiv beteiligten Akteuren die Geschenisse übermittelt bekommen hatten. Bereits in seinen Bemühungen, die soziale Situation der muslimischen Repatriierten wis-

79 Vgl. zu der Kampagne [Kap. 4.3](#).

80 Invitation pour la cérémonie de jumelage de familles de harkis à des familles de pieds-noirs et de métropolitains, 7.1.1988, AN: vers. 20120054/94.

81 Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

senschaftlich zu erfassen, hatte das CNMF mit der Wahl Jean Serviers gezeigt, dass es bevorzugt mit Wissenschaftlern zusammenarbeitete, die zugleich Erinnerungsträger waren. Servier hatte als Ethnologe zur Zeit des Krieges dem französischen Militär beratend zur Seite gestanden<sup>82</sup>. In den 1980er Jahren entwickelte sich eine enge Kooperation zwischen Wormser und dem Soziologen Mohand Hamoumou, der als Sohn eines Hilfssoldaten Ende der 1980er Jahre seine Dissertation mit dem Titel »Les Français musulmans rapatriés: archéologie d'un silence« vorlegte<sup>83</sup>. Obgleich Hamoumou diese Dissertation im Fach Soziologie anfertigte, gingen von dieser Arbeit wichtige Impulse für die historische Aufarbeitung der Rolle der Hilfssoldaten im algerischen Unabhängigkeitskrieg aus. Basierend auf Interviews konnte Hamoumou erstmals die komplexe Situation der muslimischen Bevölkerung Algeriens aufzeigen, die faktisch gezwungen wurde, sich für eine der beiden Kriegsparteien zu entscheiden. Damit stellte er die These, die Hilfssoldaten hätten sich aus Überzeugung der französischen Armee angeschlossen, um für die *Algérie française* zu kämpfen, in Frage. Zudem lenkte Hamoumou den Fokus auf die Massaker, die nach den Waffenstillstandsabkommen stattgefunden hatten<sup>84</sup>. Hamoumou wandte sich bereits zu Beginn seines Dissertationsvorhabens an Wormser, um diesen zunächst um wissenschaftliche Unterstützung zu bitten<sup>85</sup>. Aus diesem Austausch entwickelte sich eine Bindung, die weit über eine wissenschaftliche Kooperation hinausging. Wormser half Hamoumou, finanzielle Unterstützung für seine Arbeit zu finden<sup>86</sup>. Zudem motivierte er ihn zur Veröffentlichung seiner Arbeit und nutzte hierfür seine Kontakte zu Verlagen. Unter anderem schrieb Wormser das Verlagshaus Odile Jacob an; er bat darum, die Arbeit seines »ami et protégé Mohand Hamoumou« zu veröffentlichen, und lobte die »qualité historique de son travail«<sup>87</sup>.

82 Vgl. Kap. 3.2.

83 Mohand HAMOUMOU, *Les Français musulmans rapatriés: archéologie d'un silence*, Diss., EHESS (1989). Die Dissertation wurde 1993 unter dem Titel »Et ils sont devenus harkis« veröffentlicht, vgl. HAMOUMOU, *Et ils sont devenus harkis*.

84 Ibid.

85 Hamoumou an André Wormser, 10.12.1984, AN: vers. 20120054/86. Hamoumou wandte sich an Wormser nachdem dieser einen Artikel zu der Situation der ehemaligen Hilfssoldaten veröffentlicht hatte. Er lobte diese Arbeit und bat Wormser um wissenschaftliche Unterstützung.

86 Hamoumou an André Wormser, ohne Datum [nach 1985; Hamoumou fragt nach einer Umfrage von 1985], *ibid.* Hamoumou bittet Wormser, Santini auf seinen Antrag auf finanzielle Unterstützung hinzuweisen, den er beim ONASEC gestellt hatte.

87 André Wormser an Odile Jacob, 7.9.1990, *ibid.* Hamoumou veröffentlichte seine Arbeit letztendlich nicht in diesem Verlag, sondern bei Fayard. Auch mit diesem Verlagshaus schien Wormser den Kontakt hergestellt zu haben. Zumindest wandte sich Hamou-

Obgleich Wormser Hamoumou stets unterstützte, übte er auch Kritik an seiner wissenschaftlichen Arbeit. Den von Hamoumou 1988 veröffentlichten Artikel »Archéologie d'un silence« lobte er zwar insgesamt, erlaubte sich jedoch Detailkritik, die sich darauf bezog, dass Hamoumou die Arbeit der SAS-Offiziere und der beiden Verbände CNMF und AAAA nicht genau genug herausgearbeitet habe. Zum Beispiel werde nicht deutlich, dass diese beiden Verbände die Idee zur Entstehung der Walddörfer entwickelt hätten, die Hamoumou, wie Wormser betonte, »heureusement« als »opération originale« bezeichne<sup>88</sup>. Auch an der mit seiner Unterstützung veröffentlichten Dissertation Hamoumou übte Wormser Kritik. Zahlreiche ehemalige Mitglieder des Kolonialmilitärs kritisierten Hamoumou Arbeit, da sie ihre eigenen Erinnerungen darin nicht wiederfanden. Dabei ging es stets darum, dass Hamoumou die bewusste Entscheidung der Hilfssoldaten für die französische Seite in Frage stellte. Die Offiziersgattin Moinet, deren Ehemann Bernard Moinet 1989 selbst ein fiktives Werk zur Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten veröffentlicht hatte, wandte sich mit einem Schreiben an den Wissenschaftler, um diesem mitzuteilen, sie sei zutiefst enttäuscht, dass er die Hilfssoldaten nicht als die »défenseurs éclairés de la civilisation chrétienne en Algérie« dargestellt habe, die sie gewesen seien<sup>89</sup>.

Pierre Rivière, Präsident der AAAA, argumentierte in eine ähnliche Richtung wie Frau Moinet, legte jedoch den Fokus vor allem auf die Integrationspolitik de Gaulles. Er stelle weder die »bonne foi« noch die »probité intellectuelle« Hamoumou in Frage, schrieb er an Wormser. Es sei jedoch falsch zu behaupten, die französische Armee habe bewusst muslimische Hilfssoldaten rekrutiert<sup>90</sup>. Hamoumou gehe in seiner Arbeit nicht historisch genau vor und erkenne vor allem nicht den politischen und auch militärischen Wandel an, der mit dem 13. Mai 1958 eingesetzt habe. Vor diesem Tag habe die französische Armee lediglich Muslime, die sich freiwillig gemeldet hätten, zur Selbstverteidigung bewaffnet. Erst mit dem Beginn der Fünften Republik sei sie dazu übergegangen, in großem Stil Muslime zu rekrutieren. Dies sei jedoch vor dem Hintergrund des mit dem 13. Mai eingeleiteten politischen Wandels zu erklären. Die Muslime hätten sich ab diesem Zeitpunkt massenweise bereit erklärt, für die französische Armee zu kämpfen. Stets habe eine bewusste Entscheidung und

mou direkt nach der Zusage mit einem Dankschreiben an ihn. Vgl. Mohand Hamoumou an André Wormser, 9.5.1992, *ibid*.

<sup>88</sup> André Wormser an Mohand Hamoumou, 21.4.1988, *ibid*.

<sup>89</sup> Zitiert nach: Mohand Hamoumou an André Wormser, 26.8.1993, *ibid*. Bernard Moinet stellte die Hilfssoldaten als treue Verfechter der *Algérie française* dar, vgl. Bernard MOINET, *Ahmed? connais pas... Le calvaire des harkis*, Paris 1989.

<sup>90</sup> Pierre Rivière an André Wormser, 13.6.1993, AN: vers. 20120054/86.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

nicht Druck oder gar Zwang hinter der Entscheidung gestanden<sup>91</sup>. Rivière wollte die These bestätigt sehen, de Gaulle habe die muslimische Bevölkerung mit seiner Integrationspolitik für die französische Seite gewinnen können. Wormser gab Rivière Recht. Hamoumou habe in diesem Punkt die Geschichte nicht so dargestellt, wie sie geschrieben werden sollte. Er sei ebenfalls enttäuscht darüber, dass sich ihre eigenen Erinnerungen als Mitglieder des Militärs nicht in der Geschichtsschreibung niederschlugen. Er signalisierte Rivière seinen Wunsch, sich ausführlich mit ihm über das auszutauschen, was sie beide als Militärs in Algerien erlebt hatten<sup>92</sup>. Der Diskurs der beiden Militärs zeigt den Konflikt Wormsers zwischen seinen eigenen Erinnerungen, seiner Interpretation der Ereignisse, die er als Akteur mitbestimmt hatte, und dem Anspruch, eine fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit als Voraussetzung eines einheitlichen nationalen Gedenkens zu fördern.

Wormser begründete gegenüber Rivière, weshalb er Hamoumou unterstützt hatte, obwohl er nicht in allen Punkten mit seiner Geschichtsdarstellung zufrieden war. Er habe die Geschichte der Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten auf eine »si sûre et incontestable« Art und Weise dargestellt, dass es nicht mehr möglich sei, dieses Ereignis in einer »histoire officielle«, die eines Tages geschrieben werden würde, zu übergehen<sup>93</sup>. Obgleich Wormser wie weitere ehemalige Mitglieder der Armee in Algerien mit dem Ergebnis der Arbeit Hamoumou, die Hilfssoldaten hätten nicht aus Überzeugung für die französische Seite gekämpft, unzufrieden war, begrüßte er doch, dass erstmals in einer wissenschaftlichen Arbeit die vom FLN ausgehende Gewalt und die Massaker dargestellt wurden, die nach offiziellem Kriegsende an den Hilfssoldaten verübt worden waren. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Massaker hielt Wormser für bedeutsam, da er deren Leugnung befürchtete. Es werde ohne Zweifel »révisionnistes« geben, »pour nier les tortures et les massacres du FLN comme pour nier les chambres à gaz d'Auschwitz«<sup>94</sup>. In dieser Befürchtung spiegelten sich Wormsers eigene Erfahrungen wider. Die Aufarbeitung der Massaker war für ihn nicht nur von besonderer Bedeutung, weil er selbst als SAS-Offizier gezwungen gewesen war, Hilfssoldaten in Algerien zurückzulassen. Wormser war in seinem Handeln auch stets geprägt von seiner Jugend, die er als Sohn einer jüdischen Familie zur Zeit des Vichy-Regimes mit falschen Papieren erlebt hatte. Er hatte somit als Betroffener ein dunkles Kapitel in der französi-

91 Ibid.

92 André Wormser an Pierre Rivière, 19.7.1993, *ibid.*

93 Ibid.

94 Ibid.

schen Geschichte miterlebt<sup>95</sup>. Stets hatte er daher den Umgang mit der Vichy-Vergangenheit im Blick, wenn er sich dafür einsetzte, dass die Massaker an den muslimischen Hilfssoldaten nicht in Vergessenheit gerieten, und zog dabei Schlüsse aus dem Zögern der französischen Regierung, die französische Mitschuld an Deportation und Vernichtung anzuerkennen. Nur drei Tage bevor Wormser das Schreiben an Rivière verfasste, hatte Mitterrand bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestages der Razzia des Vél d'Hiv die Gelegenheit verstreichen lassen, öffentlich die französische Verantwortung an der Deportation und Ermordung europäischer Juden zu thematisieren<sup>96</sup>. Vor diesem Hintergrund hatte es für Wormser oberste Priorität, die Massaker an den Hilfssoldaten als Kapitel einer offiziellen Geschichtsschreibung durchzusetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzte das Komitee auf eine Kooperation sowohl mit Wissenschaftlern als auch mit der Regierung. Im Jahr 1999 organisierte das CNMF im Palais du Luxembourg das Kolloquium »Les harkis et la communauté nationale. Ombres et lumières«. Für die Organisation waren in erster Linie Wormser und Hamoumou verantwortlich. Das CNMF sowie die Delegation für Repatriierte und das Staatssekretariat für Veteranen finanzierten die Veranstaltung. In diesem Kolloquium sollte die Frage im Vordergrund stehen, wie eine vollständige Integration der ehemaligen Hilfssoldaten in die französische Gemeinschaft erreicht werden könne<sup>97</sup>. Wormser betonte, dass zum Erreichen dieses Ziels gerade zum damaligen Zeitpunkt Erinnerungsarbeit wichtig sei. Derzeit liege der Altersdurchschnitt der ehemaligen Hilfssoldaten bei 70 Jahren. Viele von ihnen hätten nicht mehr allzu lange zu leben. Mit ihnen würden auch ihre Erinnerungen verschwinden. Es wachse momentan eine zweite und bereits eine dritte Generation heran. Für diese kommenden Generationen sei die Frage der Erinnerung eine Frage der Identität. Es sei für sie wichtig, dass die Erinnerungen ihrer Eltern und ihrer Großeltern tradiert würden. Wenn diese sich nicht in der offiziellen Geschichtsschreibung wiederfänden, hätten auch die kommenden Generationen Schwierigkeiten, sich mit der französischen Nation zu identifizieren. Mit Blick auf die von Wormser mit großer Skepsis betrachtete Erinnerungsarbeit der Repatriiertenverbände, die sich ebenfalls für eine Aufarbeitung der Vergangenheit der muslimischen Repatriierten einsetzten, betonte Wormser, es dürfe bei der Erinnerungsarbeit nicht darum gehen, die Gegenerinnerung einer Gemeinschaft der Repatriierten

95 HAMOUMOU, WORMSER, *Hommage à André Wormser*, S. 261f.

96 CONAN, ROUSSO, *Vichy*, S. 44–46.

97 Transkript der Tagung »Les harkis et la communauté nationale. Ombres et lumière«, AN: vers. 20120054/87.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

zu schreiben, sondern darum, die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten in das nationale Gedenken einzuschreiben<sup>98</sup>.

Wormser nutzte die Tagung, um zu verdeutlichen, wie die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten seiner Meinung nach in das nationale Gedenken eingeschrieben und wie sie der zweiten und dritten Generation vermittelt werden sollte. Er kritisierte die kurz zuvor in der Nationalversammlung getroffene Entscheidung, den Algerienkrieg offiziell als Kriegsgeschehen zu definieren und nicht mehr offiziell als »opération du maintien de l'ordre« zu bezeichnen. Der Begriff »Krieg« sei in diesem Fall keinesfalls angemessen. Wormser setzte Krieg mit symmetrischer Kriegsführung gleich, als er betonte, ein Krieg finde zwischen zwei Nationen statt, von der die eine der anderen zuvor offiziell den Krieg erklärt habe. Weder habe es in Algerien jemals eine Kriegserklärung gegeben, noch habe Frankreich in Algerien gegen eine andere Nation gekämpft. Algerien habe vor 1962 nicht existiert, sondern sei ein Teil Frankreichs gewesen. Man könne höchstens von einem Bürgerkrieg sprechen: Französische Bürger hätten sich in zwei verschiedenen Parteien gegenübergestellt, und zwar unabhängig von Herkunft und Religion. Um diese Interpretation des Kriegsgeschehens zu unterstreichen, verwies Wormser auf die muslimischen Hilfssoldaten. »Les harkis de la première génération« betrachtete er als französische Soldaten, die man ihm zufolge »trahis« und »abandonnés« habe. Den Verrat erläuterte Wormser folgendermaßen: »La France s'est débarrassée d'eux, a laissé lâchement égorger 150 000 d'entre eux alors que c'était contraire à sa parole et à la lettre des traités«. Zudem sah er auch die Aufnahmebedingungen für die »harkis« in Frankreich, »l'accueil, la froideur, le rejet pour des hommes et des femmes qui arrivaient dans notre pays traumatisé« als Teil des Verrats an. Die Lebensbedingungen in den Lagern hätten ihnen all ihre Chancen geraubt. Für diesen Verrat müsse die Nation ihr Bedauern äußern, sich entschuldigen und Reparationen leisten. Es sei die Aufgabe des Präsidenten und der Regierung, diesen Schritt zu gehen<sup>99</sup>.

Wormser wertete seine Darstellung der Vergangenheit als wissenschaftlich fundiert. Er stützte sich auf die Arbeit Faivres, der sich intensiv mit der Rolle der ehemaligen Hilfssoldaten während des Algerienkriegs beschäftigte. Dieser hatte zu dem Zeitpunkt der Tagung bereits historische Arbeiten zur Geschichte der Hilfssoldaten veröffentlicht<sup>100</sup>, denen weitere folgen sollten. Faivre ging in seiner Arbeit davon aus, dass mehr als 100 000 ehemalige Hilfssoldaten nach dem offiziellen Kriegsende getöteten worden seien. Zudem deutete er das Engagement der muslimischen Hilfssoldaten in der französischen Armee als Beleg

98 Ibid.

99 Ibid.

100 Vgl. FAIVRE, Les combattants musulmans.

dafür, dass die französische Armee in Algerien nicht einer in der muslimischen Bevölkerung verankerten Unabhängigkeitsbewegung gegenübergestanden habe, sondern an der Seite dieser Bevölkerung gegen eine Minderheit von Rebellen gekämpft habe, und zwar gegen die »conception totalitaire du parti unique du FLN« und für eine Entwicklung Algeriens »dans un sens démocratique et égalitaire«<sup>101</sup>. Er rückte zudem die Massaker an den Hilfssoldaten ins Zentrum seiner Arbeit und bemühte sich, den Verrat durch die französische Politik zu beweisen<sup>102</sup>.

Faivre nahm als Vertreter der Wissenschaft an der Tagung teil. Er begrüßte Wormsers Plädoyer für eine offizielle Anerkennung der Massaker durch die Regierung und den Staatspräsidenten. Die Regierung müsse die Verantwortung an den Massakern eingestehen und damit auch die Tatsache, dass der 19. März 1962 nicht das Ende des Krieges markiert habe<sup>103</sup>. Mit dieser Aussage positionierte sich Faivre in der Auseinandersetzung um einen nationalen Gedenktag an den Algerienkrieg und schloss den 19. März als Datum aus. Um die Notwendigkeit einer solchen Erklärung von offizieller Seite zu betonen, wies er auf die einsetzenden kontroversen Debatten um die Deutung des Algerienkriegs hin. Seine eigene Arbeit werde immer wieder einer starken Kritik ausgesetzt. Man werfe ihm vor, die ehemaligen Hilfssoldaten zu viktimisieren, wenn er davon spreche, dass mehr als 100 000 von ihnen massakriert worden seien. Er machte klar, dass es sich bei den Ergebnissen seiner Arbeit nicht um Erinnerungen handle, sondern um objektive Geschichtsschreibung, die sich auf Archivquellen und Zeugenaussagen stütze<sup>104</sup>. Der von Wormser begrüßten Vergangenheitsdeutung verlieh Faivre auf diese Weise den Anschein von Allgemeingültigkeit. Er argumentierte hierfür mit der Objektivität der Geschichtsschreibung, die Peter Novick als »that noble dream« bezeichnet<sup>105</sup>. Faivres Aussagen sind umso problematischer, da er nicht nur Historiker, sondern wie viele über den Algerienkrieg arbeitende französische Historiker zugleich Erinnerungsträger war.

101 FAIVRE, *L'histoire des harkis*, S. 58. Faivre zufolge befanden sich 1961 drei- bis viermal so viele Muslime in den Reihen der französischen Armee wie in den Reihen der ALN. Dies sieht er als Beleg für seine These an, ohne nach den Umständen der Rekrutierung zu fragen, wie dies Hautreux in seiner Arbeit tut. Vgl. *ibid.*, S. 56f. Vgl. zu der Rekrutierung der muslimischen Hilfssoldaten HAUTREUX, *La guerre d'Algérie*, S. 99–259.

102 Bereits der Titel seiner ersten veröffentlichten Monografie »Les combattants musulmans de la guerre d'Algérie. Des soldats sacrifiés« weist darauf hin.

103 Transkript der Tagung »Les harkis et la communauté nationale. Ombres et lumière«, AN: vers. 20120054/87.

104 *Ibid.*

105 Peter NOVICK, *That Noble Dream. The »Objectivity Question« and the American Historical Profession*, Cambridge 1988.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Faivre hatte selbst eine militärische Laufbahn hinter sich und stand in seiner Arbeit dem Militär nahe. Im Algerienkrieg hatte er an der Seite muslimischer Hilfssoldaten gekämpft. »Un village de harkis« erzählt von seinen Erfahrungen, die er im Krieg mit diesen Hilfssoldaten gemacht hatte<sup>106</sup>. Er bezeichnete sich selbst als »historien et ami des harkis«<sup>107</sup>.

Zu dem Kolloquium war auch Martine Aubry, die sozialistische Ministerin für Arbeit und Solidarität, eingeladen worden. Sie erschien nicht persönlich, schickte jedoch einen Vertreter. Dieser reagierte auf die von Wormser vorgebrachte und von Faivre unterstrichenen Forderungen nach einer offiziellen Anerkennung der Massaker und der Fehler in der Integrationspolitik: »La France en se retirant n'a pas su préserver la dignité et quelquefois la vie de ces hommes et de ces femmes. L'accueil réservé chez elle aux exilés a été expéditif et souvent sans fraternité«<sup>108</sup>. Er räumte somit die Verantwortung der Französischen Republik für das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten vor den Mitgliedern des Kolloquiums ein und nahm mit seiner Rede inhaltlich das Schuldeingeständnis, das Chirac zwei Jahre später anlässlich der Journée nationale d'hommage aux harkis vor der gesamten Nation aussprechen sollte, vorweg. Das CNMF begrüßte ausdrücklich die für den 25. September 2001 angesetzte Journée nationale d'hommage aux harkis. Die Tatsache, dass die gesamte Nation an einem Tag der ehemaligen Hilfssoldaten gedenken solle, entsprach der von Wormser formulierten Idee, diese in ein universalistisches Gedenken zu integrieren. Aus diesem Grund unterstützte das CNMF das ONAC bei der Vorbereitung der Zeremonie. Es hatte unter anderem die Aufgabe, ehemalige Hilfssoldaten vorzuschlagen, die während der Zeremonie mit militärischen Ehren ausgezeichnet werden sollten<sup>109</sup>.

Die Worte, die Chirac wählte, um die vergangenen Fehler Frankreichs im Umgang mit den Hilfssoldaten anzuerkennen, gingen Wormser jedoch nicht weit genug. Chirac war in seinen Äußerungen so vage geblieben, dass Wormsers Befürchtung, man könne die Massaker an den Hilfssoldaten leugnen, nicht entkräftet war. Nur kurze Zeit nach dem 25. September 2001 unterstrich das CNMF noch einmal in einer Pressemitteilung die Bedeutung, die es den Massakern zumaß. Da sich die Abkommen von Évian bald zum 40. Mal jäherten, müsse man daran erinnern, dass vor 40 Jahren »150 000 harkis et civils, femmes et

<sup>106</sup> Maurice FAIVRE, *Un village de harkis*, Paris 1994.

<sup>107</sup> Maurice Faivre à l'attention de Jean de Belot et Cécilia Gabizon (Le Figaro), 24.10.2008, AN: vers. 20120054/107.

<sup>108</sup> Transkript der Tagung »Les harkis et la communauté nationale. Ombres et lumière«, AN: vers. 20120054/87.

<sup>109</sup> CNMF an Louis Monchovet, délégué aux rapatriés, 18.6.2001, AN: vers. 20120054/88.

enfants compris, qui avaient fait le choix de la France pour patrie«, massakriert worden seien<sup>110</sup>. Auch seine Position zur Frage der Verantwortung an den Massakern stellte das CNMF in dieser Pressemitteilung heraus: »Le sang était sur les mains algériennes mais la honte était bien pour notre pays, se détournant avec indifférence de ses propres enfants«<sup>111</sup>. Die Formulierung glich in einigen Punkten der von Chirac gewählten, ging jedoch weiter. Während Chirac davon gesprochen hatte, dass Frankreich »ses enfants« nicht zu schützen gewusst habe, hieß es in der Pressemitteilung, dass sich das Land »avec indifférence« von »ses propres enfants« abgewandt habe. Das CNMF wandte sich mit diesen Worten gegen die von Chirac gewählte Darstellung, das Handeln der Regierung und de Gaulles 1962 sei mit einer Überforderung zu erklären, sondern unterstellte ihnen Gleichgültigkeit und unterstrich mit dieser Argumentation die Verantwortung der damaligen Staatsvertreter.

Als die erinnerungspolitische Aufarbeitung des Algerienkriegs voranschritt, kamen immer mehr Vergangenheitsdeutungen auf, die den Erinnerungen der ehemaligen Militärs widersprachen. Um diesen Deutungen der Vergangenheit zu begegnen, verdichtete auch das CNMF seine Erinnerungsarbeit. Faivre nutzte seine Expertise als Historiker, um gegen Darstellungen der Vergangenheit vorzugehen, die seinen eigenen Äußerungen zufolge den wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprachen. In erster Linie ging er jedoch gegen Vergangenheitsdeutungen vor, die jenen der ehemaligen Militärs widersprachen. Die Journalistin Dalila Kerchouche, Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten, machte sich Anfang des 21. Jahrhunderts begleitet von einem Fotografen auf die Suche nach der Geschichte ihrer Familie und besuchte hierzu verschiedene Lager und Walddörfer, in denen sie selbst nur wenige Monate gelebt hatte. Die Ergebnisse dieser Suche veröffentlichte sie in dem Bildband »Destins de harkis. Aux racines d'un exil«<sup>112</sup>. Die Tageszeitung »Le Figaro« veröffentlichte eine Rezension dieses Werkes, in der die Lektüre wärmstens empfohlen wurde. Faivre reagierte auf diese Rezension, indem er sich selbst kritisch mit dem Werk auseinandersetzte und seinerseits eine Rezension an die Redaktion von »Le Figaro« sowie an verschiedene Verbände sandte. Adressiert an Wormser fügte Faivre der Rezension ein Schreiben bei, in dem er diesem versprach, auch gegen weitere »contre-vérités« vorzugehen, die noch folgen würden. Er brachte ein vom Institut du monde arabe veranstaltetes Kolloquium an, das seiner Ansicht

110 CNMF. Communiqué, 22.10.2001, AN: vers. 20120054/23.

111 Ibid.

112 Dalila KERCHOUCHE, Destins de harkis. Aux racines d'un exil, Paris 2003.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

nach der Glorifizierung von »Kofferträgern« diene<sup>113</sup>. Er werde das Kolloquium verfolgen, um auch hier intervenieren zu können<sup>114</sup>. Wormser leitete die Rezension mit den Worten »j'approuve ses considérations« an Mitglieder und Freunde des Verbands weiter und verdeutlichte damit, dass er die Position und das Vorgehen Faivres unterstützte<sup>115</sup>.

Die Kritik Faivres an der Veröffentlichung Kerchouches konzentrierte sich im Wesentlichen auf zwei Punkte. Kerchouche stellte in ihrem Werk noch deutlicher als Hamoumou die bewusste Entscheidung der Hilfssoldaten für die französische Seite in Frage. Sie vertrat die Ansicht, zahlreiche Hilfssoldaten hätten ein doppeltes Spiel gespielt und die Seiten gewechselt<sup>116</sup>. Faivre warf Kerchouche vor, lediglich die Geschichte ihres eigenen Vaters zu kennen. Wenn dieser ein doppeltes Spiel gespielt habe, habe er »une véritable trahison« begangen. In diesem Sinne sei er einer der wenigen Verräter unter den Hilfssoldaten gewesen. Sein Verhalten sei jedoch nicht repräsentativ<sup>117</sup>. Ebenso deutlich wies Faivre die von Kerchouche geäußerte Kritik an den Lagern und Walddörfern zurück. Kerchouche vertrat die Ansicht, hinter der Aufnahmepolitik habe eine bewusste Politik der sozialen Desintegration und soziopolitischen Marginalisierung sowie eine totalitäre Organisationsstruktur gestanden, die auf die Fortsetzung kolonialer Strukturen abzielte<sup>118</sup>. Faivre räumte ein, dass die Verwaltung mit der Ausreisegenehmigung der ehemaligen Hilfssoldaten zu lange gewartet habe und dadurch in der Aufnahme bedauerliche Fehler entstanden seien; die Interpretation Kerchouches bezeichnete er jedoch als »diffamation« gegenüber den für die Lager und Walddörfer Verantwortlichen. Mit dieser »diffamation« stelle sich Kerchouche gegen diejenigen, die sich bemüht hätten, »de réparer les retards et les insuffisances de la politique gouvernementale«<sup>119</sup>. Er verteidigte mit dieser Äußerung explizit die ehemaligen SAS-Offiziere, die die Idee der Walddörfer eingebracht und das Personal gestellt hatten. Fehler der damaligen Regierung in der Aufnahme- und Integrationspolitik gestand er ein. Die für

113 Mit dem Begriff »Kofferträger« (*porteurs de valises*) wurden Vertreter der kolonialkritischen Linken bezeichnet, die den FLN unterstützten, indem sie Waffen und Geld für ihn schmuggelten. Vgl. hierzu Hervé HAMON, Patrick ROTMAN, *Les porteurs de valises*, Paris 1979.

114 Maurice Faivre an André Wormser, 30.10.2003, AN: vers. 20120054/107.

115 Rundschreiben André Wormser, 3.11.2003, *ibid.*

116 Vgl. hierzu [Kap. 4.8](#).

117 Maurice Faivre à l'attention de Jean de Belot et Cécilia Gabizon (*Le Figaro*), 24.10.2003, AN: vers. 20120054/107.

118 Vgl. hierzu [Kap. 4.8](#).

119 Maurice Faivre à l'attention de Jean de Belot et Cécilia Gabizon (*Le Figaro*), 24.10.2003, AN: vers. 20120054/107.

die Lager und Walddörfer verantwortlichen Militärs sowie das zivile Personal hätten jedoch diese Fehler ausgeglichen und nicht, wie Kerchouche ihnen vorwarf, verstärkt.

Insbesondere die Walddörfer und damit eine Idee, die ehemalige SAS-Offiziere ausgearbeitet hatten, unter anderem Wormser selbst, stellte er als eine »bonne solution« dar. Durch sie sei der Wald geschützt und die ehemaligen Hilfssoldaten mit ihren Familien seien gleichzeitig von »des chefs compétents et des monitrices dévouées« betreut worden<sup>120</sup>. Da er in der Frage der Integration der ehemaligen Hilfssoldaten als Militärhistoriker nicht auf die gleiche wissenschaftliche Expertise verweisen konnte wie in der Frage nach der Rolle der Hilfssoldaten in der französischen Armee und nach deren Demobilisierung, berief er sich in seiner Rezension auf die soziologische Studie Anne Heinis, um die Erinnerungen Kerchouches zu widerlegen. Heinis hatte sich lange Zeit für die Unterbringung der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich engagiert, hatte dann mehrere Jahre in der Region Languedoc-Roussillon die Aufgabe, die Walddörfer zu inspizieren, bevor sie 1977 an der Universität Montpellier unter der Betreuung von Jean Servier eine soziologische Doktorarbeit zu diesem Thema vorlegte<sup>121</sup>. Faivre verwies darauf, wie Heinis in ihrer Studie das »dévouement à la base« des Personals in den Walddörfern hervorgehoben hatte<sup>122</sup>. Um zukünftig besser auf derartige Kritik reagieren zu können, wandte Faivre sich unter anderem an Wormser, um diesen zu bitten, ihm Informationen zur Verwaltung und zum Personal im Lager von Bias zukommen zu lassen, das in besonderem Maße von Kerchouche kritisiert worden war<sup>123</sup>. Wormser versicherte ihm, er habe sich dort bei mehreren Besuchen davon überzeugt, dass das Personal sich aus »gens dévoués et enthousiastes« zusammengesetzt habe<sup>124</sup>.

Als Kerchouche drei Jahre später an der Konzeption eines Spielfilms und eines Dokumentarfilms beteiligt war, in denen die Kritik an den Lagern und Walddörfern wiederholt wurde, zeigte sich Faivre darauf vorbereitet<sup>125</sup>. Faivre hatte ein Dossier zu den Lagern und Walddörfern angefertigt, das er nun vorlegte, um die Vorwürfe zu widerlegen. Er zitierte aus dem Schreiben Wormsers

<sup>120</sup> Ibid.

<sup>121</sup> Anne HEINIS, *L'insertion des Français musulmans. Étude faite sur les populations regroupées dans le midi de la France, dans les centres d'ex-harkis*, Diss., Univ. Montpellier III (1977).

<sup>122</sup> Maurice Faivre à l'attention de Jean de Belot et Cécilia Gabizon (Le Figaro), 24.10.2003, AN: vers. 20120054/107.

<sup>123</sup> Maurice Faivre an André Wormser, 30.10.2003, *ibid.*

<sup>124</sup> André Wormser an Maurice Faivre, 3.11.2003, *ibid.*

<sup>125</sup> 2006 kamen der Spielfilm »Leïla, la fille de harki« sowie der Dokumentarfilm »Amère patrie« heraus, für die Kerchouche jeweils das Drehbuch geschrieben hatte.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

aus dem Jahr 2003, um das Engagement des Personals von Bias zu untermauern. Zudem zitierte er eine gewisse Georgette Brethes, die für die Rekrutierung des Personals verantwortlich gewesen sei. Diese lobte das Engagement der ehemaligen SAS-Offiziere, die alles getan hätten, um Hilfssoldaten zu retten. Über den Chef des von Kerchouche erwähnten Walddorfs von Pujol äußerte sie, er sei »un homme très bien, dévoué, aimant ses harkis« gewesen<sup>126</sup>. Faivre fügte dem Schreiben Fotos hinzu, die ihm die Assistentin eines für die Lager zuständigen Obersts 2003 geschickt hatte. Sie hatte wiederholt die Lager von Rivesaltes und Saint-Maurice l'Ardoise besucht. Schriftlich habe sie ihm bestätigt, bei all ihren Besuchen seien die Kinder stets gut angezogen und die Bewohner insgesamt trotz der Stacheldrähte freie Menschen gewesen, schrieb Faivre. Auch Aufnahmen, die eine ehemalige Kindergärtnerin des Lagers von Saint-Maurice-l'Ardoise gemacht hatte, sollten diese Aussagen bestätigen. Faivre zitierte sie mit den Worten, es handle sich bei den Darstellungen Kerchouches um die »contre-vérités de certaines filles de harkis qui étaient des bébés à cette époque, et qui rapportent les souvenirs de ceux qui ont raté leur intégration«<sup>127</sup>. Um nicht nur Verantwortliche des Lagers zu zitieren, kam auch Hamoumou zu Wort, der den Französischunterricht in den Walddörfern lobte<sup>128</sup>.

Dass Hamoumou weder in einem Lager noch in einem Walddorf aufgewachsen war, fand keine Erwähnung<sup>129</sup>. Hingegen war die Tatsache, dass Kerchouche sich nicht auf ihre eigenen Erinnerungen stützen konnte, sondern lediglich die Erinnerungen ihrer Familienmitglieder wiedergab, da sie bereits im Alter von einem Jahr das Lager verlassen hatte, für Faivre ein wichtiges Argument, um ihre Darstellung zu widerlegen. Er warf ihr vor, keine wissenschaftlichen Erkenntnisse wiederzugeben, sondern lediglich Erinnerungen zweiter Hand<sup>130</sup>. In seiner Entgegnung reagierte er darauf jedoch nicht, indem er wissenschaftliche Arbeiten anführte, sondern indem er selbst nur Erinnerungen wiedergab. Zu erklären ist dieses Vorgehen damit, dass sich Kerchouche in ihrer Darstellung auch auf die Erkenntnisse von Wissenschaftlern stützte, die die Lager und Walddörfer als totalitäre Systeme und als Ursache von Segregation und sozialer Desintegration beschrieben und auch die ehemaligen SAS-Offiziere hierfür in der Verantwortung sahen<sup>131</sup>. Faivre konnte dieser Analyse

<sup>126</sup> Zitiert nach: Rundschreiben Maurice Faivre, *historien*, Académie des sciences d'outre-mer. *L'histoire des harkis noircie par les médias*, 8.10.2006, AN: vers. 20120054/107.

<sup>127</sup> Zitiert nach: *ibid.*

<sup>128</sup> Vgl. *ibid.*

<sup>129</sup> Vgl. zum Lebenslauf Hamoumou [Kap. 4.8](#).

<sup>130</sup> Rundschreiben Maurice Faivre, *historien*, Académie des sciences d'outre-mer. *L'histoire des harkis noircie par les médias*, 8.10.2006, AN: vers. 20120054/107.

<sup>131</sup> Vgl. hierzu u. a. ROUX, *Les harkis*; CHARBIT, *Les harkis*.

keine wissenschaftlichen Erkenntnisse entgegensetzen, weshalb er auf Erinnerungen zurückgriff.

Das Vorgehen Faivres zeigt, in welchem Maße die ehemaligen Militärs das Interesse verfolgten, sowohl aus eigener Sicht falsche Deutungen der Vergangenheit als auch Kritik an der eigenen Rolle in dieser Geschichte zurückzuweisen. Sie vermischten nicht nur Erinnerungen und Geschichte, sondern verknüpften Geschichtsschreibung mit dem Verfassen ihrer Autobiografie. Bereits beim Ausbruch der ersten Aufstände in den 1970er Jahren waren die SAS-Organisationen vonseiten muslimischer Repatriierter, später auch vonseiten der Wissenschaft mit der Kritik konfrontiert worden, in den Lagern und Walddörfern Abhängigkeitsstrukturen geschaffen und somit zum Scheitern der Integration insbesondere der zweiten Generation beigetragen zu haben<sup>132</sup>. Die Söhne und Töchter der ehemaligen Hilfssoldaten konfrontierten die ehemaligen SAS-Offiziere erneut mit diesem Vorwurf, als auch sie sich vermehrt an den Debatten um den Algerienkrieg beteiligten. Die Erinnerungen, die durch die Erinnerungsarbeit der zweiten Generation in die Öffentlichkeit getragen wurden, kollidierten wie im Falle Kerchouches mit den Erinnerungen ehemaliger Militärs. Diese nutzten in diesem Fall die scheinbare Objektivität, die Faivre als Historiker zugeschrieben wurde, um die Erinnerungen der zweiten Generation zu widerlegen und die Geschichtsschreibung wieder in die von ihm und den ehemaligen SAS-Offizieren propagierte Version umzudeuten.

Das Agieren Wormsers an der Seite von Wissenschaftlern steht beispielhaft für die von Guy Pervillé bezüglich der Aufarbeitung des Algerienkriegs beschriebene Instrumentalisierung von Wissenschaftlern durch verschiedene Erinnerungsträger. Ihm zufolge versuchten alle Akteursgruppen, für sich als Träger des kollektiven Gedächtnisses den Anspruch geltend zu machen, die Wahrheit zu enthüllen. Zu diesem Zweck suchten sie die Nähe zu Wissenschaftlern, um diese als Bürgen ihrer Wahrheit zu präsentieren<sup>133</sup>. Pervillé zeigt auch auf, wie der seit den 1990er Jahren einsetzende generationelle Umbruch bei den Akteuren des Algerienkriegs das Bedürfnis erweckte, ihre Erinnerungen zu tradieren, was die einsetzende Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit ihm zufolge verstärkte. Die Opfergruppen des Algerienkriegs hätten die Anerkennung der Opfer des Vichy-Regimes als unerträglich empfunden, da sie

<sup>132</sup> Vgl. zu der Kritik der muslimischen Repatriierten [Kap. 3.6](#).

<sup>133</sup> Guy PERVILLÉ, Die Geschichtswissenschaft und die späte Erforschung des Algerienkrieges. Von einem konfliktbeladenen Gedenken zur historiografischen Aussöhnung?, in: Christiane KOHSER-SPOHN, Frank RENKEN (Hg.), Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte eines tabuisierten Konflikts, Frankfurt a. M., New York 2006, S. 66–75, hier S. 70–75.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

dadurch ihre eigene Opferrolle vernachlässigt gesehen hätten<sup>134</sup>. Wormser versinnbildlicht die von Pervillé beschriebene Generation, jedoch nicht in allen Punkten. Er gab selbst an, dass es aufgrund des generationellen Wechsels von Bedeutung sei, die Erinnerungen für die folgenden Generationen zu tradieren. Als Mitglied der Opfergruppe der Vichygeneration empfand er jedoch die Aufarbeitung der Verbrechen des Regimes von Vichy und die damit einhergehende Anerkennung der Opfergruppen nicht als Konkurrenz. Vielmehr war es für ihn ein Ansporn, auch die Anerkennung der ehemaligen Hilfssoldaten als Opfergruppe voranzutreiben, für die er sich seit der Zeit des Algerienkriegs einsetzte. Diese offizielle Anerkennung als Opfergruppe war für ihn eine notwendige Voraussetzung für die Integration der ehemaligen Hilfssoldaten sowie deren Nachkommen in die Französische Republik.

Wormser ging wie Chirac von einem nationalen Gedenken aus und vertrat die Ansicht, dank der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit entstehe eine objektive, allgemeingültige Geschichtsschreibung, die dann als Grundlage eines nationalen Gedenkens diene. Aus diesem Grund kooperierte Wormser bevorzugt mit Wissenschaftlern, die in ihrer Arbeit die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten aufzeigten. Er wollte die ehemaligen Hilfssoldaten ebenso wie alle muslimischen Repatriierten als Bürger und Soldaten Frankreichs in die französische Geschichte eingeschrieben sehen. Von Regierung und Staatspräsident verlangte er, die ehemaligen Hilfssoldaten als Soldaten und Bürger Frankreichs zu ehren und zugleich zu erklären, man habe sie als solche in Algerien zurückgelassen und trage in diesem Sinne eine Mitverantwortung an den Massakern. Dass der 25. September als gruppenspezifischer Gedenktag eingeführt wurde, wertete Wormser nicht als partikularistisches Gedenken, sondern als Geste gegenüber einer Opfergruppe, die damit in das nationale Gedenken integriert und mit der Nation versöhnt werde.

Wormser sprach sich stets dagegen aus, die ehemaligen Hilfssoldaten und die europäischen Repatriierten als eine Gruppe zu behandeln. Den europäischen Repatriierten warf er vor, in ihrer Erinnerungsarbeit auf eine Gegenerinnerung hinzuwirken und dadurch das Entstehen eines nationalen Gedenkens zu verhindern. Obgleich er stets wiederholte, an einer universalistischen Geschichtsschreibung interessiert zu sein, war jedoch auch er Akteur in der *guerre des mémoires*. Während er seiner Deutung der Vergangenheit mithilfe einer Kooperation mit Wissenschaftlern den Schein von Objektivität verleihen wollte, transportierte er ebenso wie die Repatriierten Erinnerungen einer Akteursgruppe, nämlich die der Mitglieder des Kolonialmilitärs. Wormser forderte mit dem CNMF von der Regierung, Fehler im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten einzugestehen, unter anderem im Hinblick auf die Auf-

<sup>134</sup> Ibid., S. 70.

nahme- und Integrationspolitik, und betrachtete dies als Weg zur nationalen Versöhnung. Als jedoch Betroffene selbst, Kinder ehemaliger Hilfssoldaten, Kritik an der Aufnahme- und Integrationspolitik äußerten, zeigte sich deutlich, wie sehr die ehemaligen Kolonialmilitärs in ihren eigenen Erinnerungen gefangen waren. Wormser hatte zwar den Anspruch, mit Unterstützung von Wissenschaftlern die Wahrheit zu erzählen, er schenkte jedoch den wissenschaftlichen Erkenntnissen dann keinen Glauben mehr, wenn diese mit seinen eigenen Erinnerungen kollidierten und der Vorstellung seiner eigenen Autobiografie widersprach.

### 4.3 Die Rolle der »harkis« in der »nostalgérie«

Sowohl Jansen als auch Renken widersprechen der These Storas, die Erinnerungen an den Algerienkrieg seien bis in die 1990er Jahre hinein verdrängt worden. Beide vertreten die Meinung, insbesondere die Repatriierten hätten bereits zuvor Erinnerungsarbeit betrieben. Sie widersprechen sich jedoch in der Frage, wann die ersten erinnerungspolitischen Aktivitäten anzusetzen seien. Jansen vertritt die Ansicht, die Erinnerungen der Repatriierten seien nie verdrängt worden, sondern seien mit ihrem Exil nach Frankreich hineingetragen worden. Zumindest auf kommunaler Ebene seien die Repatriierten stets durch erinnerungspolitische Aktivitäten aufgefallen<sup>135</sup>. Renken hingegen bewertet diese ersten Aktivitäten als harmlose Nostalgie. Erst in den 1970er Jahren seien die Repatriierten erstarkt durch die Amnestie von 1968 gemeinsam mit anderen Verteidigern der *Algérie française* als ernstzunehmende erinnerungspolitische Akteure aufgetreten<sup>136</sup>. Savarese wiederum erkennt erst in den 1980er Jahren eine Verdichtung der erinnerungspolitischen Aktivitäten dieser Akteure. Nachdem die materiellen Forderungen der Repatriiertenverbände in den verschiedenen Entschädigungsgesetzen weitestgehend erfüllt worden seien, hätten sich die Repatriiertenverbände mit Unterstützung weiterer Verteidiger der *Algérie française* auf den Kampf für eine symbolische Entschädigung konzentriert<sup>137</sup>. Die Betrachtung des erinnerungspolitischen Diskurses dieser Akteure um die muslimischen Repatriierten bestätigt die Darstellung Savareses. Bis in die 1980er Jahre hinein verwiesen die Verteidiger der *Algérie française* in ihrem Diskurs lediglich auf die muslimischen Repatriierten, um sich mit einer revanchistischen Rhetorik an den Debatten um die Migration aus dem Maghreb zu

135 JANSEN, Politics of Remembrance, S. 277–279.

136 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 389.

137 SAVARESE, Algérie, S. 109.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

beteiligen und so ihren Kampf gegen die »France algérienne« zu führen<sup>138</sup>. Im Rahmen dieser Rhetorik bedienten sie sich zwar ihrer Erinnerungen, die 1980er Jahre markierten jedoch insofern eine Wende, als sie nun begannen, insbesondere auf die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten zu verweisen, um explizit erinnerungspolitische Forderungen durchzusetzen.

Besonders der 1981 gegründete Verband JPN, der für einen Generationswechsel innerhalb der Gemeinschaft der Repatriierten stand, betätigte sich in diesem Feld. Der Verband setzte sich mehrheitlich aus Söhnen und Töchtern der ehemaligen Siedler Algeriens zusammen. Diese zweite Generation hatte meist keine eigenen Erinnerungen mehr an die Kolonialzeit, sah es jedoch umso mehr als ihre Aufgabe an, die Erinnerungen ihrer Eltern und deren Deutung der Vergangenheit zu tradieren. Da die Gemeinschaft der Repatriierten nur noch auf der gemeinsamen Vergangenheit und auf dem gemeinsamen Leidensweg beruhte, gewann für diese Generation die Ebene der Erinnerung besondere Bedeutung. Der Identität der Gemeinschaft lag ein von der französischen Gesellschaft und Politik nicht anerkanntes kollektives Leiden zugrunde: das Gefühl, die französische Regierung habe sie um ihre Heimat betrogen. Man konzentrierte sich darauf, ein idealisiertes Bild der Vergangenheit in Algerien zu tradieren<sup>139</sup>. Diese Idealisierung des kolonialen Algeriens wird in der Forschung mit dem Begriff *nostalgérie* beschrieben<sup>140</sup>.

Zu dem idealisierten Bild der kolonialen Vergangenheit gehörte es, die scheinbar brüderlichen Beziehungen zwischen den europäischen Siedlern und der muslimischen Bevölkerung Algeriens hervorzuheben und den abstrakten Rassismus, der unter den Siedlern vorgeherrscht hatte, zu verschleiern<sup>141</sup>. Zu diesem Zweck betonten die Repatriiertenverbände in der Erinnerungspolitik die Gemeinschaft der Repatriierten aller Religionsgemeinschaften, wodurch die Geschichte der muslimischen Repatriierten, insbesondere der ehemaligen Hilfssoldaten, zu einem wichtigen Motiv der Erinnerungsarbeit wurde. Anfang der 1980er Jahre reagierten verschiedene Repatriiertenverbände auf die Initiative der Fnaca, Straßen und Plätze nach dem 19. März zu benennen. Mit diesem Vorstoß verstärkte der Veteranenverband seine Bemühungen, der Abkommen von Évian als dem Ende des Algerienkriegs zu gedenken<sup>142</sup>. Der Repatriiertenverband Anfanoma reagierte voller Empörung auf diesen Vorstoß der Fnaca. Die Verantwortlichen betonten, das Feiern dieses Datums bedeute, die Repatriierten

138 Vgl. Kap. 3.3.

139 SAVARESE, Algérie, S. 72–74.

140 Der Begriff *nostalgérie* gilt inzwischen als allgemein anerkannt.

141 SAVARESE, Algérie, S. 118.

142 Vgl. hierzu Kap. 4.5.

und insbesondere die ehemaligen Hilfssoldaten zu beleidigen, die mit diesem Tag alles verloren hätten. Sie warfen die Frage auf, welches Signal von diesen »rues du 19-Mars« für die »harkis« ausgehen würde, die sich für Frankreich entschieden hätten. Der 19. März habe schließlich für einige von ihnen den Tod bedeutet und für andere »l'exode dans des conditions tragiques«<sup>143</sup>. In einem offenen Brief an den Präsidenten der Republik, Mitterrand, verwiesen sie zudem darauf, das Datum stehe de facto für die Teilung Frankreichs und gleichzeitig für die Demütigung der französischen Armee, die die Regierung nach einem militärischen Erfolg gezwungen habe, die Bevölkerung und vor allem die Hilfssoldaten schutzlos der Rache des Gegners auszuliefern<sup>144</sup>. Die Anfanoma lehnte die Initiative der Fnaca für einen Gedenktag am 19. März in erster Linie deshalb ab, da er für sie das Ende der *Algérie française* symbolisierte. Sie setzte jedoch die Hilfssoldaten in ihrer Argumentation prominent in Szene, da für diese Gruppe das Ende des Algerienkriegs den tiefsten Einschnitt und das größte Leiden nach sich zog. Der Vorschlag der Fnaca sollte mit dieser Argumentationsstrategie besonders deutlich als moralisch verwerflich gekennzeichnet werden.

Die Anfanoma antwortete auf den Vorstoß der Fnaca mit eigenen erinnerungspolitischen Initiativen. Sie forderte, Straßen und Plätze nach dem *bachaga* Boualam zu benennen. Boualam war 1982 verstorben. Direkt nach seinem Tod hatte die Anfanoma Boualam als »grand Français« und als »ami de toujours« bezeichnet, der es verdient habe, dass Straßen nach ihm benannt würden<sup>145</sup>. Nach dem Vorstoß der Fnaca verdichtete der Verband seine Aktivitäten, um dieses Ziel in die Tat umzusetzen. In einzelnen Städten und Kommunen, in denen die Repatriierten zahlenmäßig einen bedeutenden Anteil der Bevölkerung stellten, insbesondere in der Mittelmeerregion, konnte sie diese Forderung durchsetzen. Im Februar 1983 wurde in Aix-en-Provence der Square Bachaga-Boualam eingeweiht. Weitere Kommunen folgten dem Vorbild der Stadt<sup>146</sup>.

Die Vertreter des Verbandes JPN knüpften mit ihrer Kampagne »Hommage aux harkis«, die 1986 langsam anlaufen sollte, an das Engagement der Anfa-

143 Le 19 mars: une date qui nous insulte, in: France-Horizon 240 (1983), S. 5.

144 Non au 19 mars. Lettre à monsieur le président de la République, in: France-Horizon 251 (1984), S. 10.

145 Als »grand Français« wurde Boualam in folgendem Artikel bezeichnet: Un grand Français disparaît. Le *bachaga* Boualam est décédé, in: France-Horizon 229 (1982), S. 1. Zum Zitat »ami de toujours« und Verweis auf die Benennung von Straßen nach Boualam: *Bachaga Saïd Boualam (nous souhaitons que des rues portent son nom)*, in: France-Horizon 230 (1982), S. 1; 12.

146 Inauguration à Aix-en-Provence d'un square Bachaga-Boualam, in: France-Horizon 239 (1983), S. 21.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

noma an. Die Kampagne zielte zunächst darauf ab, Partnerschaften zwischen Familien ehemaliger Hilfssoldaten und französischen Familien, in erster Linie Familien ehemaliger Siedler, zu vermitteln<sup>147</sup>. Diese Partnerschaften sollte die zur Zeit des Algerienkriegs und darüber hinaus beschworene Einheit der »Français de toutes les confessions« symbolisieren. Der Verband wandte sich an verschiedene Politiker sowie Vertreter von Verbänden mit der Bitte, die Kampagne zu unterstützen. Aus dem politischen Lager sicherte nicht nur Chirac den JPN seine Unterstützung zu<sup>148</sup>. Auch Le Pen gratulierte dem Verband zu seinem Vorstoß und erklärte, die Kampagne unterstützen zu wollen. Er habe schon immer »l'équivalence des droits de tous les Français, et notamment de ceux qui l'étaient devenus par le sang versé« verteidigt<sup>149</sup>. Im Rahmen der Kampagne organisierte der JPN die »cérémonie à la mémoire des morts civils et militaires de l'Algérie française«. In den auf dieser Zeremonie gehaltenen Reden bediente sich der JPN der Rhetorik, die Le Pen parallel in der Migrations- und Integrationsdebatte einsetzte. Das Blut der »Français métropolitains« und der »Français musulmans« habe sich auf dem »sol tant aimé« vermischt<sup>150</sup>. Mit dieser Rhetorik bestätigte man das von Le Pen hervorgehobene Bild der muslimischen Repatriierten als »Français par le sang versé«.

Die Politik de Gaulles habe gleichzeitig alle französischen Siedler sowie »les musulmans qui avaient fait confiance en France« verraten, hieß es in der Rede weiter, wodurch das Motiv der Schicksalsgemeinschaft all jener, die de Gaulle mit seiner Algerienpolitik verraten habe, aufgegriffen wurde<sup>151</sup>. Ebenfalls im Rahmen der Kampagne lud der JPN 1988 zu einer weiteren Zeremonie ein. Um die initiierten Partnerschaften feierlich zu besiegeln, lud der Verband außer Ali Boualam, der als Sohn des jüngst verstorbenen *bachaga* Boualam die Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten repräsentieren sollte, schillernde Figuren der *Algérie française* ein. Neben Jacques Soustelle, dem einstigen Generalgouverneur Algeriens, trat Oberst Jean Gardes, einstiges Mitglied des Führungsstabs der OAS, gemeinsam mit Edmond Jouhaud auf, der ehemaligen Nummer Zwei der Organisation<sup>152</sup>. Sowohl die inhaltliche Ausrichtung als auch die Beteiligten zeigen somit, dass die Kampagne »Hommage aux harkis« sich

147 JPN. Invitation pour la cérémonie de jumelage de familles de harkis à des familles de pieds-noirs et de métropolitains, 7.1.1988, AN: vers. 20120054/94.

148 Premier ministre Jacques Chirac à JPN, 5.6.1986, *ibid*.

149 Jean-Marie Le Pen au JPN, 14.10.1986, *ibid*.

150 JPN. Cérémonie à la mémoire des morts civils et militaires de l'Algérie française à la stèle de Paris, in: France-Horizon 277 (1986), S. 4.

151 *Ibid*.

152 JPN. Invitation pour la cérémonie de jumelage de familles de harkis à des familles de pieds-noirs et de métropolitains, 7.1.1988, AN: vers. 20120054/94.

nur vordergründig den ehemaligen Hilfssoldaten widmete. Die ehemaligen Hilfssoldaten wurden auf den Veranstaltungen kaum thematisiert. In erster Linie propagierte die Kampagne unter der Beteiligung des breiten Spektrums der Verteidiger der *Algérie française* die *nostalgérie*.

Ende 1989 rückten die Hilfssoldaten in der Kampagne mehr in den Vordergrund, als die sozialistische Regierung die Gedenkbriefmarke »Hommage aux harkis« veröffentlichte. Der JPN schrieb die Ausgabe dieser Gedenkmarke seiner Beharrlichkeit zu. Gegen den Widerstand der Regierung habe man dieses Projekt durchgesetzt, erklärten die Verantwortlichen des Verbands<sup>153</sup>. Von ihnen war die Initiative, eine Briefmarke zum Gedenken an die ehemaligen Hilfssoldaten zu veröffentlichen, ausgegangen. Die Delegation für Repatriierte hatte diese Anregung aufgenommen und einen Entwurf für die Briefmarke ausarbeiten lassen. Der schlicht gehaltene Entwurf mit dem auf weißem Untergrund abgedruckten Schriftzug »Harkis, soldats de la France« stellte jedoch den JPN nicht zufrieden. Als Initiatoren des Projektes fühlten sie sich übergangen, da die Regierung sie bei der Ausarbeitung des Entwurfes nicht einbezogen hatte. Erst einige Tage vor der Veröffentlichung waren sie mit dem ausgearbeiteten Entwurf vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Obwohl ihnen nur ein kleines Zeitfenster blieb, bemühten sich die Verantwortlichen des JPN, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Dem vorgestellten Entwurf setzten sie die Idee des auf der Trikolore abgedruckten Schriftzugs »Hommage aux harkis, soldats de la France« entgegen<sup>154</sup>. Die Delegation für Repatriierte übernahm zumindest diesen Änderungsvorschlag. Zudem wurde die Trikolore auf der Marke abgedruckt, wenn auch nur klein am Rand und nicht wie gewünscht als Hintergrund<sup>155</sup>. In Teilen hatte der JPN seine Vorstellungen durchgesetzt. Die Idee, das Bild der Hilfssoldaten als »treue Soldaten Frankreichs« auch gestalterisch zu unterstreichen, wurde angenommen. Zudem wurde die Briefmarke »Hommage aux harkis« mit der Kampagne des Verbandes in Verbindung gesetzt.

Für den Tag der Veröffentlichung der Gedenkmarke, den 3. Dezember 1989, organisierte der JPN eine Demonstration in Longjumeau. Mit dieser Demonstration knüpfte er an die Initiative der Anfanoma an, sich für ein Umbenennen von Straßen und Plätzen zu Ehren Boualams einzusetzen. In mehreren Städten war diese Initiative in den letzten Jahren erfolgreich gewesen<sup>156</sup>. Im Jahre 1987 hatte unter anderem die Gemeinde Longjumeau die Voie

153 Le scandale du timbre »Hommage aux harkis«, 25.1.1990, *ibid*.

154 Choix du projet final du timbre »Hommage aux harkis«, 11.11.1989, *ibid*.

155 Premier jour du timbre »Hommage aux harkis«, 6.11.1989, *ibid*.

156 Sète, la grande messe des pieds-noirs, in: *France-Horizon* 280 (1987), S. 13.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Bachaga-Boualam eingeweiht<sup>157</sup>. Allerdings währte dieser Erfolg in Longjumeau für die Verfechter der *Algérie française* nur kurz. 1989 akzeptierte der sozialistische Bürgermeister den Vorschlag von Bürgern, die 200-Jahresfeier der Französischen Revolution zum Anlass zu nehmen, die Voie Bachaga-Boualam in »Avenue Victor-Bach« umzubenennen. Victor Bach, einstiger Präsident der Ligue des droits de l'homme (LDH), war 1944 von Milizen getötet worden. Der JPN nutzte die angekündigte Umbenennung, um Aufmerksamkeit für seine Kampagne zu bekommen. Im August 1989 gründete er das Comité pour le respect de la mémoire du bachaga Saïd Boualam unter dem Ehrenvorsitz Ali Boualams<sup>158</sup>. Dieses rief zunächst dazu auf, Petitionen direkt an den Bürgermeister, an den zuständigen Präfekten sowie an den neuen, nun von der sozialistischen Regierung gestellten Delegierten für Repatriierte Maurice Benassayag zu richten und diese aufzufordern, die Umsetzung der in Longjumeau getroffenen Entscheidung zu verhindern. Das Vorhaben der Kommune Longjumeau wurde in aller Deutlichkeit als Angriff »à la mémoire collective, à la dignité et à l'honneur des Français d'Algérie de toutes confessions et de leurs amis« gewertet. Erneut würde die »communauté française d'origine musulmane« und somit auch die Gemeinschaft aller »Français d'Algérie« ihrer Erinnerung und somit auch ihrer Würde beraubt<sup>159</sup>.

In den Briefen, die Aktivisten in Folge dieses Aufrufs versandten, nahmen diese stets Bezug auf das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten, jedoch waren die eigentlichen erinnerungspolitischen Ziele hinter diesem Bezug deutlich zu erkennen. Die Anfanoma schrieb, die Voie Bachaga-Boualam umzubenennen bedeute, »les harkis, morts pour la France«, noch einmal zu töten<sup>160</sup>. Sie bezeichnete die Umbenennung als eine rassistische Maßnahme und warf der sozialistischen Regierung vor, ihre eigenen Leitlinien nicht einzuhalten – ein Vorwurf, den auch Soustelle in einem Brief an den Bürgermeister von Longjumeau erhob<sup>161</sup>. Die Aktivisten nutzten das Ereignis, um die Politik der sozialistischen Regierung zu kritisieren, die nicht nur in der Migrations- und Integrationspolitik, sondern auch in der Erinnerungspolitik einen Weg verfolgte, dem die Vertreter der *Algérie française* nicht folgen konnten. Aufgrund der derzeitigen starken Position der sozialistischen Partei konnte die Fnaca in ihrem Vorstoß

<sup>157</sup> Longjumeau rend hommage aux harkis. Inauguration de la voie Bachaga-Boualam, in: France-Horizon 284 (1987), S. 8.

<sup>158</sup> Comité pour le respect de la mémoire du bachaga Saïd Boualam, 1.8.1989, AN: vers. 20120054/94.

<sup>159</sup> Ibid.

<sup>160</sup> Longjumeau, rue du Bachaga-Saïd-Boualam. Tous unis pour l'honneur d'un capitaine, l'honneur d'un bachaga, in: France-Horizon 304 (1989), S. 12.

<sup>161</sup> Ibid., S. 12.

bezüglich des 19. März 1962 auf Unterstützung hoffen. Während der Bürgermeister in Longjumeau die Initiative aufgriff, die Voie Bachaga-Boualam umzubenennen, traf der ebenfalls von der sozialistischen Partei gestellte Bürgermeister der Kommune Auch zeitgleich die Entscheidung, in seiner Gemeinde eine Rue du 19-Mars-1962 einzuweihen<sup>162</sup>. Um die Erinnerungen an die *Algérie française* zu verteidigen, reagierten aus diesem Grund auch die kommunalen Vertreter des FN der Gemeinde von Auch und beteiligten sich mit ihren Parteigenossen der Gemeinde Longjumeau an der von dem JPN organisierten Kampagne<sup>163</sup>.

Die Kampagne gipfelte in dem für den 3. Dezember angekündigten »Hommage au bachaga Boualam«. Der Verband wählte hierfür den Tag, an dem die Gedenkmarke »Hommage aux harkis« erschien und an dem die Regierung selbst eine kleine Gedenkveranstaltung geplant hatte. Er demonstrierte die Unzufriedenheit mit der sozialistischen Erinnerungspolitik. Die Veranstaltung wurde »au bachaga Boualam et aux harkis« gewidmet<sup>164</sup>. Es solle »l'insulte faite par le maire de Longjumeau [...] à la mémoire du bachaga Saïd *Boualam*, grand patriote français« beglichen werden. Der Angriff richte sich nicht nur gegen Boualam, sondern gegen »l'ensemble des harkis, les Français d'Algérie de toutes confessions, l'armée française, les anciens combattants, les élus de la nation et tous les patriotes français«<sup>165</sup>. Obwohl der JPN das Gedenken an Boualam und das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten in den Mittelpunkt stellte, wurde auch diese Demonstration zu einer Veranstaltung der Verteidiger der *Algérie française*, in der diese ihre *nostalgérie* auslebten und ihre Unzufriedenheit mit der von der sozialistischen Partei vertretenen Deutung der Vergangenheit demonstrierten. Untermalt von Militärmusik, gedachten die Demonstranten all jener, die sie als Märtyrer der *Algérie française* verehrten<sup>166</sup>.

Bereits einen Monat später sollte sich erneut die Gelegenheit bieten, die von der sozialistischen Regierung betriebene Erinnerungspolitik zu kritisieren. Im Dezember 1989 erschienen, war die Gedenkmarke bereits im Januar 1990 wieder vom Markt verschwunden, da die französische Post ihre Tarife erhöht hatte. Zudem hatte die algerische Regierung erklärt, Briefe, die mit dieser Briefmarke in ihr Land gesandt würden, nicht weiterzuleiten. Diese Erklärung wurde von der französischen Regierung nicht kommentiert. Die Anfanoma nahm dies zum Anlass, der französischen Regierung mangelnde Bereitschaft,

<sup>162</sup> Comité pour le respect de la mémoire du bachaga Saïd Boualam, 1.8.1989, AN: vers. 20120054/94.

<sup>163</sup> Ibid.

<sup>164</sup> Manifestation nationale »Hommage au bachaga Boualam«, 6.11.1989, *ibid.*

<sup>165</sup> Ibid. (Hervorh. i. Orig.).

<sup>166</sup> Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

»de réparer les torts qu'elle nous avait causés«, vorzuwerfen<sup>167</sup>. Die Verantwortlichen des JPN sahen sich in ihrer Einschätzung bestätigt, die sozialistische Regierung habe dem Projekt stets feindlich gegenübergestanden und habe es nur mit Widerwillen akzeptiert<sup>168</sup>. Sie forderten die Absetzung Benassayags und die Wiedereinsetzung des vorhergehenden Staatssekretärs für Repatriierte, André Santini, der stets eng mit den Repatriierten kooperiert und gemeinsam mit Premierminister Chirac deren Deutung der Vergangenheit propagiert hatte<sup>169</sup>. Die Repatriierten hatten sich mit der von Chirac und Santini betriebenen Erinnerungspolitik identifizieren können, während sie nun unter der sozialistischen Regierung mit einer Deutung der Vergangenheit konfrontiert waren, in der ihre Erinnerungen keinen Platz fanden.

Das Gefühl, die eigenen Erinnerungen würden in der Öffentlichkeit verdrängt, verstärkte sich in den Repatriiertenverbänden durch die langsam einsetzende wissenschaftliche Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit und des Algerienkriegs. In einem Zug mit der sozialistischen Erinnerungspolitik kritisierten die Verbände auch die als »marxiste« und »pro-FLN« bezeichnete Arbeit von Journalisten und Historikern<sup>170</sup>. Aussagen des JPN zufolge werde die Aufarbeitung des französischen Algeriens und des Dekolonisationskrieges von »journalistes marxistes-léninistes, professionnels de la désinformation et de la falsification de l'Histoire« betrieben<sup>171</sup>. Diese verfolgten mit ihrer Arbeit nur ein Ziel: Den »antifranzösischen Hass« und die »antifranzösische« Gewalt voranzutreiben, um die westlichen Gesellschaften zu destabilisieren und die kommunistischen Werte weltweit zu stärken. Namentlich griff der Verband den 1950 in Algerien geborenen Historiker Benjamin Stora an, der in seinem Dokumentarfilm »Les années algériennes« die These vertrat, der FLN habe sich in seinem Unabhängigkeitskampf auf einen starken Rückhalt innerhalb der algerischen Bevölkerung stützen können. Diese These stieß bei den Akteuren der *Algérie française* auf einen breiten Widerstand, widersprach sie doch dem von ihnen propagierten Bild einer idealen kolonialen Gesellschaft, geprägt von einem brüderlichen Zusammenleben der europäischen Siedler und der muslimischen Bevölkerung. Der Verband JPN wusste die Kampagne »Hommage aux harkis« zu nutzen, um auf diese Geschichtsschreibung zu antworten. Er bezeichnete die ehemaligen Hilfssoldaten als »les oubliés de la mémoire« und warf damit Stora vor, die muslimischen Hilfssoldaten in seiner Argumentation

167 Donner et retenir ne vaut, in: France-Horizon 309 (1990), S. 24.

168 Le scandale du timbre »Hommage aux harkis«, 25.1.1990, AN: vers. 20120054/94.

169 JPN lance une pétition nationale pour obtenir la démission de M. Benassayag, délégué aux rapatriés, 17.6.1991, ibid.

170 Le scandale du timbre »Hommage aux harkis«, 25.1.1990, ibid.

171 Ibid.

übergangen zu haben. Das Engagement zahlreicher Hilfssoldaten auf französischer Seite beweise das friedliche und brüderliche Zusammenleben der europäischen Siedler und der Muslime Algeriens<sup>172</sup>.

Um auf die »falsification de l'Histoire« zu reagieren, bemühte sich der JPN um eine eigene Geschichtsschreibung. Im Gegensatz zum CNMF suchte der Verband hierfür nicht die Nähe zu Wissenschaftlern, sondern schrieb seine eigene Darstellung der Vergangenheit nieder. Der Sohn einstiger algerischer Siedler, Bernard Coll, veröffentlichte im Jahr 1991 gemeinsam mit Taouès Titraoui, der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten, das Werk »Le livre des harkis«<sup>173</sup>. Sowohl Coll als auch Titraoui waren Mitglieder des JPN. Sie hatten 1988 geheiratet und galten so als Sinnbild der Schicksalsgemeinschaft europäischer und muslimischer Repatriierter<sup>174</sup>. Aus diesem Grund traten sie wiederholt gemeinsam für den Verband in Erscheinung. Bereits vor dieser Veröffentlichung hatten sie zusammen mit Ali Boualam und dem kommunalen Vertreter des FN das Führungsgremium des Comité pour le respect de la mémoire du bachaga Saïd Boualam gebildet, das für die Demonstration in Longjumeau verantwortlich war<sup>175</sup>. Im Gegensatz zu der als »falsification de l'Histoire« kritisierten Geschichtsschreibung der angeblich marxistisch-leninistischen Journalisten und Wissenschaftler sollte in ihrem Werk der Vorankündigung zufolge ein »bilan objectif et complet« der Geschichte der muslimischen Hilfssoldaten geschrieben werden<sup>176</sup>. Der Verband hatte wie auch das CNMF das Ziel, seine eigene Deutung der Vergangenheit als objektiv darzustellen, allerdings ohne hierfür mit Wissenschaftlern zu kooperieren. Die Vertreter des JPN schrieben ihre Vergangenheitsdeutung selbst nieder. Darin wurden die Hilfssoldaten wie bereits während der Kampagne »Hommage aux harkis« zu einem wichtigen Kapitel der *nostalgérie*. Sie wurden gemeinsam mit allen Repatrierten zu Opfern des Verrats der gaullistischen Regierung und großer Teile der französischen Gesellschaft an der idealisierten Gesellschaft Algeriens<sup>177</sup>.

Stand in dieser Erzählung hauptsächlich der Name de Gaulle für Verrat, so wurde diesem jedoch nicht allein die Verantwortung für das Schicksal der Hilfssoldaten zugeschrieben. Der Kreis der Verräter ging von der Fnaca über

172 Guerre d'Algérie, Les oubliés de la mémoire, 13.10.1991, *ibid*.

173 Bernard COLL, Taouès TITRAOUI, *Le livre des harkis*, Bièvres 1991.

174 Der Vorsitzende des CNMF, André Wormser, beglückwünschte die beiden zur Hochzeit mit der Aussage, sie hätten ihr »dévouement à la cause des Français musulmans« mit ihrem »bonheur personnel« verbunden. Vgl. André Wormser à M. à Bernard Coll, 16.5.1988, AN: vers. 20120054/94.

175 Manifestation nationale »Hommage au bachaga Boualam«, 6.11.1989, *ibid*

176 JPN. La première histoire illustrée des harkis, ohne Datum, *ibid*.

177 COLL, TITRAOUI, *Le livre des harkis*, S. 252.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

die kommunistische Partei und die französischen Sozialisten bis hin zu den Neogaullisten<sup>178</sup>. Diesen »Verrätern« wurde ein sehr eng gehaltener Kreis von »Gerechten« entgegengestellt, die sich für die ehemaligen Hilfssoldaten einsetzten. In diesen Kreis wurden ausschließlich vehemente Verteidiger der *Algérie française* aufgenommen, die die Vergangenheitsdeutung des JPN teilten. Selbst die ehemaligen SAS-Offiziere schlossen die Verfasser aus diesem Kreis aus<sup>179</sup>. Bei der Vorbereitung ihrer Veröffentlichung waren Coll und Titraoui mit der Bitte an Wormser herantreteten, seine eigenen Erinnerungen darzustellen. Wormser war dieser Bitte nicht nachgekommen, sondern hatte dem Verband vorgeworfen, in seiner Erinnerungsarbeit zu partikularistisch vorzugehen<sup>180</sup>. Aufgrund dieses Vorwurfs nahmen Coll und Titraoui auch ihn in den Kreis der Verräter auf. Dies verdeutlicht, in welchem Maße sie mit dem Werk eine Gegengeschichte des Verrats schrieben. Nur wer die Unabhängigkeit Algeriens als Verrat an all jenen interpretierte, die im französischen Algerien eine ideale, auf Brüderlichkeit beruhende Gesellschaft aufgebaut hätten, konnte sich mit dieser Gegenerinnerung identifizieren.

Die Veröffentlichung von »Le livre des harkis« muss auch im Kontext der einsetzenden juristischen Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit gedeutet werden. Es war bereits aus diesem Werk die Intention herauszulesen, die Massaker, die nach dem 19. März 1962 an den Hilfssoldaten verübt worden waren, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit darzustellen, was in den darauffolgenden Jahren den Diskurs der Verteidiger der *Algérie française* um die »harkis« bestimmen sollte<sup>181</sup>. »Le sacrifice des harkis« stünden in einer Traditionslinie mit »les morts d’Auschwitz et ceux du goulag«, war in der Veröffentlichung zu lesen<sup>182</sup>. Mit dieser Interpretation der Massaker knüpften die Verfasser an die durch den Prozess gegen Klaus Barbie aufkommende strafrechtliche Aufarbeitung der Vergangenheit an und versuchten die Massaker an den Hilfssoldaten ebenfalls als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kategorisieren. Dadurch traten die Verteidiger der *Algérie française* erstmals in eine Opferkonkurrenz mit der jüdischen Gemeinde Frankreichs. Dass sie die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit interpretierten, ist jedoch nicht ausschließlich mit dem Phänomen der Opferkonkurrenz zu

178 Ibid., S. 241.

179 Ibid.

180 Invitation pour la cérémonie de jumelage de familles de harkis à des familles de pieds-noirs et de métropolitains, 7.1.1988, AN: vers. 20120054/94.

181 Vgl. zur Frage, inwiefern diese Forderung aus juristischer Sicht berechtigt ist oder nicht Géraud de LA PRADELLE, Le sort des harkis et la notion juridique de »crime contre l’humanité«, in: Les Temps modernes 666 (2011), S. 237–247.

182 COLL, TITRAOUI, Le livre des harkis, S. 9 (Hervorh. i. Orig.).

begründen. Die Forderung resultierte auch aus der Strategie des Verteidigers Barbies, Jacques Vergès. Vergès hatte 1957 vor Gericht die FLN-Aktivistin Djamilia Bouhired verteidigt, die für den Tod von elf Zivilisten durch einen Bombenanschlag auf ein Café in Algier verantwortlich gemacht wurde. Zudem war Vergès an der Spitze des Anwaltskollektivs gewesen, das 1961 die Folterungen der muslimischen Hilfspolizisten in Paris zur Anklage gebracht hatte<sup>183</sup>. Vergès nutzte den Prozess gegen Barbie, um der französischen Armee vorzuwerfen, in Algerien Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Seine Verteidigungsstrategie bestand unter anderem darin, die Verbrechen Barbies durch einen Vergleich mit dem Vorgehen der französischen Armee in den Dekolonisationskriegen zu relativieren<sup>184</sup>.

Vergès setzte mit seiner Argumentationsstrategie das Vorgehen der französischen Armee in Algerien mit den Verbrechen der Gestapo im besetzten Frankreich gleich. Damit legte er eine Interpretation der kolonialen Vergangenheit Frankreichs in Algerien vor, die der Darstellung der Verteidiger der *Algérie française* diametral gegenüber stand. Diese antworteten mit ihrer eigenen Interpretation der Vergangenheit, in der die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht von der französischen Armee, sondern vom FLN mit Unterstützung de Gaulles und dessen Regierung begangen worden waren. Der Repatriiertenverband JPN nutzte den 50. Jahrestag des Appells vom 18. Juni, an dem die Republik 1990 feierlich de Gaulle als Helden der französischen Geschichte gedachte, um diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorzuwerfen. In einem offenen Brief wandte der Verband sich an Chirac, der als Bürgermeister von Paris die Feierlichkeiten eröffnet hatte. Chirac wurde daran erinnert, dass er bis jetzt als Verfechter der Interessen der ehemaligen Hilfssoldaten in Erscheinung getreten sei und unter anderem die Kampagne »Hommage aux harkis« unterstützt habe. Nun solle er seine Loyalität gegenüber dieser Gemeinschaft unter Beweis stellen und eine öffentliche Debatte über die Verbrechen de Gaulles zulassen. Frankreich könne nicht länger verschweigen, dass de Gaulle sich eines »crime contre l'humanité« schuldig gemacht habe, als er »l'élimination physique des harkis« beschlossen habe, um seine Algerienpolitik durchsetzen zu können, hieß es in dem Brief<sup>185</sup>. De Gaulle habe die »départements français d'Algérie« dem FLN überlassen und damit die »populations fidèles aux couteaux des assassins libérés des prisons françaises« ausgeliefert<sup>186</sup>. Dass sich die Repatriierten selbst ebenso als Opfer der Algerienpolitik de Gaulles betrachte-

183 Vgl. hierzu Kap. 2.5 und 2.6.

184 WOOD, Memory on Trial, S. 47.

185 JPN. Lettre ouverte à M. Jacques Chirac, 13.5.1990, AN: vers. 20120054/94.

186 Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

ten, war aus der dem offenen Brief beigelegten Pressemitteilung herauszulesen. De Gaulle habe nicht nur bewusst den Tod von 150 000 Hilfssoldaten zugelassen, um seine »politique d'abandon d'Algérie française« realisieren zu können, sondern auch das Exil der gesamten europäischen Bevölkerung<sup>187</sup>. Der JPN nutzte die Forderung nach Anerkennung der Massaker an den Hilfssoldaten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, um gleichzeitig den Opferstatus der europäischen Repatriierten zu unterstreichen.

Der JPN forderte von Chirac explizit, eine öffentliche Debatte um die vermeintliche Schuld de Gaulles anzustoßen und ein Historikerkomitee einzusetzen, das die von den Repatriiertenverbänden erhobenen Vorwürfe überprüfen sollte<sup>188</sup>. Das geforderte Komitee wurde jedoch nicht eingesetzt und auch die erhoffte öffentliche Debatte blieb weitgehend aus. Selbst von den JPN waren in den darauffolgenden Jahren keine erinnerungspolitischen Forderungen mehr zu hören. Erst mit dem Amtsantritt Chiracs als Staatspräsident verdichteten sich die erinnerungspolitischen Aktivitäten der Repatriiertenverbände wieder. Dies ist vor allem mit der Person Chiracs zu erklären. Er hatte zwar nicht auf die Aufforderung reagiert, die vermeintliche Schuld de Gaulles an den Massakern anzuerkennen, hatte jedoch abgesehen davon während seiner Zeit als Premierminister gezeigt, dass sich seine Interpretation der kolonialen Vergangenheit in mehreren Punkten mit dem Bild der *nostalgérie* überschneidet. Darüber hinaus hatte er als Staatspräsident im Juli 1995 in der Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit einen entscheidenden Schritt getan, als er in einer öffentlichen Rede zumindest für die Militärmiliz und die Gendarmerie die Verantwortung des französischen Staates für Deportation und Völkermord anerkannt hatte<sup>189</sup>.

Man knüpfte an diese Äußerungen des Staatspräsidenten an, als sich im Herbst 1995 verschiedene Verbände zusammenschlossen, um die Forderung von 1990 zu wiederholen. Sie äußerten zunächst ihre Dankbarkeit für die Aktivitäten Chiracs zugunsten der ehemaligen Hilfssoldaten und forderten anschließend die offizielle Anerkennung der Schuld der Französischen Republik am Tod muslimischer Hilfssoldaten und europäischer Siedler nach dem 19. März 1962<sup>190</sup>. Da Chirac nicht auf diese Forderung reagierte, übten die Repatriiertenverbände 1997 im Zusammenhang mit dem von Chirac angekündigten Referendum zur Verkürzung der Amtszeit der Präsidenten verstärkt Druck auf Präsi-

187 Communiqué à propos du centenaire du dictateur Charles de Gaulle, 1990, *ibid*.

188 JPN. Lettre ouverte à M. Jacques Chirac, 13.5.1990, *ibid*.

189 Vgl. hierzu Kap. 4.1.

190 Les associations des Français d'Afrique du Nord. Message au président de la République pour la reconnaissance officielle de la responsabilité de la V<sup>e</sup> République dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars en Algérie, 22.9.1995, AN: vers. 20120054/87.

dent und Regierung aus. Sie forderten ein weiteres Referendum und wollten den Bürgern die Frage stellen, ob der Staat »la responsabilité de la V<sup>e</sup> République dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars 1962« anerkennen sollte<sup>191</sup>. Die Repatriiertenverbände begründeten die Forderung nach einem Referendum damit, dass die Regierung 1962 die europäischen Siedler von dem Referendum im April 1962 ausgeschlossen hatte, das der Bestätigung der Abkommen von Évian gedient hatte. Nun stehe ihnen zumindest zu, über die Frage der Verantwortung des Staates mitzuentcheiden. Somit könne die Ungerechtigkeit von damals ausgeglichen werden<sup>192</sup>. Erneut stellten die Verbände nicht nur die Hilfssoldaten, sondern auch die europäischen Siedler als Opfer der Algerienpolitik de Gaulles dar.

In dem Aufruf hieß es, bei den Massakern handle es sich um ein »crime d'État« von größerem Ausmaß als das an den französischen Juden verübte »crime contre l'humanité«<sup>193</sup>. Mit dieser Formulierung traten die Verteidiger der *Algérie française* erneut in eine Opferkonkurrenz mit der jüdischen Gemeinde Frankreichs. Grund dafür war unter anderem der zeitgleich geführte Prozess gegen Papon, der sich für seine Rolle im Vichy-Regime wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verantworten hatte<sup>194</sup>. Indem im Prozess das Vorgehen der Polizeikräfte vom 17. Oktober 1961 als »Massaker« diskutiert wurde, wurde auf juristischer Ebene der FLN und seine Anhänger als Opfer thematisiert<sup>195</sup>. Als Antwort darauf verglichen die Repatriiertenverbände das Schicksal der »harkis« mit dem Schicksal der jüdischen Gemeinde in Frankreich. Mit diesem Vergleich versuchten sie jegliche Viktimisierung des FLN zu unterbinden. Sie machten deutlich wer als Opfer des Algerienkrieges anzusehen sei: die »harkis« ebenso wie alle Repatriierten, die mit ihnen eine Schicksalsgemeinschaft bildeten.

Die Verteidiger der *Algérie française* gerieten in den kontroversen Debatten um den Algerienkrieg, die auf den Prozess gegen Papon von 1997 folgten, mit ihrer Deutung der Vergangenheit zusehends in die Defensive. Dadurch gewann die Rolle der Hilfssoldaten während des Krieges für sie in ihren Bemühungen, ihre eigene Interpretation der kolonialen Vergangenheit durchzusetzen und somit die gegnerischen Stimmen verstummen zu lassen, an Bedeutung. Dies zeigte sich im Jahr 2000 besonders deutlich. Mit dem Staatsbesuch Boute-

191 L'État doit reconnaître la responsabilité de la V<sup>e</sup> République dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars 1962, 19.12.1997, AN: vers. 20120054/94.

192 Ibid.

193 Ibid.

194 Ibid.

195 Zur Verwendung des Begriffs »Massaker« vor Gericht vgl. Kap. 4.1.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

flikas in Frankreich und der zugleich ausbrechenden Folterdebatte konzentrierten sich die Diskussionen um den Algerienkrieg auf die von französischer Seite begangenen Verbrechen. Die Verteidiger der *Algérie française* begegneten diesen Vorwürfen unter anderem mit einem Verweis auf die Massaker an den Hilfssoldaten. Der Vorsitzende des Veteranenverbandes des FN Roger Holeindre, einst aktives Mitglied der OAS, warf Chirac sowie Premierminister Lionel Jospin vor, mit der Einladung Bouteflikas Hochverrat begangen und sich der Komplizenschaft schuldig gemacht zu haben. Man vergesse bei den Debatten um die Folter all die Massaker, die der FLN und somit auch Bouteflika zu verantworten hätten<sup>196</sup>. Man müsse endlich die Wahrheit über den Algerienkrieg anerkennen, schrieb Holeindre an anderer Stelle. Der FLN »c'est-à-dire les amis de M. Bouteflika« habe während des Krieges »tué, égorgé, coupé en morceaux, pendu des dizaines de milliers de musulmans fidèles«, bevor er nach dem Ende des Krieges 150 000 »harkis« kaltblütig ermordet habe. Dieses skrupellose Vorgehen gegen die Muslime, die für ein französisches Algerien kämpften, entschuldige jegliches Handeln der französischen Armee<sup>197</sup>. Holeindre bediente sich in seiner Rhetorik der Massaker an den Hilfssoldaten, um die Foltervorwürfe gegen die französische Armee zu relativieren und zu entschuldigen.

Die Repatriiertenverbände argumentierten in die gleiche Richtung wie Holeindre und nutzten dazu die Äußerungen Bouteflikas zu den »harkis«. Dieser hatte während seines Staatsbesuchs die »harkis« als »collabos« bezeichnet<sup>198</sup>. In einer gemeinsamen Pressemitteilung meldete sich das Comité de liaison des associations nationales de rapatriés zu Wort und prangerte die »désinformation grossière et partisane« Bouteflikas an<sup>199</sup>. Man könne die deutsche Besatzung nicht mit der französischen Präsenz in Algerien vergleichen, die 130 Jahre andauerte. Die muslimischen Hilfssoldaten hätten sich während des Algerienkriegs dafür entschieden, französisch zu bleiben. Viele der muslimischen Hilfssoldaten sowie deren Vorfahren hätten bereits in den Weltkriegen an der Seite Frankreich gekämpft<sup>200</sup>. Die Anfanoma erinnerte daran, dass Bouteflika selbst als frühes Mitglied des FLN mitverantwortlich sei für die »pires exactions sur les populations civiles et militaires durant le conflit algérien de

<sup>196</sup> Roger HOLEINDRE, *Assez! Après la visite en France du chef d'État algérien*, in: *National Hebdo* 832 (2000), S. 10.

<sup>197</sup> DERS., *Torture? Ils ont dit torture!*, in: *National Hebdo* 833 (2000), S. 6.

<sup>198</sup> Vgl. hierzu [Kap. 4.1](#).

<sup>199</sup> *La visite officielle de M. Bouteflika*, in: *France-Horizon* 412–413 (2000), S. 5.

<sup>200</sup> *Ibid.*

1954–1962«<sup>201</sup>. Die Repatriiertenverbände nutzten die Äußerungen Bouteflikas, um erneut von Chirac zu fordern, im Namen der Republik die Verantwortung für die an Hilfssoldaten verübten Massaker zu übernehmen. Auf Initiative Colls schlossen sich verschiedene Verbände zusammen und lancierten erneut eine Petition »pour la reconnaissance officielle de la responsabilité de l'État dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars 1962 en Algérie«<sup>202</sup>. Auch der FN unterstützte diese Aktion<sup>203</sup>. Wie bereits 1997 forderten die Aktivisten Chirac auf, in einem Referendum über die Frage, ob der Staat die Verantwortung für die Massaker an den Hilfssoldaten und zugleich für das Verschwinden europäischer Siedler übernehmen solle, abstimmen zu lassen<sup>204</sup>.

Die Gesten gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten, mit denen Chirac auf die Äußerungen Bouteflikas reagierte, begrüßten die Verteidiger der *Algérie française* zwar, sahen sie jedoch nicht als ausreichend an. Die Repatriiertenverbände nahmen die Ankündigung, an der Journée nationale d'hommage aux harkis am 25. September 2001 der ehemaligen Hilfssoldaten zu gedenken, äußerst positiv auf. Die Einladung wurde unter den Repatriierten und sonstigen ehemaligen Aktivisten der *Algérie française* breit gestreut. Der Verband JPN forderte seine Mitglieder dazu auf, sich zahlreich an der Zeremonie zu beteiligen<sup>205</sup>. Im Anschluss an die Zeremonie zeigte sich die Anfanoma insbesondere von der Rede Chiracs beeindruckt<sup>206</sup>. Chirac hatte in seiner Rede nicht nur Fehler im Umgang mit den ehemaligen Hilfssoldaten eingeräumt, sondern darüber hinaus gezeigt, wie sehr seine Deutung der Vergangenheit der *nostalgérie* glich<sup>207</sup>. Die Verbände würdigten das erinnerungspolitische Entgegenkommen Chiracs, zeigten sich aber dennoch nicht in vollem Umfang zufrieden mit dessen Rede. Es habe »la repentance formelle de la nation envers toutes les com-

201 Visite du président Bouteflika placée sous le signe de réconciliation franco-algérienne. D'abord et avant tout une affaire d'États, in: France-Horizon 412–413 (2000), S. 24.

202 Pétition pour la reconnaissance officielle de la responsabilité de l'État dans le massacre de 150 000 harkis et la disparition de 25 000 pieds-noirs après le 19 mars 1962, en Algérie, in: France-Horizon 414–415 (2000), S. 17.

203 Journal des lecteurs, pétition pieds-noirs, in: National Hebdo 838 (2000), S. 10.

204 Le »non« des pieds-noirs à Chirac, in: National Hebdo 843 (2000), S. 4.

205 JPN. Appel aux Français! Cette journée doit être celle de tous les Français, Sep. 2001, AN: vers. 20120054/94.

206 25 septembre 2001: une étape importante pour les harkis, seulement une étape... L'heure de la repentance n'a pas encore sonné!, in: France-Horizon 424–425 (2001), S. 12f.

207 Vgl. hierzu Kap. 4.1.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

munautés d'Algérie sacrifiées« gefehlt<sup>208</sup>. Aus dieser Äußerung geht hervor, auf welches Ziel die Repatriiertenverbände eigentlich zusteuerten, wenn sie forderten, der Staat solle die Verantwortung für die Massaker an den Hilfssoldaten übernehmen. Die eigene Deutung der Vergangenheit sollte von offizieller Seite bestätigt werden und zugleich sollte die selbst definierte Schicksalsgemeinschaft europäischer und muslimischer Repatriierter als Opfergemeinschaft anerkannt werden.

Mit dem am 23. Februar 2005 verabschiedeten Gesetz sollten die Verteidiger der *Algérie française* dieses Ziel kurzzeitig erreicht haben. Obgleich in den Erläuterungen zu dem ersten im März 2004 vom Ministerrat verabschiedeten Gesetzesentwurf betont wurde, das Gesetz sei vor allem als Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten zu lesen, waren bereits in diesem Entwurf deutlich die erinnerungspolitischen Forderungen der ehemaligen Siedler eingeschrieben. So hieß es im ersten Artikel, die Nation bringe ihre Anerkennung »aux femmes et aux hommes qui ont participé à l'œuvre accomplie par la France dans les anciens départements français d'Algérie« zum Ausdruck<sup>209</sup>. Mit diesen Worten erkannte die Regierung zwar nicht die europäischen Siedler als Opfer des Algerienkriegs an, jedoch schrieb sie die *nostalgérie*, das Bild einer idealisierten Gemeinschaft der europäischen und muslimischen Bevölkerung Algeriens, die gemeinsam an einer besseren Zukunft für Algerien gearbeitet habe, gesetzlich fest. Der Gesetzesentwurf, der nach einigen Änderungen die Nationalversammlung passierte, entsprach dennoch nicht den Erwartungen der Repatriiertenverbände. Die Anfanoma kritisierte, die Verantwortung der damaligen gaullistischen Regierung für die Massaker an den Hilfssoldaten und für das Verschwinden europäischer Siedler werde nicht ausdrücklich benannt<sup>210</sup>.

Die Kritik der Repatriiertenverbände erklärt, weshalb sich in der endgültigen Version des Gesetzes deren erinnerungspolitischen Forderungen noch deutlicher wiederfanden. Ihre Version der Vergangenheit wurde nicht nur mit Artikel 4 festgeschrieben, der definierte, dass in Schulen und Universitäten dem »rôle positif de la présence française outre-mer« ausreichend Beachtung zu

<sup>208</sup> 25 septembre 2001: une étape importante pour les harkis, seulement une étape... L'heure de la repentance n'a pas encore sonné!, in: France-Horizon 424–425 (2001), S. 12f.

<sup>209</sup> Assemblée nationale. Projet de loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 1, 10.3. 2004, AN: vers. 20120054/110.

<sup>210</sup> Communiqué de presse après adoption en première lecture du projet de loi portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, in: France-Horizon 452–453 (2004), S. 7.

schenken sei<sup>211</sup>. Die Repatriierten wurden zudem gemeinsam mit den Hilfssoldaten als Opfergemeinschaft anerkannt. In Artikel 1 hieß es, die Nation erkenne »les souffrances éprouvées et les sacrifices endurés par les rapatriés, les anciens membres des formations supplétives« an<sup>212</sup>. Worauf die Repatriiertenverbände seit langem hingearbeitet hatten, war mit diesem Gesetz in Erfüllung gegangen. Ihre Deutung der Vergangenheit, in der sie selbst als Opfer der Dekolonisation anerkannt wurden und zugleich der »rôle positif« der Kolonisation Algeriens bestätigt wurde, hatte sich gesetzlich durchgesetzt. Allerdings war der Erfolg nur von kurzer Dauer, da Chirac wegen der Kritik von Historikern, von der algerischen Regierung und nicht zuletzt vom französischen Verfassungsrat dazu gezwungen wurde, zumindest Artikel 4 des Gesetzes umzuschreiben<sup>213</sup>. Obwohl ihre Forderungen mit den restlichen Artikeln weiterhin überwiegend erfüllt blieben, provozierte dies erneut den Protest der Repatriiertenverbände und wiederum argumentierten sie mit einem Rekurs auf die Massaker an den Hilfssoldaten. Verschiedene Repatriiertenverbände reagierten auf den Schritt Chiracs mit einem Protest gegen die geplante Unterzeichnung des algerisch-französischen Freundschaftsvertrags. Man ließ verlauten, man wolle zwar nicht grundsätzlich einer Annäherung beider Länder im Weg stehen. Grundvoraussetzung für eine Annäherung an Algerien sei jedoch, dass der FLN die eigene Verantwortung für die Massaker an den »harkis« und an europäischen und muslimischen Zivilisten einräume<sup>214</sup>.

Nachdem die Regierung erinnerungspolitisch den Forderungen der Repatriiertenverbände bezüglich der Frage der an den Hilfssoldaten verübten Massakern weit entgegengekommen war, begann man sich nun mit der Forderung nach Anerkennung der Massaker an die algerische Regierung zu richten. Dass diese Forderung genau zu dem Zeitpunkt aufkam, als unter anderem aufgrund der Kritik der algerischen Seite die gesetzliche Festschreibung des »rôle positif« der französischen Präsenz in Algerien als nationale Geschichtsdeutung zurückgenommen wurde, zeigt, in welchem Maß die Repatriiertenverbände die Vergangenheit der Hilfssoldaten instrumentalisierten, um ihre Deutung der Vergangenheit durchzusetzen. Die von ihnen mit Unterstützung weiterer ehemaliger Akteure der *Algérie française* propagierte Geschichtserzählung beruhte auf der Vorstellung der *nostalgérie*. Sie idealisierten das Zusammenleben in der kolonialen Gesellschaft und propagierten die Brüderlichkeit und Gleichheit der europäischen und muslimischen Bevölkerung Algeriens. Die Hilfssoldaten

211 Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4.

212 Ibid., Art. 1.

213 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 456.

214 Cette amitié qui ressemble à la haine, in: France-Horizon 466–467 (2005), S. 9.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

dienten zum einen als Beleg für diese idealisierte Darstellung. Zum anderen verwiesen die Aktivisten auf die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten, um den eigenen Opferstatus stärker hervorzuheben. Sie erzählten eine Geschichte des Verrats an der Schicksalsgemeinschaft der europäischen und muslimischen Bevölkerung, für den sie nicht nur de Gaulle, sondern auch die französische Mehrheitsgesellschaft verantwortlich machten. Diese Geschichtserzählung kann zu Recht, wie von Wormser immer wieder betont, als Gegenerinnerung angesehen werden. Die Verbände weigerten sich weitgehend, mit Wissenschaftlern oder mit Regierungsverantwortlichen zu kooperieren, die ihrer Deutung der Vergangenheit widersprachen. Ihre Erzählung stützte sich auf einen engen Kreis von Erinnerungsträgern, die angetreten waren, die *Algérie française* zu verteidigen.

Als im Zuge der Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit die Verrechtlichung der Vergangenheitsbewältigung einsetzte und zugleich Chirac eine erinnerungspolitische Strategie initiierte, die auf nationale Versöhnung durch die Anerkennung von Schuld abzielte, hofften die Repatriiertenverbände auf eine offizielle Bestätigung ihrer bis jetzt gegen die Nation gerichteten Geschichtserzählung. Sie knüpften an den gegen Barbie geführten Prozess und die daraus resultierende Debatte um Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, um die Anerkennung der Massaker und damit verknüpft auch das Verschwinden europäischer Siedler nach dem 19. März 1962 sowie letztlich auch ihr eigenes Exil als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu fordern. Dieses Vorgehen zielte stets auch auf die Abwehr gegenläufiger Vergangenheitsdeutungen, die den Kampf des FLN als berechtigten Kampf für die Unabhängigkeit Algeriens werteten und der französischen Armee sowie der OAS Verbrechen vorwarfen. Nachdem zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Vergangenheitsbewältigung nicht mehr vor Gericht, sondern im Parlament ausgetragen und anschließend in Gesetzesform gegossen wurden, konzentrierten sich die Verbände darauf, mithilfe Chiracs, der wie sie selbst Erinnerungsträger war, die *nostalgérie* als nationale Deutung der Vergangenheit durchzusetzen. Diese Bemühungen mündeten in ein, Gesetz, das ursprünglich in erster Linie als Geste der Versöhnung gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten geplant war, tatsächlich jedoch zumindest vorläufig in einer später revidierten Fassung die »positive Rolle« der *Algérie française* als national anerkannte Geschichtsschreibung festlegte und in der Endfassung die europäischen Siedler gemeinsam mit den ehemaligen Hilfssoldaten als Opfer der Dekolonisation anerkannte. Die Verbände hatten sich erfolgreich der Leiden der ehemaligen Hilfssoldaten bedient, um ihr eigenes Schicksal in Szene zu setzen und ihren Opferstatus zu unterstreichen.

#### 4.4 Abschied vom einheitsstiftenden Gedenken des FLN

Während in Frankreich die Erinnerungen an den Algerienkrieg nach der Unabhängigkeit Algeriens weitgehend verdrängt wurden, wurde in Algerien der Sieg über die französische Kolonialmacht alljährlich zelebriert. Der FLN begründete seine Herrschaftslegitimation aus dem erfolgreichen Kampf für die Unabhängigkeit. Dem algerisch-französischen Historiker Mohammed Harbi zufolge stützte sich der FLN dabei auf mehrere Gründungsmythen. Zum einen war der Mythos der Tabula rasa von Bedeutung. Dieser Mythos setzte den 1. November 1954 als Ausgangspunkt der algerischen Nation. Jegliche Reform- und Unabhängigkeitsbestrebungen, die zuvor stattgefunden hatten, wurden aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht. Der Unabhängigkeitskampf begann diesem Mythos folgend mit der Kriegserklärung des FLN. Noch bedeutender war der Mythos »d'un peuple homogène en Algérie«. Mit diesem Mythos verneinte der FLN jeglichen Pluralismus innerhalb der algerischen Gesellschaft. Das Motto der algerischen Revolution lautete »Un seul héros, le peuple«. Damit hielt der FLN die These aufrecht, dass sich das algerische Volk mit dem 1. November 1954 geschlossen hinter den FLN gestellt und geschlossen die Unabhängigkeit erkämpft habe<sup>215</sup>. Die Geschichtsschreibung war ebenso wie das Gedenken an den Krieg stets zentral vom Staat gesteuert. Stora zeigt auf, wie die Staatsideologie das kollektive Gedächtnis in Algerien manipulierte<sup>216</sup>. Der Unabhängigkeitskampf wurde als eine von der agrarischen Bevölkerung ausgehende Revolution beschrieben. Die Veröffentlichung des Botschafters Mostefa Lacheraf von 1965 »L'Algérie: nation et société« sollte über lange Zeit als die offizielle Deutung des Unabhängigkeitskampfes gelten<sup>217</sup>. Gedenktage spielten eine wichtige Rolle in diesem einheitlichen nationalen Erinnern. Der 5. Juli, der Tag der algerischen Unabhängigkeit, sowie der 1. November wurden alljährlich als Nationalfeiertage zelebriert. Beide Tage sollten daran erinnern, dass das agrarisch geprägte algerische Volk unter Führung des FLN seine Unabhängigkeit erkämpft habe.

In das Gedenken an den Unabhängigkeitskampf bezog der algerische Staat auch diejenigen ein, die sich nicht auf algerischem Territorium befanden. Auch des Kampfs der französischen Föderation des FLN wurde offiziell gedacht. Hierfür wählte der FLN den 17. Oktober als offizielle Journée nationale de l'émigration aus. Dieser Tag sollte an die vom FLN am 17. Oktober 1961 organisierte Demonstration in Paris erinnern, die französische Sicherheitskräfte blutig nie-

215 Mohammed HARBI, 1954, *La guerre commence en Algérie*, Brüssel 1984, S. 152–164.

216 Benjamin STORA, *Algérie, Maroc, histoires parallèles, destins croisés*, Paris 2002, S. 77.

217 Mostefa LACHERAF, *L'Algérie: nation et société*, Algier 1965.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

dergeschlagen hatten. Sowohl in Algerien als auch in Frankreich wurde dieser Gedenktag begangen. In Frankreich rief die AA alljährlich in allen Regionen dazu auf, gemeinsam an das Engagement der französischen Föderation zu erinnern. Algerien zeige mit der Entscheidung, diesen Tag als Journée nationale de l'émigration zu begehen, dass die Nation »les nombreux sacrifices« ihrer »fils qui mènent une existence pénible de ce côté-ci de la Méditerranée«, deren Herz noch immer für »la mère patrie« schlage, nicht vergesse, ließ die AA im Jahr 1973 verlauten<sup>218</sup>. Der Tag sollte die Verbundenheit der in Frankreich lebenden Migranten mit Algerien demonstrieren und verdeutlichen, dass diese noch immer Algerien als ihre Heimat ansahen und im Gegenzug als Teil der algerischen Nation galten. Alljährlich kamen im Verbandsorgan der AA die ehemaligen Verantwortlichen der französischen Föderation des FLN zu Wort und betonten, welche Bedeutung es für sie habe, ihren Beitrag zur Entstehung der algerischen Nation geleistet zu haben. Der Kampf sei für sie »l'école de la dignité, du courage, de la responsabilité«, erklärten hochrangige Vertreter der französischen Föderation anlässlich des Gedenktags von 1973. Während die Vertreter der französischen Föderation betonten, mit welchem Stolz sie auf ihre Vergangenheit blicken konnten, bezeichneten sie alle diejenigen als »malheureux«, die sich nicht am Befreiungskampf beteiligt hatten<sup>219</sup>.

Obwohl sie nicht explizit aussprachen, wen sie als die »malheureux« betrachteten, wurde deutlich, gegen wen sich diese Worte richteten. Zum einen wurden die Messalisten angesprochen, zum anderen die »harkis«<sup>220</sup>. Beide Gruppen diffamierte der FLN als Verräter und schloss sie aus dem Gedenken an den Unabhängigkeitskampf weitgehend aus. Die Wahl des 17. Oktober als Journée nationale de l'émigration bedeutete in Bezug auf die »harkis« zum einen ihren Ausschluss als »malheureux«, die sich im Sinne Fanons mental nicht dekolonialisiert hätten und somit nie die Würde der einstigen Unabhängigkeitskämpfer erreichen würden. Zudem schrieb man sie mit der Wahl dieses Datums klar als diejenigen in das nationale Gedenken ein, die die algerischen Unabhängigkeitskämpfer aktiv bekämpft hatten. Die muslimischen Hilfspolizisten hatten in Frankreich, insbesondere in Paris, die französischen Polizeikräfte darin unterstützt, das Netzwerk des FLN auszuheben. Am 17. Oktober 1961 hatten

<sup>218</sup> Le 17 octobre 1961. Les émigrés n'ont pas oublié, in: *L'Algérie en Europe* 177 (1973), S. 18.

<sup>219</sup> Les émigrés dans la lutte de libération, in: *L'Algérie en Europe* 169 (1973), S. 7.

<sup>220</sup> Messali Hadj war bis in die 1970er Jahre komplett aus der nationalen Geschichtsschreibung ausgeschlossen. 1970 thematisierte Mahfoud Kaddache erstmals von algerischer Seite auch die Rolle Messali Hadjs für den algerischen Nationalismus, vgl. Mahfoud KADDACHE, *La vie politique d'Alger*, Algier 1970.

auch muslimische Hilfspolizisten das Feuer auf die Demonstranten eröffnet<sup>221</sup>. Der 17. Oktober erinnerte daher alljährlich an die alte Feindschaft.

Unter den verschiedenen Vertretern der französischen Föderation wurde diese Feindschaft unterschiedlich bewertet. Ali Haroun, der während des Krieges für die Informations- und Pressearbeit des FLN verantwortlich gewesen war, relativierte die Feindschaft zwischen den Hilfspolizisten und der algerischen Gemeinde in Frankreich während des Krieges. Die algerische Gemeinde in Paris habe zwar unter den Aktivitäten der ehemaligen Hilfspolizisten gelitten, da diese eine Terrorherrschaft errichtet hätten. Das Leiden der algerischen Gemeinde in Paris sei jedoch nicht allein den »harkis« zuzuschreiben. Sie hätten nur »une pièce, au demeurant peu importante« eines enormen Repressionsapparats dargestellt. Aus diesem Grund sei es falsch, sie zu »le bouc émissaire des malheurs de l'époque« zu erklären, schrieb Haroun anlässlich des Gedenktags 1986<sup>222</sup>.

Nicht alle teilten jedoch diese Einschätzung. Im Jahr 1989 erklärten andere Vertreter der französischen Föderation, ihre Aufgabe habe darin bestanden, gegen die französischen Streitkräfte, gegen die »Verräter« des MNA und in besonderem Maße gegen die muslimischen Hilfspolizisten zu kämpfen. »Ces harkis« hätten eindeutig Gegner des FLN dargestellt. Sie hätten »le plus de mal« angerichtet. Auch am 17. Oktober 1961 hätten sie sich durch ihre besondere Grausamkeit hervorgetan. Zahlreich seien sie an der Seite der französischen Polizeikräfte für »le carnage« bereit gestanden<sup>223</sup>. Belkacem Boumezou, der damals als Demonstrant den 17. Oktober erlebt hatte, stellte ebenfalls die Grausamkeit der muslimischen Hilfspolizisten in den Mittelpunkt seines Berichts. Die Hilfspolizisten seien direkt nach ihrer Ankunft mit Schlagstöcken über die Demonstranten hergefallen. Einer der Hilfspolizisten habe einen seiner Freunde getötet und anschließend auf ihn selbst eingeschlagen<sup>224</sup>. Boumezou beschrieb die Hilfspolizisten zwar ebenfalls als einen Teil des französischen Repressionsapparates, hob jedoch hervor, dass von ihnen die direkte Gewalt ausgegangen sei. Dadurch räumte er der Feindschaft zwischen dem FLN – und demnach der gesamten algerischen Gemeinde in Frankreich – und den muslimischen Hilfspolizisten viel Platz ein.

Dass den ehemaligen Verantwortlichen der französischen Föderation die Gegnerschaft zwischen »harkis« und der algerischen Gemeinde im Jahr 1989 so wichtig war, verwundert, da in den 1980er Jahren in Frankreich eine Annähe-

<sup>221</sup> Vgl. Kap. 2.5 und 2.6.

<sup>222</sup> Ali HAROUN, L'origine des manifestations d'octobre à Paris, in: *Actualité de l'émigration* 59 (1986), S. 14.

<sup>223</sup> *Malgré la répression*, in : *Actualité de l'émigration* 186 (1989), S. 34f.

<sup>224</sup> Belkacem BOUMEZOU, *Un pardessus taché de sang*, *ibid.*, S. 34f.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

zung zwischen der algerischen Gemeinde und den ehemaligen Hilfssoldaten zu beobachten war<sup>225</sup>. Es ist jedoch damit zu erklären, dass auch die algerische Gemeinde in Frankreich in ihrem Gedenken von Algerien gesteuert wurde, das noch immer ein Interesse daran hatte, das Bild der »harkis« als Verräter aufrechtzuerhalten. Erst mit der vorsichtigen demokratischen Öffnung Algeriens konstatiert Stora eine langsame Lockerung der ideologisch geprägten Steuerung des nationalen Gedenkens. Weitgehend habe jedoch weiterhin der Staatsapparat das Gedenken bestimmt<sup>226</sup>. In dieser nach wie vor sehr starren Vergangenheitsdeutung wurden wenige »Verräter« der nationalen, vom FLN geführten Gemeinschaft gegenübergestellt. Dieses Bild gewann Ende der 1980er Jahre an Bedeutung, als die Herrschaftslegitimation des FLN in Frage gestellt wurde und tiefe Brüche in der algerischen Nation sichtbar wurden. Nach den ersten demokratischen Öffnungen in Algerien und den ersten demokratischen Wahlen gelang der islamistischen Partei FIS, die in Algerien die Scharia einführen wollte, ein rasanter Aufstieg. Nach dem Erdrutschsieg der FIS in den Parlamentswahlen von 1991 intervenierte schließlich das algerische Militär. Das Parlament wurde aufgelöst, der Ausnahmezustand verhängt, die FIS verboten und Islamisten mit aller Härte verfolgt und sanktioniert<sup>227</sup>. Was folgte, war die Zeit des islamistischen Terrors<sup>228</sup>.

Dem FLN führte der Erdrutschsieg der FIS in den ersten Wahlen, in denen der FLN nicht als Einheitspartei antrat, vor Augen, wie brüchig der Mythos des vereint hinter dem FLN stehenden Volkes war. Die Partei brauchte einen Sündenbock, um trotz des Vertrauensverlusts und des Bürgerkriegs die Einheit der algerischen Nation demonstrieren und ihre eigene Herrschaft legitimieren zu können. Aus diesem Grund schrieb der FLN den »harkis« die Verantwortung für den Islamismus zu. Während einer Wahlkampfveranstaltung Ende 1995 in Algier äußerte Präsident Liamine Zéroual diesen Verdacht. Die islamistischen Gruppen setzten sich mehrheitlich aus Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten zusammen, ließ er verlauten<sup>229</sup>. Er schrieb mit diesem Verdacht denjenigen die Verantwortung an Terror und Bürgerkrieg zu, die der FLN nicht mehr als Teil der algerischen Nation verstand, und hielt damit an der Erzählung fest, die

225 Vgl. hierzu [Kap. 3.4](#).

226 STORA, Algérie, Maroc, S. 78.

227 James LE SUEUR, *Between Terror and Democracy. Algeria since 1989*, London, New York 2010, S. 42–53.

228 *Ibid.*, S. 61f.

229 Les fils de harkis en accusation, in: *Le Monde*, 18.11.1995.

bereits 1962 die Regierung Ben Bellas begründet hatte. Die Verräter würden immer wieder versuchen, der algerischen Nation zu schaden<sup>230</sup>.

Die FLN-Führung griff auf die während des Bürgerkriegs verwendete Rhetorik zurück, als sie um die Jahrtausendwende begann, über die *Journée nationale de l'émigration* hinaus den Blick nach Frankreich zu richten und sich an den dort geführten Debatten um den Algerienkrieg zu beteiligen. Bouteflika nutzte seinen Staatsbesuch in Frankreich im Jahr 2000, um seine Deutung der Vergangenheit darzulegen. Auf die Frage, ob er bereit sei, die Reisefreiheit für »harkis« zu genehmigen, erklärte er in einem Fernsehinterview, die Voraussetzungen hierfür seien noch nicht geschaffen. Von ihm zu verlangen, den »harkis« die Hand zu reichen, sei wie ein französisches Mitglied der *Résistance* zu bitten, einem »collabo« die Hand zu reichen<sup>231</sup>. Er äußerte diese Worte, obwohl abzusehen war, dass sie sich auf das angestrebte Ziel der Reise, die algerisch-französische Annäherung, negativ auswirken würden. Sie lieferte den Kritikern dieser Annäherung in Frankreich Argumente und versetzte zudem die muslimischen Repatriierten geschlossen in Rage<sup>232</sup>. Bouteflika sandte jedoch mit diesen Worten ein Zeichen der Stärke und des nationalen Zusammenhalts an die Algerier auf beiden Seiten des Mittelmeers. Mit seinem Vergleich richtete er sich nicht nur gegen die muslimischen Repatriierten, sondern auch gegen Frankreich, das er mit seinen Worten klar als Besetzungsmacht in Algerien charakterisierte. Er nutzte die Äußerungen zu den »harkis«, um an den Gründungsmythos der algerischen Nation zu erinnern und gegenüber Frankreich zu verdeutlichen, dass der FLN trotz aller Annäherung die koloniale Vergangenheit Algeriens als Zeit eines illegitimen Besatzungsregimes wertete.

In Frankreich verdichteten sich durch die Äußerungen Bouteflikas die Debatten um die ehemaligen Hilfssoldaten, was dazu führte, dass man auch in Algerien wieder Stellung zu den »harkis« bezog. Von hier aus wurden die erinnerungspolitischen Bemühungen Chiracs, die ehemaligen Hilfssoldaten in das nationale Gedenken zu integrieren, genau beobachtet. Die Rede, die Chirac anlässlich der *Journée nationale d'hommage aux harkis* am 25. September 2001 in Paris hielt, wurde in algerischen Zeitungen kritisch kommentiert. Indem Chirac die Teilverantwortung der Französischen Republik für die »barbarie« gegenüber den Hilfssoldaten übernahm, warf er diese »barbarie« indirekt dem FLN vor. Das Parteiorgan des FLN in Algerien »*Saout Al Ahrar*« reagierte auf die Rede mit der Schlagzeile »*La France demande à l'Algérie de s'excuser au-*

230 Vgl. Kap. 2.4.

231 Bouteflika et les harkis, 10.8.2004, <http://www.ina.fr/video/2630373001020> (26.2.2020).

232 Vgl. Kap. 4.3, 4.7 und 4.8.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

près des traîtres!»<sup>233</sup> Die Verärgerung in Algerien war umso größer, da sich Chirac gleichzeitig in der Folterdebatte weigerte, die Verantwortung für die von der französischen Armee und dem französischen Polizeiapparat begangenen Verbrechen einzugestehen. Die Tageszeitung »Le Quotidien d'Oran« schrieb, der französische Staatspräsident weigere sich, die »terribles massacres et carnages«, die mit der Kolonisation Algeriens einhergegangen seien, sowie die »crimes commis sous les sceaux successifs de la civilisation et de la pacification« anzuerkennen<sup>234</sup>. Man interpretierte die Rede Chiracs aus postkolonialer Perspektive. Er bediene sich der Dichotomie zwischen dem »Occident civilisé« und den »barbares«, wobei er dem FLN die Rolle der »Barbaren« zuschrieb<sup>235</sup>. Nicht der FLN trage die Verantwortung für die Massaker, sondern die Hilfssoldaten selbst, die sich dafür entschieden hätten, für den Kolonialherren zu kämpfen. Sie hätten ihr Lager gewählt und ihr Schicksal damit selbst bestimmt. Als Hilfskräfte des französischen Repressionsapparates hätten sie sich »des actions innommables contre la population civile« schuldig gemacht, weshalb es nach Ende des Krieges nicht möglich gewesen sei, die Eltern der von Hilfssoldaten getöteten Söhne und Töchter zurückzuhalten, als die französische Armee diese zurückgelassen habe<sup>236</sup>. Mit dieser Rhetorik hielt man in der Redaktion des »Quotidien d'Oran« daran fest, die Hilfssoldaten als Verräter an der algerischen Nation und nicht als Opfer, sondern als Täter anzusehen. Die Massaker wertete man als unkontrollierte, aber durchaus legitime Racheakte der Betroffenen.

In der algerischen Gemeinde Frankreichs waren jedoch auch andere Stimmen zu hören. Im März 2003 äußerte sich der Historiker Mohammed Harbi in einem in »Le Monde« veröffentlichten Artikel ausführlich zur Rolle der Hilfssoldaten während des Algerienkriegs und legte eine eigene Deutung der Vergangenheit vor. Harbi war während des Algerienkriegs selbst ein hochrangiger Verantwortlicher des FLN gewesen und hatte in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit die Politik in Algerien mitbestimmt. Nachdem er sich jedoch in Opposition zum Regime gestellt hatte, fand er sich im Gefängnis wieder. Er konnte aus dem Gefängnis fliehen und ging 1970 nach Frankreich ins Exil. Dort veröffentlichte er verschiedene Werke, in denen er den totalitären Charakter des FLN aufzeigte<sup>237</sup>. Harbi begründete eine Geschichtsschreibung, die sich aus algerischer Perspektive kritisch mit dem FLN auseinandersetzte, und sollte

<sup>233</sup> Zitiert nach: La presse algérienne critique les déclarations de M. Chirac aux harkis, in: Le Monde, 28.9.2001.

<sup>234</sup> Zitiert nach: *ibid.*

<sup>235</sup> Zitiert nach: *ibid.*

<sup>236</sup> Zitiert nach: *ibid.*

<sup>237</sup> BRANCHE, La guerre d'Algérie, S. 316f.

damit eine neue Generation von Historikern in Algerien beeinflussen, auch wenn seine Werke zunächst lediglich in Frankreich veröffentlicht wurden<sup>238</sup>.

In »Le Monde« plädierte Harbi für die Auflösung der Dichotomie zwischen der »résistance patriotique du peuple algérien et collaboration avec l'ennemi des harkis«, da diese Darstellung der Komplexität der Geschichte nicht gerecht werde<sup>239</sup>. Ohne dem FLN die Legitimation für den Freiheitskampf zu entziehen, betonte er, der von Boufelflika gezogene Vergleich zwischen der französischen Kolonialherrschaft in Algerien und der deutschen Besatzung Frankreichs während des Zweiten Weltkrieges sei nicht angebracht. Während sich im Zweiten Weltkrieg mit Deutschland und Frankreich zwei alte Nationen im Krieg befanden, sei die algerische Nation erst mit dem Kampf des FLN entstanden. Der FLN habe dabei im Kampf grundlegende Fehler gemacht, die die Existenz der »harkis« erklärten. Insbesondere sei es ihm nicht gelungen, die Idee des Nationalismus in die gesamte Bevölkerung hineinzutragen. Vor allem die agrarisch geprägte Bevölkerung sei entgegen der offiziellen Vergangenheitsinterpretation außen vor gelassen worden. Daher habe die französische Armee insbesondere unter dieser sozial schwächsten Bevölkerungsschicht, die sich zwischen den Fronten befunden habe, Hilfssoldaten rekrutieren können. Das individuelle Fehlverhalten einiger Mitglieder des FLN, das ein unnötiges Ausmaß an Brutalität gegenüber der Bevölkerung beinhaltete, sowie der vonseiten der französischen Armee ausgeübte Druck habe weitere Muslime dazu gebracht, für die französische Armee zu den Waffen zu greifen. Auch durch die Anwendung von Folter habe die Armee ihre Reihen mit Unabhängigkeitskämpfer der ersten Stunde aufgefüllt<sup>240</sup>. Harbi nahm in seiner Darstellung eine Zwischenstellung zwischen der Vergangenheitsdeutung der Verteidiger der *Algérie française* und der offiziellen vom FLN gelenkten Darstellung ein.

Auch zu den Massakern bezog Harbi Stellung. Er schrieb dem FLN nicht direkt die Verantwortung für die Massaker zu. Vielmehr habe es sich um »la vengeance des faibles contre les faibles« gehandelt. Allerdings habe der FLN dies teils stillschweigend hingenommen. Insbesondere hätten die »résistants de la dernière heure« zu dieser Gewalt gegriffen, um sich zu beweisen. Die Gewalt sei letztendlich die Konsequenz des jahrelangen gewaltsamen Kampfes gewesen. Auch in Frankreich sei 1945 dieses Phänomen zu beobachten gewesen. Allerdings hätten es die Regierungsverantwortlichen in diesem Fall besser verstanden, die Gewalt zu kanalisieren<sup>241</sup>. Obwohl er mit diesen Worten indirekt

238 Ibid., S. 323f.

239 Mohammed HARBI, *Dire enfin que la guerre est finie*, in: *Le Monde*, 4.3.2003.

240 Ibid.

241 Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

dem FLN die Verantwortung zuschrieb, plädierte er dafür, die Massaker im Kontext der Gesamtsituation von 1962 zu lesen. Für den noch immer anhaltenden Hass auf die »harkis« gebe es jedoch keine Entschuldigung mehr. Insbesondere sei nicht zu entschuldigen, dass auch die Söhne und Töchter der einstigen Hilfssoldaten noch immer von algerischer Seite stigmatisiert würden. Die in Frankreich lebenden Kinder der »harkis« hätten zwar die französische Staatsbürgerschaft, fühlten sich jedoch auch als Algerier. Mit dieser hybriden Identität sah Harbi sie als eine Chance für eine algerisch-französische Annäherung. Man solle sie in Algerien endlich als solche Chance begreifen und nicht mehr als Hindernis für die diplomatische Annäherung beider Länder<sup>242</sup>.

Harbi bezog sich in seinem Artikel ausdrücklich auf die kurz zuvor erschienene Autobiografie Fatima Besnaci-Lancous, der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten<sup>243</sup>. Diese schreibt, wie enttäuscht sie von den Worten Bouteflikas gewesen sei, da sie auf eine Geste der Versöhnung gegenüber den »harkis« gehofft habe. Besnaci-Lancou verstand sich selbst als Teil der algerischen Gemeinde in Frankreich. Sie verfolgte gemeinsam mit weiteren Töchtern ehemaliger Hilfssoldaten den erinnerungspolitischen Ansatz, die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten im Kontext der kolonialen Vergangenheit Algeriens aufzuarbeiten und so die erinnerungspolitischen Differenzen zwischen Kindern ehemaliger Hilfssoldaten und der zweiten Generation algerischer Migranten zu überwinden<sup>244</sup>. Dass Besnaci-Lancou in dieser Arbeit durchaus Erfolge vorweisen konnte, zeigte unter anderem der »Appel des indigènes de la République« im Jahr 2004. Mehrere tausend Söhne und Töchter von Einwanderern unterzeichneten unterstützt von Historikern wenige Monate vor dem 50. Jahrestags des Massakers von Sétif einen Appell, in dem sie ihre soziale Exklusion in Frankreich anprangerten und diese mit fortdauernden kolonialen Strukturen begründeten<sup>245</sup>. Diejenigen, die aus den ehemaligen oder noch immer existierenden Kolonien stammten, würden noch immer als »indigènes« angesehen und dementsprechend behandelt, lautete die Kritik der Unterzeichner. Aus diesem Vorwurf leiteten sie die These ab, »la République de l'égalité« sei nichts weiter als ein Mythos. Der Staat und die Gesellschaft müssten sich kritisch mit ihrem »passé-présent colonial« auseinandersetzen, um in der Kolonialzeit wurzelnde

242 Ibid.

243 Fatima BESNACI-LANCOU, *Fille de harki. Le bouleversant témoignage d'une enfant de la guerre d'Algérie*, Paris 2003.

244 Vgl. hierzu Kap. 4.8.

245 Vgl. dazu Sven KORZILIUS, *Erinnerungsforderungen von »descendants d'esclaves«*, in: Dietmar HÜSER (Hg.), *Frankreichs Empire schlägt zurück. Gesellschaftswandel, Kolonialdebatten und Migrationskulturen im frühen 21. Jahrhundert*, Kassel 2010, S. 217–250, hier S. 228f.

rassistische Strukturen aufzudecken. Mit folgenden Worten brachte man diese Kritik vor: »Il est temps que la France interroge ses Lumières, que l'universalisme égalitaire, affirmé pendant la Révolution française, refoule ce nationalisme arc-bouté au ›chauvinisme de l'universel‹, censé ›civiliser‹ sauvages et sauvagesons«. Noch immer würde den Nachkommen der ehemals Kolonialiserten der Status einer »sous-humanité« zugeschrieben, woraus ein dementsprechender Umgang mit dieser Gruppe resultiere<sup>246</sup>. Mit diesen Worten legten die Unterzeichner des Appells ihre Sicht auf den französischen Universalismus dar. Für sie hatte die Idee des Universalismus eine negative Konnotation, da sie in ihren Augen eine untrennbare Einheit mit der Zivilisierungsmission bildete.

Obwohl das Gedenken an das Massaker von Sétif der Anlass für diesen Appell war, wurde er nicht ausschließlich von maghrebischen Einwanderern der zweiten Generation unterzeichnet. Die marginalisierte Bevölkerung der französischen Vorstädte »indépendamment de leurs origines effectives« stellten als »indigènes« in der heutigen Französischen Republik eine Schicksalsgemeinschaft dar, wurde einleitend festgehalten. Die Verfasser bezogen die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten in diese Schicksalsgemeinschaft mit ein. Als Beispiel für die postkolonialen Strukturen in Frankreich brachten sie ausdrücklich »le parage des harkis et enfants de harkis« nach der Unabhängigkeit Algeriens in Frankreich an<sup>247</sup>. Erinnerungspolitisch zeigte die zweite Generation algerischer Einwanderer mit diesem Appell, dass sie im Gegensatz zu ihren Vätern ihre Identität nicht in erster Linie aus dem algerischen Unabhängigkeitskampf zogen, sondern aus dem Gefühl der aus der Fortsetzung kolonialer Strukturen resultierenden sozialen Exklusion, das sie mit allen Nachkommen der postkolonialen Migration, auch mit den Kindern der ehemaligen Hilfssoldaten, teilten.

Die Initiatoren des »Appel des indigènes de la République« schlossen auch im Kontext der Debatten um das am 23. Februar 2005 verabschiedete Gesetz weder die ehemaligen Hilfssoldaten noch deren Kinder aus der selbst definierten Schicksalsgemeinschaft aus, obwohl in dem Gesetz die ehemaligen Hilfssoldaten erinnerungspolitisch gemeinsam mit den ehemaligen europäischen Siedlern Algeriens in das nationale Gedenken integriert werden sollten und daraus resultierte, dass die »positive Rolle« der französischen Präsenz in Übersee als Vergangenheitsdeutung gesetzlich festgeschrieben wurde. Durch die Verabschiedung dieses Gesetzes sah sich der aus dem Appell hervorgegangene Mouvement des indigènes de la République (MIR) in seiner These bestätigt, den Nachkommen der ehemals Kolonisierten würde in Frankreich noch immer der Status einer »sous-humanité« zugeschrieben. Das Gesetz richte sich nicht

246 L'appel des indigènes de la République, 20.1.2005, <http://www.indigenes-republique.fr/lappel-des-indigenes-de-la-republique> (26.2.2020).

247 Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

nur an die Repatriierten, sondern auch an sie, an die »indigènes de la République«. Mit diesem Gesetz fordere man von ihnen, sich dafür zu bedanken, dass Frankreich sie kolonialisiert habe. Erneut demonstrierte die französische Regierung die scheinbare Überlegenheit der französischen Zivilisation<sup>248</sup>. Ausdrücklich erklärten die Vertreter des MIR jedoch, dass man nicht den ehemaligen Hilfssoldaten die Verantwortung für dieses Gesetz zuschreibe. Die materiellen und erinnerungspolitischen Regelungen, die die ehemaligen Hilfssoldaten betrafen, seien notwendig, um diesen ihre Würde zurückzugeben. Allerdings sei dies nicht möglich, wenn man sie erinnerungspolitisch in eine koloniale Ideologie einschreibe<sup>249</sup>.

Die Reaktion der Vertreter des MIR auf das Gesetz vom 23. Februar zeigt, dass auch die algerische Gemeinde der zweiten Generation in Frankreich erinnerungspolitisch entgegen den Vorgaben Bouteflikas gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten Anfang des 21. Jahrhunderts auf Versöhnung und nicht mehr auf Konfrontation setzte. Der FLN hielt zu diesem Zeitpunkt noch immer das Bild des Verräters aufrecht, um den Mythos des geschlossen hinter dem FLN stehenden algerischen Volkes zu konservieren und zu tradieren. Dieses Bild war für den FLN nach der zögerlichen demokratischen Öffnung umso mehr von Bedeutung, als er sich nun gezwungen sah, seine Herrschaftslegitimation unter Beweis zu stellen. Aus diesem Grund verdichtete sich in Algerien zur Zeit des Bürgerkriegs und des islamistischen Terrors der Diskurs um den Verrat durch die »harkis«. Auch an die algerische Gemeinde in Frankreich richtete sich dieser Diskurs, da das FLN-Regime stets befürchtete, sie könne sich zu sehr von Algerien lösen und in die französische Gemeinschaft integrieren. Die Wahl des 17. Oktober als Journée nationale de l'émigration sollte den Zusammenhalt der algerischen Nation auf beiden Seiten des Mittelmeers in Abgrenzung zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und somit auch zu den »harkis« als Teil des französischen Repressionsapparats demonstrieren. In diese Richtung sind auch die Äußerungen Bouteflikas vom Jahr 2000 zu interpretieren. Erneut rekurrierte er mit diesen Worten auf die Feindschaft gegenüber den ehemaligen französischen Kolonialherren und stellte die »harkis« als Verräter an deren Seite dar. Mit dieser Rhetorik stieß er jedoch um die Jahrtausendwende in der algerischen Gemeinde in Frankreich nicht auf ungeteilte Begeisterung. Mit Harbi trat ein ehemals hochrangiger Vertreter des FLN, der sich bereits seit längerem vom FLN distanziert hatte, zur Verteidigung der »harkis« an und plädierte dafür, die von Bouteflika dargestellte Dichotomie zu hinterfragen.

248 Contre la loi du 23 février 2005. Nous remercions la France de nous avoir colonisés!, <http://www.indigenes-republique.fr/nous-remercions-la-france-de-nous-avoir-colonises> (26.2.2020).

249 Ibid.

Insbesondere die zweite Generation der algerischen Migranten definierte sich nicht mehr in erster Linie über den Unabhängigkeitskampf des FLN, sondern über ihre soziale Realität in Frankreich. Sie konstruierte sich in Frankreich eine eigene Schicksalsgemeinschaft aus den in Frankreich lebenden Nachkommen der ehemals Kolonialiserten und arbeitete darauf hin, ihre postkoloniale Vergangenheitsdeutung in das nationale Gedenken einzuschreiben. In dieser Deutung waren die ehemaligen Hilfssoldaten Kolonisierte und damit Opfer der Kolonialgesellschaft. Mit dieser Forderung traten die Nachkommen der Kolonialiserten in die Debatten um die Deutung der kolonialen Vergangenheit und zugleich in die daraus resultierende Opferkonkurrenz ein. Sven Korzilius kritisiert die vom MIR vorgebrachte Vergangenheitsdeutung als »zu polemisch«, obgleich er einräumt, dass sie »eine gewisse Berechtigung« habe<sup>250</sup>. Da der MIR mit seiner Interpretation der Geschichte in die Opferkonkurrenz eintrat, werden dessen erinnerungspolitischen Aktivitäten wie auch die Erinnerungsarbeit der Repatriierten in der Forschung als Hindernis für ein am universalistischen Ideal orientiertes Gedenken gewertet<sup>251</sup>. Dass die Nachkommen der ehemals Kolonialiserten mit dieser »zu polemisch[en]« Vergangenheitsdeutung auftraten und sich nicht am universalistischen Ideal der Vergangenheitsaufarbeitung orientierten, ist jedoch mit ihrem Gefühl der Ausgrenzung aus der französischen Gesellschaft zu erklären. Das universalistische Ideal geriet für diese Gruppe zu einem hohlen Mythos. Sie fühlten sich nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger behandelt, was sie erinnerungspolitisch daran festmachten, dass sich ihre Deutung der Geschichte nicht im nationalen Gedenken wiederfand. Ihre Erinnerungsarbeit war somit in erster Linie als Forderung bezüglich ihrer Identität zu verstehen. Als Nachkommen der ehemals Kolonialiserten hofften sie mit ihren hybriden Identitäten unabhängig von der Rolle ihrer Väter während des Unabhängigkeitskampfes als gleichberechtigte französische Staatsbürger anerkannt zu werden.

#### 4.5 Die Fnaca und der 19. März

Bevor sich Ende der 1990er Jahre die Kontroversen um den Algerienkrieg verdichteten, bestimmten Repatriierten- und Veteranenverbände die Debatten, weshalb die *nostalgérie* die dominierende Geschichtserzählung darstellte. Lediglich die Fnaca kollidierte mit ihrer Vergangenheitsdeutung bereits seit den 1970er Jahren mit der Erzählung der *nostalgérie*. Direkt nach seiner Gründung, noch während des Krieges, kündigte der Veteranenverband FNAA an, in den

<sup>250</sup> KORZILIUS, Erinnerungsforderungen, S. 229.

<sup>251</sup> Ibid., S. 229f.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Kampf um die Deutung des Algerienkrieges eintreten zu wollen<sup>252</sup>. Mit der Umbenennung nach dem Ende des Krieges und der damit verbundenen Neuausrichtung des Verbandes trat dieses Ziel in den Hintergrund. In der Nähe der parlamentarischen Linken angesiedelt, versuchte sich die Fnaca nun so weit wie möglich zu öffnen und erklärte, ihren Mitgliedern weder eine bestimmte politische Richtung noch eine bestimmte Interpretation der Vergangenheit vorschreiben zu wollen. Mit dieser Vorgabe durchbrach auch die Fnaca in den Jahren nach dem Krieg das Schweigen über die vergangenen Ereignisse nicht und vermied es, die Geschehnisse zu interpretieren. Die Bemühungen des Verbandes, kontroverse Debatten über den Krieg und damit auch über die koloniale Vergangenheit zu vermeiden, wurden jedoch von den Bedürfnissen der Veteranen durchkreuzt, offiziell als solche anerkannt zu werden und ihrer gefallenen Kameraden offiziell zu gedenken. Insbesondere die Forderung nach einem offiziellen Gedenktag führte zu einer Kollision mit der Vergangenheitsdeutung anderer Erinnerungsträger, wodurch die Fnaca zunehmend von ihrer Leitlinie abwich, die Vergangenheit nicht zu interpretieren, und sich zu einem wichtigen Akteur im Kampf um die Deutungshoheit der Vergangenheit entwickelte<sup>253</sup>.

Bereits in den frühen 1970er Jahren forderte die Fnaca, den 19. März, den Tag des Inkrafttretens der Abkommen von Évian, als nationalen Gedenktag zu etablieren, und startete eine Kampagne bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Straßen und Plätzen nach diesem Datum zu benennen. Der Verband erklärte zwar zunächst, mit dem 19. März ein politisch neutrales Datum gewählt zu haben. Das Datum stand jedoch für den Frieden mit dem FLN und somit für den Rückzug Frankreichs aus Algerien. Für die Kolonialbefürworter war der 19. März somit kein neutrales Datum, sondern symbolisierte den angeblichen Verrat de Gaulles an der *Algérie française*. Für viele Militärs galt der Tag zudem als Sinnbild einer Spaltung der französischen Armee. Für die europäischen und auch für die muslimischen Repatriierten folgte auf dieses Datum das Exil in Frankreich, womit viele den 19. März als Beginn ihres eigenen Leidens ansahen. Dementsprechend stieß der erinnerungspolitische Vorstoß der Fnaca auf Widerstand. Widerstand kam zunächst ebenfalls im Lager der Veteranen auf. Der Repatriiertenverband UNC-AFN, der stets für eine *Algérie française* eingetreten war, mobilisierte seine Anhänger alljährlich zum Protest gegen die von der Fnaca am 19. März organisierten Gedenkveranstaltungen. Besonders stark wurden die Auseinandersetzungen, nachdem in den 1980er Jahren die Nachwuchsorganisation der Repatriierten JPN sowie der FN die Proteste der

<sup>252</sup> RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 293.

<sup>253</sup> Ibid., S. 280–308.

UNC-AFN unterstützten und Jahr für Jahr gegen die Gedenkveranstaltung der Fnaca mobil machten<sup>254</sup>.

Als der JPN in den Protest gegen die Gedenkveranstaltungen einstieg, verknüpfte er seinen Protest mit seiner Kampagne »Hommage aux harkis«. Die Fnaca wurde daher zu diesem Zeitpunkt erstmals mit dem Vorwurf konfrontiert, mit der Forderung nach dem 19. März als Gedenktag die ehemaligen Hilfssoldaten aus dem nationalen Gedenken auszuschließen und die Massaker, die nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens stattgefunden hatten, bewusst zu ignorieren<sup>255</sup>. Der Verband war aufgrund dieser Vorwürfe gezwungen, sich zu den »harkis« zu positionieren. Er musste deutlich machen, dass die Forderung, am 19. März der Opfer des Algerienkriegs zu gedenken, für ihn keineswegs einem Ausschluss der Hilfssoldaten aus dem nationalen Gedenken gleichkam. Als der Verband im Jahr 1986 in Kooperation mit der sozialistischen Regierung eine Aufklärungskampagne über die Hilfssoldaten in der französischen Gesellschaft durchführte, nutzte er die Gelegenheit, um zu den Auseinandersetzungen um den 19. März Stellung zu beziehen. Alljährlich werde von den Gegnern des Gedenktages an das »massacre de 150 000 harkis« erinnert, schrieb der Chefredakteur des Verbandsorgans Sabourdy. Niemand zweifle »sur le fond« diese »cruelle réalité historique« an. In der Fnaca werte man lediglich die Opferzahl von 150 000 als Übertreibung. Zumindest habe bis jetzt niemand diese Zahl bestätigen können und die Vermutung liege nahe, dass eine übertrieben hohe Zahl gewählt worden sei, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Was man tatsächlich anzweifle, sei das Interesse der Gegner des Gedenktages an den Massakern. Nachdem der 19. März vorbei sei, sei alljährlich von jenen nicht mehr zu hören, »qui n'avaient pas assez de larmes pour s'apitoyer«<sup>256</sup>. Sabourdy warf mit diesen Worten den Repatriiertenverbänden, dem UNC-AN sowie dem FN vor, das Massaker an den Hilfssoldaten lediglich für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, nämlich dafür, den 19. März als Gedenktag zu verhindern.

So sehr die Fnaca sich auch bemühte, sich den ehemaligen muslimischen Soldaten und Hilfssoldaten zu öffnen, konnte sie nicht verhindern, dass ihre eigenen erinnerungspolitischen Interessen mit den zugunsten der ehemaligen Hilfssoldaten getroffenen erinnerungspolitischen Entscheidungen konkurrierten oder kollidierten. Als im Dezember 1990 die Gedenkbriefmarke »Harkis, soldats de la France« erschien, begrüßte der Verband diese Entscheidung ausdrücklich. In der Verbandszeitschrift erklärte man, es sei gerecht, dass die

254 Ibid., S. 308–317.

255 Siehe dazu ausführlich [Kap. 4.3](#).

256 Michel SABOURDY, Harkis: des combattants... »pas comme les autres«?, in: *L'Ancien d'Algérie* 245 (1986), S. 7.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Republik die »harkis, soldats de la France, et [...] la communauté tout entière, citoyenne de la France« würdige. In der Begründung vermied die Verbandsspitze jedoch, die Massaker anzusprechen. Stattdessen verwies man auf die noch bis heute andauernde schwierige soziale Situation der ehemaligen Hilfssoldaten in Frankreich, die aus ihrem Engagement auf der französischen Seite resultiere. Die soziale Besserstellung der »harkis« und deren Nachkommen anzugehen, sei von größerer Notwendigkeit als erinnerungspolitische Gesten wie die Gedenkbriefmarke<sup>257</sup>. Die Rhetorik, der sich die Vertreter der Fnaca bedienten, lässt jedoch erkennen, dass sie die Gedenkbriefmarke auch aus Gründen der Opferkonkurrenz kritisierten. In der Berichterstattung um die Briefmarke hob der Verband besonders hervor, dass er bereits seit mehreren Jahren eine Gedenkmarke für die in Nordafrika gefallenen Soldaten forderte und mit dieser Forderung stets gescheitert war. So war bereits auf der Titelseite des Verbandsorgan zu lesen: »Hommage aux harkis et... à quand pour nous?«<sup>258</sup> Und auch Verbandspräsident Marek unterstrich, dass nun spätestens 1992 eine Marke zum Gedenken an die 30 000 französischen Soldaten, die in Nordafrika gefallen waren, erscheinen müsse. Dass die Regierung diese Forderung noch immer nicht erfüllt habe, nun jedoch eine Gedenkmarke für die ehemaligen Hilfssoldaten erschienen war, sei ein Symbol dafür, in welchem Maße die Veteranen des Algerienkriegs und der Kämpfe in Marokko und Tunesien noch immer diskriminiert würden<sup>259</sup>.

Die Opferkonkurrenz wird jedoch dadurch relativiert, dass die Fnaca die Briefmarke gleichzeitig zum Anlass nahm, um gegenüber der Regierung ihren Anspruch als Interessenvertretung der ehemaligen Hilfssoldaten zu unterstreichen. Der Verband kritisierte, dass ihn die Regierung weder in den Entscheidungsfindungsprozess einbezogen noch zur Zeremonie im Rahmen der Veröffentlichung der Gedenkmarke eingeladen hatte. Er wies darauf hin, dass er auch in seinen Reihen »un certain nombre d'anciens combattants d'origine nord-africaine« vorweisen könne<sup>260</sup>. Die Fnaca verwehrt sich mit diesen Worten dagegen, stets als Gegner der ehemaligen Hilfssoldaten eingeordnet und nicht als deren Vertretung anerkannt zu werden. Sie wollte den Verteidigern der *Algérie française* den Anspruch streitig machen, in erinnerungspolitischen Fragen bezüglich der ehemaligen Hilfssoldaten die einzigen Ansprechpersonen zu sein. Aus diesem Grund wandte sich der Verbandspräsident Marek an den Premierminister, um sein Erstaunen darüber zum Ausdruck zu bringen, dass die

<sup>257</sup> Pierre MOLINARI, *Hommage aux harkis, soldats de la France*, in: *L'Ancien d'Algérie* 283 (1990), S. 15.

<sup>258</sup> *Hommage aux harkis et... à quand pour nous?*, *ibid.*, S. 1.

<sup>259</sup> Pierre MOLINARI, *Hommage aux harkis, soldats de la France*, *ibid.*, S. 15.

<sup>260</sup> *Ibid.*

Regierung den Verband in der Frage der Gedenkbriefmarke nicht konsultiert hatte<sup>261</sup>.

Gegenüber dem Repatriiertenverband *Rassemblement et coordination des rapatriés et spoliés d'outre-mer (Recours)* erklärte die Verbandsspitze der Fnaca, sie sehe in der Forderung, am 19. März der gefallenen Soldaten zu gedenken, keinen Affront gegen die Gemeinschaft der Hilfssoldaten, sondern wolle diese insofern in das Gedenken einschließen, als auch der während des Krieges gefallenen Hilfssoldaten gedacht werden solle. Der *Recours* konfrontierte den Generalsekretär der Fnaca Maurice Sicart 1996 in einem Schreiben mit dem Vorwurf, mit dem 19. März »une date [...] qui est une des plus honteuses de l'histoire de France« gewählt zu haben. Am 19. März hätten Armee und Polizei den Befehl erhalten, ihre Waffen nicht mehr zu gebrauchen, wodurch die Ermordung von 150 000 ehemaligen Hilfssoldaten und das Verschwinden von 20 000 bis 25 000 Europäern ermöglicht worden sei, ein Ereignis, das mit der »rafle du Vél d'Hiv« zu vergleichen sei<sup>262</sup>. Sicart reagierte auf diesen Vorwurf und verteidigte die Forderung der Fnaca. Ohne auf die Debatte um die Anzahl der Hilfssoldaten, die den Massakern zum Opfer gefallen waren, einzugehen, räumte er ein, dass es nach dem 19. März zu Racheakten gekommen sei und es Tote gegeben habe. Dies sei jedoch sowohl nach dem 11. November 1918 als auch nach dem 8. Mai 1945 der Fall gewesen, was niemand davon abhalte, alljährlich an diesen Tagen der Toten der beiden Weltkriege zu gedenken. Zudem warf er *Recours* vor, sich lediglich auf das zu konzentrieren, was nach dem 19. März geschehen sei, und die Soldaten – darunter viele Wehrpflichtige –, die im Krieg ihr Leben gelassen hätten, zu übergehen<sup>263</sup>. Aus diesem Schlagabtausch zwischen den Vertretern der Fnaca und des *Recours* werden die unterschiedlichen Bezugsgrößen der Verbände deutlich: Für die Fnaca standen die während des Krieges Gefallenen als Opfer im Vordergrund. Für den Repatriiertenverband begann erst mit dem Ende des Krieges die Zeit der Opfer. Während Sicart die Hilfssoldaten in die Schicksalsgemeinschaft der Veteranen einschreiben wollte, ordnete der Repatriiertenverband sie als Teil der Leidensgemeinschaft der Repatriierten ein.

Im Laufe der 1990er Jahre intensivierte die Fnaca ihre Bemühungen um die offizielle Anerkennung des 19. März als Gedenktag und suchte dafür insbesondere die Unterstützung der sozialistischen Partei. Allerdings hatte der Verband in der Erinnerungskonkurrenz mit anderen Verbänden insbesondere um die Jahrtausendwende zunehmend das Nachsehen. 2001 wurde das sogenannte *Comité pour la memoire* gegründet, das verschiedene Erinnerungsgruppen an einen Tisch brachte, um gemeinsam in der Frage nach einem Gedenktag einen

261 Ibid.

262 Philippe Nouvion an Maurice Sicart, 10.5.1996, AN: vers. 20120054/95.

263 Maurice Sicart an Philippe Nouvion, 13.6.1996, *ibid.*

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Kompromiss zu finden. Als Kompromissvorschlag brachte das Komitee den 10. Juni ein. Die Fnaca zeigte sich jedoch nicht kompromissbereit. Allein der 19. März entspreche historisch dem »devoir de mémoire à l'égard des victimes militaires et civiles de ce drame«<sup>264</sup>. Dass sich Jean-Pierre Masseret, der beim PS für Veteranen zuständige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, für den 10. Juni aussprach, wertete sie als Verrat. Er hatte sich noch 1996, damals als Bürgermeister der Kommune Hayange, für den 19. März ausgesprochen<sup>265</sup>. Masseret war nicht der einzige Vertreter des PS, der seine Meinung bezüglich des 19. März änderte. Lionel Jospin hatte sich sowohl 1995 als Präsidentschaftskandidat als auch 1997 vor den Parlamentswahlen dafür ausgesprochen, den 19. März zum offiziellen Gedenktag zu benennen. Ausdrücklich hatte er der Fnaca seine Unterstützung zugesagt und erklärt, er wolle jedes Jahr bei den Gedenkfeierlichkeiten an der Seite des Verbandes stehen. Ein Versprechen, das er dem Generalsekretär der Fnaca, Sicart, zufolge als Premierminister nicht gehalten habe<sup>266</sup>.

Im Vorfeld des 40. Jahrestags des Kriegsendes und der Unabhängigkeit Algeriens erklärte die Fnaca, den Druck auf die sozialistischen Abgeordneten verstärken zu wollen. Insbesondere Jospin wollte der Verband im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in die Pflicht nehmen und ihn ausdrücklich an sein Versprechen erinnern<sup>267</sup>. Der Druck zeigte Wirkung, führte jedoch nicht zum Ziel. Noch im Jahr 2001 brachten Abgeordnete der sozialistischen Partei einen Gesetzestext ins Parlament ein, durch den der 19. März zum offiziellen Gedenktag bestimmt werden sollte. Nicht alle Abgeordneten des PS unterstützten jedoch diesen Vorstoß. Insbesondere Regierungsvertreter der Partei waren bemüht, einen Kompromiss zu suchen, und hielten nicht mehr kategorisch am 19. März fest. Nicht nur Masseret hatte sich von seinem klaren Bekenntnis zu diesem Datum distanziert, auch von Jospin war kein deutliches Bekenntnis mehr zu hören. Auf Nachfrage des CNMF sprach sich Jospin im Vorfeld der Abstimmung über den Gedenktag im Senat zwar nicht deutlich gegen den 19. März aus. Er sprach jedoch in Bezug auf die Hilfssoldaten von den »dramas vécus en particulier dans la période qui a suivi le 19 mars« und plädierte für einen Kompromissvorschlag. Man müsse »les souffrances de tous« respektieren<sup>268</sup>. Obgleich er es umgangen hatte, sich klar für oder gegen den 19. März

<sup>264</sup> Maurice SICART, Une seule date pour honorer nos morts: le 19 mars!, in: L'Ancien d'Algérie 397 (2001), S. 1.

<sup>265</sup> Ibid.

<sup>266</sup> Ibid.

<sup>267</sup> Ibid.

<sup>268</sup> Lionel Jospin an André Wormser, 15.4.2002, AN: vers. 20120054/110.

auszusprechen, gab er mit seinen Worten deutlich zu verstehen, dass für ihn die Massaker ein wichtiges Argument gegen den 19. März seien.

In der Fnaca zeigte man sich enttäuscht über die fehlende Unterstützung der sozialistischen Regierung und wertete dies als Verrat. Als Reaktion darauf verschärfte sich die Rhetorik des Verbands. Über die Gesetzesinitiative äußerte sich der Vorsitzende Marek 2001 mit den Worten »Celles et ceux qui ne sont pas avec nous, sont contre nous«, womit er jegliche Kompromissvorschläge ablehnte<sup>269</sup>. Auch gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten verschärfte die Fnaca ihre Rhetorik. Nach der Parlamentsabstimmung zur Gesetzesinitiative über den Gedenktag wiederholte der Verband den Vorwurf, das Schicksal der Hilfssoldaten werde instrumentalisiert, um eine Institutionalisierung des 19. März als Gedenktag zu verhindern. Er warf dies nicht nur denjenigen vor, die die »harkis« instrumentalisierten, sondern sah auch die Hilfssoldaten selbst in der Verantwortung. Man wisse inzwischen, wie gerne sich die »camarades harkis [...] par des gens peu sincères qui ne les inviteraient pas forcément à leur table... et qui pensent à eux surtout quand les élections approchent« instrumentalisieren ließen<sup>270</sup>. Mit diesen Worten wiederholte die Fnaca den Vorwurf, den FLN und auch kolonialkritische Linke bereits während des Algerienkriegs gegen die Hilfssoldaten erhoben hatten. Sie hätten sich mental nicht dekolonisiert, sondern sich über die Unabhängigkeit hinaus von Akteuren manipulieren lassen, die nur vorgäben, sich für ihr Schicksal zu interessieren. Trotz dieser Kritik hielt die Verbandsspitze am Selbstverständnis des Verbandes als Interessenvertretung der ehemaligen Hilfssoldaten fest. Seit langem seien in den Reihen der Fnaca ehemalige Hilfssoldaten zu finden, die die Gedenkveranstaltungen des 19. März nicht als Angriff auf ihre Gemeinschaft und auf deren Gedenken ansähen, sondern sich alljährlich an den Veranstaltungen beteiligten<sup>271</sup>.

Während die Frage des Gedenktages die Nationalversammlung und den Senat beschäftigte, zeigte sich die Fnaca über eine weitere erinnerungspolitische Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten, die Journée nationale d'hommage aux harkis, verärgert, die am 25. September 2001 begangen wurde. Sie wies im Vorfeld dieses Gedenktags in ihrem Verbandsorgan kurz und sachlich auf die anstehenden Feierlichkeiten hin<sup>272</sup>. Zunächst schien der Verband diesem Ereignis keine große Bedeutung beizumessen. Nach der Rede Chiracs wertete er jedoch den Gedenktag als Gefahr für den 19. März und bewertete

<sup>269</sup> Zitiert nach: Maurice SICART, Une seule date pour honorer nos morts: le 19 mars!, in: L'Ancien d'Algérie 397 (2001), S. 1.

<sup>270</sup> Le vote solennel du 22 janvier 2002 sur la journée du 19 mars. Le prétexte des rapatriés, in: L'Ancien d'Algérie 404 (2002), S. 4.

<sup>271</sup> Ibid., S. 4.

<sup>272</sup> Les projets du Haut Conseil de la mémoire, in: L'Ancien d'Algérie 395 (2001), S. 3.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

diese Geste aus diesem Grund skeptisch. In seiner Rede ging Chirac explizit auf die Kontroverse um den 19. März ein und betonte, die Republik schulde allen Opfern ein würdiges Gedenken, man dürfe keine Opfer vergessen, sonst verrate man alle<sup>273</sup>. Diese Worte deutete die UNC-AFN triumphierend als klare Absage an den 19. März als nationalen Gedenktag<sup>274</sup>. Sabourdy reagierte auf diesen Artikel mit der gewohnten Rhetorik. Er warf dem konkurrierenden Veteranenverband vor, das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten zu instrumentalisieren, um die Parlamentsdebatte zu seinen Gunsten zu beeinflussen<sup>275</sup>.

Wie sich herausstellte, sollte die Gedenkveranstaltung kein einmaliges Ereignis bleiben. Auch für den 25. September 2002 wurden im ganzen Land Gedenkveranstaltungen geplant. Die Fnaca sah sich dadurch in ihrer Befürchtung bestätigt, der 25. September könne sich als nationaler Gedenktag durchsetzen. Diese Befürchtung erklärt die Ankündigung des Verbands, den Gedenktag zu boykottieren<sup>276</sup>. In der Begründung dieses Boykotts achtete die Verbandsspitze auf eine Formulierung, die die ehemaligen Hilfssoldaten nicht aus der nationalen Gemeinschaft ausschloss. Die »harkis« verdienten »reconnaissance« und »témoignages de réconfort«, war in dem Verbandsorgan zu lesen. Aus diesem Grund sei auch die Fnaca auf der nationalen Veranstaltung in Paris im vergangenen Jahr vertreten gewesen. Dieses Gedenken hätte jedoch ein einmaliges Ereignis bleiben sollen. Dass der Tag nun erneut begangen wurde, begründete der Verband mit »des pressions dont on devine l'origine«. Man vermutete eine gezielte Initiative der Gegner des 19. März. Die Verbandsspitze habe sich aus diesem Grund bewusst dafür entschieden, diesen Vorstoß nicht zu unterstützen<sup>277</sup>.

Die Verbandsspitze nutzte die Gelegenheit, um zu verdeutlichen, dass sie am 19. März als Gedenktag festhielt. Ein Gedenktag könne nur auf ein einziges Datum fallen: auf den »anniversaire du ›cessez-le-feu‹ officiel du 19 mars 1962, imposé par l'Histoire«. Im letzten Jahr hätten sie erneut in Abwesenheit des Präsidenten und des Premierministers an diesem Datum all der Opfer der Kämpfe in Nordafrika gedacht, ganz gleich, ob sie vor oder nach dem Waffenstillstand ihr Leben verloren hätten. Selbstverständlich sei dabei auch der »mal-

<sup>273</sup> Discours de M. Jacques Chirac, président de la République, à l'occasion de la Journée nationale d'hommage aux harkis, 25.9.2001, <http://www.jacqueschirac-asso.fr/fr/wp-content/uploads/2010/04/Hommage-national-aux-harkis-septembre-2001.pdf> (26.2.2020).

<sup>274</sup> Michel SABOURDY, La Journée nationale d'hommage aux harkis, in: L'Ancien d'Algérie 400 (2001), S. 6.

<sup>275</sup> Ibid.

<sup>276</sup> Journée des harkis 2002, in: L'Ancien d'Algérie 406 (2002), S. 3.

<sup>277</sup> 25 septembre 2002: pourquoi nous n'y étions pas, in: L'Ancien d'Algérie 410 (2002), S. 3.

heureux harkis massacrés après l'indépendance de l'Algérie« gedacht worden. Die Hilfssoldaten seien sich der Tatsache bewusst, dass die Fnaca sie respektiere und sich im Gegensatz zu jenen, die viel redeten und wenig handelten, für sie und die Verteidigung ihrer Rechte einsetze<sup>278</sup>. Mit diesen Worten unterstrich der Verband den Anspruch, trotz des Boykotts als Interessensvertretung der ehemaligen Hilfssoldaten zu fungieren.

In ihrer Absage an den 25. September als Gedenktag bezeichnete die Verbandsspitze die »harkis« als »compagnons, à égalité de droits et de devoirs«<sup>279</sup>. Gerade deshalb müsse man sich gegen einen speziellen Gedenktag zugunsten dieser Hilfssoldaten aussprechen. Um sie als gleichberechtigte Mitglieder der nationalen Gemeinschaft anzuerkennen, dürften sie nicht als gesonderte Kategorie behandelt werden, sondern müssten in ein einheitliches Gedenken einbezogen werden<sup>280</sup>. In aller Deutlichkeit wiederholte die Verbandsspitze dieses Argument, nachdem 2003 per Dekret der 25. September als nationaler Tag des Gedenkens an die Hilfssoldaten institutionalisiert worden war. In ihrem Verbandsorgan veröffentlichte die Fnaca einen Artikel, der bereits in der Überschrift die Frage aufwarf: »Les harkis ne seraient-ils plus nos frères d'armes?«<sup>281</sup> Bereits mit den Feierlichkeiten der letzten beiden Jahre habe man die Hilfssoldaten zu »combattants entièrement à part« deklariert. Dass man von nun an alljährlich eine spezielle Zeremonie für sie abhalten wolle, verstärke ihre Marginalisierung. Die Fnaca beteilige sich nicht an dieser Marginalisierung, sondern lade all diejenigen, die in den Reihen der französischen Armee in Nordafrika gekämpft hatten, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion dazu ein, derer zu gedenken, die aus diesem Krieg nicht zurückgekehrt waren. Der 25. September stehe im Widerspruch zu einem universalistischen Gedenken, dem man sich selbst verschrieben habe. Ein universalistisches Gedenken müsste laut den Verantwortlichen des Verbandes folgendermaßen beschaffen sein: »Pour la Fnaca, ce ne peut pas être les harkis et nous, mais bien les harkis avec nous«. Man müsse gemeinsam mit den ehemaligen Hilfskräften des Kriegs gedenken, und zwar am 19. März, so wie zahlreiche Hilfskräfte aus den Reihen der Fnaca, die alljährlich bei den Gedenkveranstaltungen am Tag der Verkündung des Waffenstillstandsabkommens anwesend seien<sup>282</sup>.

278 Ibid.

279 Ibid.

280 Ibid.

281 Louis CERCEAU, Le gouvernement décide de pérenniser la journée du 25 septembre en hommage aux harkis: les harkis ne seraient-ils plus nos frères d'armes?, in: L'Ancien d'Algérie 419 (2003), S. 1.

282 Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Als die Regierung im September 2003 per Dekret den 5. Dezember zum Gedenktag für die Opfer des Algerienkriegs erklärte, akzeptierte die Fnaca diese Entscheidung nicht, sondern kündigte an, weiterhin am 19. März einen Gedenktag zu begehen. Auch mit dem 25. September zeigte der Verband sich weiterhin unzufrieden. Im Jahr 2004 wertete er die Journée nationale d'hommage aux harkis als Misserfolg. In seiner Zeitschrift berichtete er von den Feierlichkeiten, die auf regionaler Ebene in Toulouse stattgefunden hatten, ging jedoch vor allem darauf ein, dass die Hilfssoldaten selbst unterrepräsentiert gewesen seien<sup>283</sup>. Mit dieser Darstellung verdeutlichte die Fnaca, dass sie diesen Gedenktag ebenso wie die Ablehnung des 19. März als Gedenktag für alle Opfer des Algerienkriegs nicht als Ergebnis erinnerungspolitischer Aktivitäten der ehemaligen Hilfssoldaten selbst, sondern der erfolgreichen Lobbyarbeit von Aktivisten der *Algérie française* wertete. Während die Fnaca selbst immer wieder erklärte, sich in ihrer Erinnerungsarbeit an der Idee des Universalismus zu orientieren, warf sie anderen Akteuren vor, eine Gegenerinnerung zu kreieren und die Hilfssoldaten dafür zu instrumentalisieren. Ein Beleg für ihr Interesse an einem universalistisch ausgerichteten Gedenken ist die mehrfach wiederholte Erklärung, die ehemaligen Hilfssoldaten seien als Veteranen wie alle anderen zu behandeln und an die Opfer unter den Hilfssoldaten solle im Rahmen eines gemeinsamen Gedenkens an alle Gefallenen erinnert werden. Dieser Ansatz blendete jedoch die besondere Situation der ehemaligen Hilfssoldaten aus und schenkte der Tatsache keine Beachtung, dass sie mit Kriegsende nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, sondern gezwungen waren, Algerien zu verlassen. Daher konnten all die Beteuerungen vonseiten der Fnaca, sie verträte auch die Interessen der ehemaligen Hilfssoldaten, nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Vergangenheitsdeutung des Verbandes im Widerspruch zu den Erinnerungen der ehemaligen Hilfssoldaten stand. Allerdings können die von der Fnaca gegen die Aktivisten der *Algérie française* erhobenen Vorwürfe, sie instrumentalisieren die Massaker, um ihre eigene Geschichtsdarstellung zu unterstreichen, bestätigt werden. Aufgrund dieser Strategie der Aktivisten der *Algérie française* geriet die Fnaca mit ihren erinnerungspolitischen Forderungen immer mehr in die Defensive. Sie hatte dem Argument, der 19. März stehe für den Beginn der Racheakte an den ehemaligen Hilfssoldaten und für den Beginn der Odyssee, mit der sie dieser Rache entkommen wollten, inhaltlich wenig entgegenzusetzen, was auch die verschärfte Rhetorik gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten erklärt. Dass die Fnaca die ehemaligen Hilfssoldaten jedoch trotz der teils abweichenden Rhetorik und trotz der Auseinandersetzungen um den 19. März als Veteranen und Bürger der Republik betrachtete, wird durch die konkrete Arbeit des Verbandes untermauert. Seine Vertreter hofften, den ehe-

<sup>283</sup> L'hommage aux harkis... sans harkis, in: *L'Ancien d'Algérie* 431 (2004), S. 15.

maligen Hilfssoldaten durch eine soziale Besserstellung anstatt durch symbolische Gesten das Gefühl vermitteln zu können, gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik zu sein.

### 4.6 Linke Kolonialkritik auf Erinnerungsebene

Die Beobachtung Roussos, mit dem Jahr 1997 hätten die Debatten um den Algerienkrieg an Intensität gewonnen, ist unter anderem damit zu begründen, dass mit dem Prozess gegen Papon die kolonialkritische Linke in die Kontroversen um die Vergangenheitsdeutung einstieg, die sich zuvor nur vereinzelt zu Wort gemeldet hatte<sup>284</sup>. Da während des Prozesses auch die Geschehnisse vom 17. Oktober 1961 zur Sprache kamen, wurden die von der französischen Armee und Polizei begangenen Verbrechen zum Thema in den um den Algerienkrieg geführten Kontroversen. Die kolonialkritischen Akteure begannen ihre Vergangenheitsdeutung in die Öffentlichkeit zu tragen. Dadurch kam eine Geschichtsdarstellung auf, in der den Hilfssoldaten auch die Rolle von Tätern zukam. Mit den Erinnerungen an den 17. Oktober 1961 wurden auch die Erinnerungen an die »harkis de Paris« wach, die muslimischen Hilfspolizisten, die die Polizei in Paris eingesetzt hatte. Der französische Historiker Jean-Luc Einaudi, der in dem Prozess gegen Papon über die Ereignisse vom 17. Oktober 1961 aussagte, hatte bereits 1991 ein Werk mit dem Titel »La bataille de Paris. 17 octobre 1961« vorgelegt, in dem er die Ereignisse in den Gesamtkontext des Repressionssystems einbettete, mit dem die algerische Gemeinde in Frankreich während des Krieges konfrontiert war<sup>285</sup>. Er beschrieb die muslimische Hilfspolizei in dieser Geschichte als eine von Papon geschaffene Parallelstruktur. Da sie außerhalb des Gesetzes agiert hätten, hätten die Hilfspolizisten besonders brutal vorgehen können<sup>286</sup>. Einaudis auf Berichten von Zeitzeugen beruhende Darstellung der Vergangenheit glich dem zeitgenössischen Diskurs um die »harkis de Paris«. Er beschrieb sie als Handlanger des zuständigen Generals Montaner, die in dessen Auftrag Folterungen durchgeführt und die algerische Gemeinde in Frankreich

<sup>284</sup> Rouso, *La guerre d'Algérie*.

<sup>285</sup> EINAUDI, *La bataille de Paris*. Einaudi stützt seine Ausführungen auf Zeugenaussagen, die vom FLN aufgenommen sein sollen. Georges Mattei, der als »Kofferträger« in Frankreich den FLN unterstützt hatte, übergab Einaudi die Skripte dieser Aussagen. Einaudi selbst sieht die Authentizität dieser Dokumente als gesichert an (vgl. *ibid.*, S. 14f.). Allerdings finden sich in den Aussagen zahlreiche Ungereimtheiten, weshalb die Authentizität durchaus angezweifelt werden kann.

<sup>286</sup> *Ibid.*, S. 62.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

terrorisiert hätten<sup>287</sup>. Dabei wirkten einige der Zeitzeugen überspitzt und unglaubwürdig. So zitierte Einaudi einen Algerier, der bezeugte, dass ein Hilfspolizist sich während der Demonstration vom 17. Oktober über einen bereits am Boden liegenden Demonstranten beugte und diesem mit einem Maschinengewehr in den Kopf schoss<sup>288</sup>.

Durch das Werk Einaudis ziehen sich Parallelen zwischen der Vichy-Vergangenheit Frankreichs und dem Vorgehen des französischen Sicherheitsapparats während des Algerienkriegs, was in erster Linie mit der Doppelrolle Papons zu begründen ist. Einaudi stellte das Handeln des Polizeipräfekten Papon in den Kontext dessen Handelns als Vichybeamter. Sein Buch widmete Einaudi der neunjährigen Jeannette Griff, die 1942 zunächst von Bordeaux nach Drancy und anschließend von Drancy nach Auschwitz deportiert worden war, sowie der 15-jährigen Fatima Bedar, die im Oktober 1961 im Kanal von Saint-Denis ertränkt worden sein soll. Dadurch zog er Parallelen zwischen der Besatzung Frankreichs und der Kolonialherrschaft in Algerien<sup>289</sup>. Besonders deutlich wird dies sichtbar, als er beschrieb, wie in der Coubertin-Halle Gas in die Röhren geleitet worden sei, um die dort nach dem 17. Oktober internierten Algerier zu ersticken<sup>290</sup>. Die ehemaligen Hilfspolizisten verglich Einaudi durch diese konstruierte Parallelität mit Kollaborateuren des Naziregimes.

Der historische Wahrheitsgehalt der Darstellungen Einaudis ist in der Forschung stark umstritten, wobei sich die Forschungskontroverse auf die Frage konzentriert, wie stark Einaudi bei der Darlegung der Opferzahlen des Polizeieinsatzes vom 17. Oktober 1961 übertrieben habe. Der auf die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus spezialisierte französische Zeithistoriker Jean-Paul Brunet kam in seinen Untersuchungen der Ereignisse zu dem Schluss, dass die Zahl von 393 Opfern der Polizeigewalt stark übertrieben sei. Einaudi nenne mehrere Opfer zweifach, zudem werte er alle Algerier, die um den 17. Oktober gestorben waren, als Opfer der Polizeigewalt. Selbst einen Hilfspolizisten machte Brunet auf der Opferliste Einaudis aus<sup>291</sup>. Er warf Einaudi vor, in seinem historischen Arbeiten von seiner politischen Tätigkeit an der Seite des Parti communiste marxiste-léniniste de France geleitet zu sein. Um die mangelnde Glaubwürdigkeit der historischen Arbeit Einaudis hervorzuheben, verwies Brunet darauf, dass dieser unter anderem Lobgesänge auf die Roten Khmer gesungen habe und leugne, dass diese Verbrechen gegen die Mensch-

<sup>287</sup> Ibid., S. 71f.

<sup>288</sup> Ibid., S. 132f.

<sup>289</sup> Ibid., Widmung.

<sup>290</sup> Ibid., S. 191.

<sup>291</sup> BRUNET, Charonne, S. 15–36.

lichkeit begangen habe<sup>292</sup>. Gegenüber »une fraction de la société française«, sprich der kolonialkritischen Linken, erhob er den Vorwurf, sich trotz dessen Mangels an Professionalität von Einaudi geblendet haben zu lassen<sup>293</sup>. Doch auch das wissenschaftliche Vorgehen und die Ergebnisse Brunets wurden kritisiert. Während Einaudi sich ausschließlich auf Zeitzeugenberichte von Algeriern konzentriert habe, habe Brunet wiederum keinen einzigen Algerier, sondern ausschließlich Archivquellen befragt, warf Vidal-Naquet ihm vor<sup>294</sup>. Die britischen Historiker Jim House und Neil MacMaster kamen 2006 nach gründlichen Recherchen zu den Opferzahlen zu dem Schluss, dass die von Einaudi vorgelegte Opferzahl als übertrieben, die von Brunet vorgelegte Zahl jedoch als untertrieben angesehen werden muss<sup>295</sup>.

Obgleich Einaudis wissenschaftliche Recherchen bis heute stark umstritten sind, waren seine Aussagen im Prozess gegen Papon ohne Zweifel von großer Tragweite. Es waren fortan nicht nur zahlreiche Stimmen zu hören, die die vom französischen Sicherheitsapparat zur Zeit des Algerienkriegs begangenen Verbrechen thematisierten; auch das Motiv, diese Verbrechen mit den Verbrechen des Vichy-Regimes zu vergleichen, sollte sich mehrmals wiederholen. Die Bewertung der Rolle der Hilfssoldaten und der Hilfspolizisten in diesem Sicherheitsapparat fiel jedoch in den nachfolgenden Debatten unterschiedlich aus. Sie changierte in den Interpretationen der einstigen Kolonialkritiker zwischen den Kategorien Täter und Opfer. Als Söhne ehemaliger Hilfssoldaten Ende 1997 durch Hungerstreiks auf sich aufmerksam machten, thematisierten Journalisten von »Le Monde« die »harkis« in der Berichterstattung als doppelte Verlierer der Geschichte, die der FLN zurückgewiesen und Frankreich im Stich gelassen habe. Sie seien nicht nur sozial benachteiligt, sondern auch die »grands oubliés de notre mémoire«, und zwar aus einem Grund: Mit ihrer Rolle während des Krieges widerlegten sie sowohl den Mythos, dass Algerien von einem geschlossenen hinter dem FLN stehenden Volk befreit worden war, als auch den Mythos, dass de Gaulle erfolgreich in die Dekolonisation geführt habe<sup>296</sup>. Ihre Rolle als Täter zur Zeit des Algerienkriegs, unter anderem an der Seite Papons, blieb unerwähnt. Vielmehr wurde ihnen ein Opferstatus zugeschrieben, der vor allem darauf beruhte, dass sie ideologisch keinem Lager zugeordnet werden konnten und aus diesem Grund ihre Rolle in der Geschichte stets verschwiegen wurde.

292 Ibid., S. 36f.

293 Ibid., S. 18.

294 VIDAL-NAQUET, Préface, S. 17.

295 HOUSE, MACMASTER, Algerians, State Terror, and Memory, S. 161–179.

296 Notre blessure algérienne, in: Le Monde, 27.9.1997.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Auch die Berichterstattung in »L'Humanité« richtete den Fokus auf die Opferrolle der Hilfssoldaten. Nachdem Anfang Oktober einer der Hungerstreikenden ins Krankenhaus eingeliefert werden musste, berichtete man auch in der kommunistischen Tageszeitung über die Beweggründe der Hungerstreikenden, die eine offizielle Entschuldigung der französischen Regierung und des Staatspräsidenten forderten. Man zeigte Verständnis für diese Forderung und kein Verständnis dafür, dass Präsident und Regierung dieser Forderung nicht nachkamen. Mit Blick auf die Äußerungen Chiracs zur Mitverantwortung der französischen Polizei und Gendarmerie an der Deportation von europäischen Juden hieß es, es gehöre derzeit zum guten Ton, sich zu entschuldigen. Dass die Regierung de Gaulles sie verraten habe, stellte der Verfasser des Artikels nicht in Frage. Die französische Armee habe sie im Land ihrer Väter rekrutiert und ihnen befohlen, auf ihre eigenen Brüder zu schießen. Teils hätten sie sich aufgrund von Gewalt oder von Gewaltandrohung in den Reihen der französischen Armee wiedergefunden, die meisten seien jedoch einer geschickten Propaganda zum Opfer gefallen. Man habe ihnen erzählt, dass sie französische Staatsbürger seien. Gleichzeitig habe man den FLN zu einer Gruppe skrupelloser Mörder stilisiert und so dessen Unabhängigkeitskampf die Legitimation entzogen. Zusammengefasst warf man den Hilfssoldaten nur eine Sache vor: »Les harkis ont choisi le mauvais camp, le nôtre«<sup>297</sup>. Die Hilfssoldaten wurden in dieser Argumentationsweise als von der französischen Armee betrogene Mitglieder der algerischen Nation dargestellt. Die Rekrutierung der Hilfssoldaten wurde zu einem von der französischen Armee begangenen Verbrechen erklärt und die Hilfssoldaten damit selbst zum Opfer.

Der Artikel in »L'Humanité« endete mit einem Appell an die kolonialkritische Linke, alte Differenzen abzulegen und den Blick auf die Hilfssoldaten dahingehend zu verändern, ihre Tätigkeit in den Reihen der französischen Armee zu kontextualisieren und sie dementsprechend auch als Opfer anzuerkennen. Die Linke dürfe nicht der extremen Rechten und den »nostalgiques de l'Algérie française« überlassen, sich für die ehemaligen Hilfssoldaten einzusetzen<sup>298</sup>. Diesem Appell folgte die Linke jedoch nicht geschlossen. Nur einen Tag nach dem Erscheinen dieses Artikels erschien in der satirischen Wochenzeitung »Charlie Hebdo« ein Kommentar des Zeichners Siné zu den Hungerstreiks. Mit bürgerlichem Namen Maurice Albert Sinet, hatte sich Siné seit den 1950er Jahren in Frankreich als Zeichner und Karikaturist einen Namen gemacht. Er hatte zur Zeit des Algerienkriegs für die Wochenzeitschrift »L'Express« gezeichnet und geschrieben, war jedoch in der Redaktion aufgrund seiner radikalen Position zur Algerienkriegsfrage umstritten gewesen und hatte 1962 die Zeitschrift

<sup>297</sup> Régine DEFORGES, Harkis: combat pour la dignité, in: L'Humanité, 7.10.1997.

<sup>298</sup> Ibid.

verlassen, um zunächst für die von Vergès gegründete und vom FLN finanzierte Zeitschrift »Révolution africaine« zu zeichnen<sup>299</sup>. Nach der Unabhängigkeit Algeriens blieb er dem FLN verbunden. Bis 1980 zeichnete er regelmäßig im Auftrag der staatlichen Ölgesellschaft Algeriens Sonatrach, bevor er sich dem Team von »Charlie Hebdo« anschloss<sup>300</sup>. Er war auch innerhalb dieses Teams nicht unumstritten. Seiner antiimperialistischen Haltung blieb er treu und trat fortan als vehementer Verteidiger eines palästinensischen Staates auf. Immer wieder wurde er wegen antisemitischer Äußerungen kritisiert und musste sich auch vor Gericht verteidigen, weshalb er schließlich 2008 »Charlie Hebdo« verlassen musste<sup>301</sup>.

Gewohnt pointiert fiel auch sein Kommentar zum Hungerstreik der Söhne ehemaliger Hilfssoldaten aus. Siné leitete ihn mit folgenden Worten ein: »Bien que je sois tout à fait d'accord avec les harkis qui ont fait la grève de faim pour obtenir, enfin, la reconnaissance que la France leur doit, je ne peux m'empêcher d'avoir envie de leur cracher à la gueule!«<sup>302</sup> Diese Worte zeigten seine offene Verachtung den »harkis« gegenüber. Auch Siné vertrat die Ansicht, die damalige Staatsführung habe die Hilfssoldaten instrumentalisiert und verraten. Sie hätten die »schmutzigsten« Aufgaben zu erfüllen gehabt, nämlich die Netzwerke des FLN zu infiltrieren, um ihre »frères résistants« zu denunzieren. Als Dank habe man sie in Lagern geparkt und »comme de la merde« behandelt. Siné lehnte es jedoch ab, sie deshalb als Opfer anzusehen. Ihre soziale Ausgrenzung in Frankreich könne nicht vergessen machen, dass sie an der Seite Frankreichs gestanden hatten, als dieses in ihrem eigenen Land eine ethnische Säuberung durchgeführt habe. Sie seien deshalb als »traîtres à leur patrie« zu betrachten, die nichts außer Verachtung verdienten. Dankbarkeit und Glückwünsche stünden ihnen als »loyaux serviteurs de la puissance coloniale«, als »collabos zélés«, lediglich vonseiten ihrer »maîtres« zu<sup>303</sup>. Siné warf ihnen vor, sich noch immer nicht aus der Abhängigkeit ihrer alten *maîtres* befreit zu haben, und folgte damit der Theorie Fanons. Sie würden von diesen Anerkennung für ihre militärischen Leistungen fordern, anstatt sich deutlich von ihren Taten zu distanzieren. Noch immer verwiesen die »harkis« mit Stolz auf die ihnen verliehenen militärischen Würden, auf ihre »médailles de la honte«. Siné zog hier die Parallele zu Papon, der während des Prozesses stolz sein Eisernes

299 Siné, le caricaturiste anticolonialiste, l'inventeur du logo de Sonatrach, est mort, in: Algérie 360°, 5.5.2016, <http://www.algerie360.com/sine-le-caricaturiste-anticolonialiste-linventeur-du-logo-de-sonatrach-est-mort/> (26.2.2020).

300 Hocine MALTI, Histoire secrète du pétrole algérien, Paris 2010, S. 99.

301 Siné débouté de sa demande en diffamation, in: Libération, 3.3.2009.

302 Siné sème sa zone, in: Charlie Hebdo, 8.10.1997.

303 Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Kreuz zur Schau gestellt hatte<sup>304</sup>. Durch den Bezug der ehemaligen Hilfspolizisten zu Papon rückte auch Siné die »harkis« in den Kontext des Vichy-Regimes und setzte sie mit den Kollaborateuren des Naziregimes gleich.

Siné war sich der Tatsache bewusst, dass es sich bei den Hungerstreikenden um die Söhne ehemaliger Hilfssoldaten handelte, die nicht selbst in den Reihen der französischen Armee gedient hatten. Seine Verachtung für diese Gruppe fiel deshalb jedoch nicht geringer aus. Es sei für diese Generation bestimmt nicht leicht, sich zur Vergangenheit ihrer Väter zu positionieren. Sie hätten zwei Möglichkeiten: Entweder seien sie stolz auf ihre Väter oder sie schämten sich für sie. »[D]ans le premier cas, qu'ils crèvent! Dans le second, qu'ils patientent jusqu'à ce qu'ils deviennent orphelins!«<sup>305</sup> Nur unter der Bedingung, dass sie sich klar von den Taten ihrer Väter distanzieren, hätten sie Nachsicht zu erwarten. Als Karikaturist wurden von Siné zugespitzte Äußerungen erwartet. Dies muss bei der Bewertung seiner Aussagen beachtet werden. Seine Aussagen zeigten jedoch deutlich, dass er nicht bereit war, die alte Feindschaft zu überwinden, auch nicht gegenüber der zweiten Generation. Als Voraussetzung für eine Annäherung erwartete er von den ehemaligen Hilfssoldaten ein klares Schuldeingeständnis und eine Entschuldigung. Er interpretierte jedoch die erinnerungspolitischen Forderungen der zweiten Generation dahingehend, dass diese ihre Gemeinschaft zu Opfern stilisierten, ohne sich mit den von den Hilfssoldaten und Hilfspolizisten während der Zeit des Algerienkriegs begangenen Verbrechen zu beschäftigen.

Wie bereits 1962 meldete sich auch in der Debatte über die Deutung der Vergangenheit der Althistoriker Vidal-Naquet zu Wort, um dafür zu werben, die Hilfssoldaten als Opfer zu thematisieren, ohne ihre Beteiligung an Verbrechen zu überspielen. Vidal-Naquet verwies darauf, dass er als einer der entscheidenden Akteure im Kampf gegen die Folter bereits 1962 auf die Massaker an den Hilfssoldaten hingewiesen habe, ohne jedoch die Rolle der Hilfssoldaten während des Krieges zu beschönigen. Mit Blick auf die aufkommende Debatte über Verbrechen der französischen Armee und des Polizeiapparats und damit auch der Hilfssoldaten und Hilfspolizisten plädierte er dafür, die »harkis« und ihre Nachkommen als Opfer anzuerkennen, ohne deren Taten innerhalb des französischen Sicherheitsapparats zu verschweigen<sup>306</sup>. Dieses Vorhaben wurde jedoch erschwert, da im darauffolgenden Jahr die Debatten um die von der französischen Armee angewandte Folter kulminierten. Im Juni 2000 veröffentlichte »Le Monde« einen Artikel, in dem Louise Ighilahriz, die 1957 als junge Anhängerin des FLN in die Gefangenschaft der 10. Fallschirmjägerdivision

<sup>304</sup> Ibid.

<sup>305</sup> Ibid.

<sup>306</sup> Pierre VIDAL-NAQUET, Contre la torture, pour les harkis, in: Le Monde, 10.11.1999.

unter der Führung von General Massu geraten war, von den während ihrer Gefangenschaft durchlebten Folterungen berichtete<sup>307</sup>. Dieser Artikel führte vor allem deshalb zu einer Kulmination der Debatte um die Verbrechen der französischen Armee, da Ighilahriz mehrere für die Folter Verantwortliche namentlich benannte, darunter Massu selbst. Dieser reagierte genauso wie andere ehemalige Militärs auf die Vorwürfe. Im November veröffentlichte »Le Monde« ein Interview mit Massu und General Paul Aussaresses, einem Veteran der France libre, der ebenfalls als hochrangiger Offizier an der »Schlacht von Algier« beteiligt gewesen war. In diesem Interview bestätigten beide, regelmäßig Folterungen durchgeführt zu haben. Während Massu Reue zeigte, verteidigte Aussaresses die damals angewandten Methoden rigoros. Die Folter sei im Kampf gegen den FLN notwendig gewesen, er selbst habe 24 Gefangene getötet und würde in einer solchen Situation erneut so handeln, ließ er verlauten<sup>308</sup>. Ein Jahr später veröffentlichte er einen ausführlichen Bericht, in dem er Folter und Mord einräumte und zugleich rechtfertigte<sup>309</sup>. Sein Bericht brachte ihm eine Klage und eine Verurteilung wegen »Verteidigung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit« ein<sup>310</sup>.

Infolge dieser Berichte von Betroffenen und Bekenntnissen von Tätern beschäftigten sich auch Politik und Wissenschaft mit der Folter. Die französische Historikerin Raphaëlle Branche sollte im Jahr 2001 die erste wissenschaftliche Untersuchung zur Anwendung von Folter während des Algerienkriegs vorlegen und bestätigen, dass die französische Armee während des Algerienkriegs systematisch Folterungen durchgeführt habe<sup>311</sup>. Sowohl Chirac als auch Premierminister Jospin sahen sich unmittelbar nach den ersten Bekenntnissen der Militärs mit der Forderung nach einem staatlichen Schuldeingeständnis konfrontiert. Beide äußerten sich Ende 2000 zu den Vorwürfen, ohne jedoch die Folter klar zu verurteilen oder sich gar bei den Opfern zu entschuldigen<sup>312</sup>.

<sup>307</sup> Florence BEAUGÉ, Torturée par l'armée française en Algérie, »Lila« recherche l'homme qui l'a sauvée, in: *Le Monde*, 20.6.2000.

<sup>308</sup> Vgl. zur Reaktion der Offiziere auf die Aussagen Ighilahriz' RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 444–446.

<sup>309</sup> Paul AUSSARESSES, *Services spéciaux. Algérie 1955–1957*, Paris 2001.

<sup>310</sup> Condamnation du général Aussaresses pour »apologie de crimes de guerre«, communiqué de la LDH, 25.12.2002, <http://www.histoirecoloniale.net/condamnation-du-general.html> (26.2.2020).

<sup>311</sup> Raphaëlle BRANCHE, *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2001.

<sup>312</sup> Florence BEAUGÉ, L'intervention du président de la République, in: *Le Monde*, 16.12.2000.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Akteure der *Algérie française* verwiesen in der Folterdebatte auf die Massaker an den »harkis«, um die Brutalität des FLN zu unterstreichen und somit die Anwendung der Folter zu entschuldigen<sup>313</sup>. Gleichzeitig erinnerten Kolonialkritiker, die bereits während des Krieges auf Folterungen hingewiesen hatten, an die Aktivitäten der »harkis de Paris«. Das Verlagshaus La Découverte legte das bereits 1961 erschienene Werk Paulette Péjus »Les harkis à Paris« gemeinsam mit dem ebenfalls von ihr verfassten Werk »Ratonnades à Paris« wieder auf, das die Ereignisse des 17. Oktobers 1961 behandelte<sup>314</sup>. Neben dem Ehemann der zu diesem Zeitpunkt bereits verstorbenen Paulette Péju, Marcel Péju, verfasste Vidal-Naquet ein Vorwort zu dieser Sammelausgabe. Gemäß seinem eigenen Anspruch, die Geschichte von beiden Seiten zu beleuchten, kontextualisierte Vidal-Naquet das Engagement der Hilfssoldaten und Hilfspolizisten, indem er ihre Rekrutierung in Zusammenhang mit der sowohl von der französischen Armee als auch vom FLN ausgehenden Gewalt sowie der Not der Bevölkerung setzte. Er stellte auch die Massaker an den »harkis« nicht in Frage<sup>315</sup>. Gleichzeitig verurteilte er klar deren Taten sowie die der in Algerien agierenden Hilfssoldaten. Dass die »harkis de Paris« gemeinsam mit Papon für Folter und Mord verantwortlich gewesen seien, bezeichnete er als Tatsache<sup>316</sup>. Er zeigte Verständnis dafür, dass damalige Mitglieder und Unterstützer des FLN das Wort »harki« voller Hass aussprachen. Viele hätten im Verhalten der »harkis de Paris« den Grund für die Zuspitzung der Gewaltspirale gesehen, die im 17. Oktober gipfelte<sup>317</sup>. Auch während der »Schlacht von Algier« hätten die Hilfssoldaten in Algerien »un rôle proprement terroriste« gespielt, weshalb es nicht »injuste« sei, sie mit den »miliciens de 1942–1944« zu vergleichen<sup>318</sup>.

Insbesondere der Vergleich mit den französischen Milizen verwundert, hatte Vidal-Naquet doch ansonsten sehr versöhnliche Töne gegenüber den »harkis« angeschlagen und sich sehr differenziert geäußert. Vidal-Naquet plädierte als Wissenschaftler dafür, die Rolle der »harkis« im Algerienkrieg zu kontextualisieren, gab jedoch auch gleichzeitig als Zeitzeuge die von einigen damaligen Mitstreitern vertretene Vergangenheitsdeutung wieder, die sich dieser Kontextualisierung verweigerten. Marcel Péju hatte gemeinsam mit seiner Frau den FLN in seinem Kampf unterstützt. Damit begründete er in dem Vorwort seine fehlende Distanz zu den »harkis de Paris«. Sie seien für sie beide

313 Vgl. Kap. 4.3.

314 Paulette PÉJU, *Ratonnades à Paris, précédé de Les harkis à Paris*, Paris 2000.

315 VIDAL-NAQUET, *Préface*, S. 13.

316 *Ibid.*, S. 6.

317 *Ibid.*, S. 8.

318 *Ibid.*, S. 10.

nicht nur »d'abstraits mercenaires d'un pouvoir colonial« gewesen. Da sie in einem hauptsächlich von Nordafrikanern bewohnten Viertel gelebt hätten, hätten sie vom Fenster aus gesehen, wie die »harkis« mit ihren Maschinengewehren patrouillierten. Die »irruption barbare des harkis«, die von dem »triste Maurice Papon – déjà coupable, contre les juifs, de crime contre l'humanité« organisiert worden seien, hätten das Klima in dem Viertel grundsätzlich verändert<sup>319</sup>. Vidal-Naquets klare Verurteilung der Hilfssoldaten und Hilfspolizisten, die in einem Vergleich der »harkis« mit den Milizen des Vichy-Regimes gipfelte, folgt der Sichtweise Péjus. Dabei ließ Vidal-Naquet sich in seiner Deutung wohl auch von der Bewunderung für Péjus Vater beeinflussen, auf den er in dem Vorwort verwies. Élie Péju war einer der Hauptverantwortlichen der südlichen Zone der Résistance gewesen<sup>320</sup>. Dies erklärt, dass auch Vidal-Naquet sich in seinem Vorwort bemühte, Parallelen zwischen dem Handeln des Sicherheitsapparats des Vichy-Regimes und des während des Algerienkriegs agierenden Sicherheitsapparats zu ziehen, indem er die »harkis« mit Mitgliedern der französischen Miliz verglich.

Vidal-Naquet sollte nicht der letzte an der Debatte um den Algerienkrieg beteiligte Historiker bleiben, der zugleich auch Zeitzeuge war. Mehrere Historiker trugen die Verantwortung für die Debatten, die sich um das Gesetz vom 23. Februar 2005 entfalteten. Das Gesetz schrieb eine Geschichtserzählung fest, die Parlamentarier unter Mitwirkung von Interessensgruppen ohne Konsultierung von Wissenschaftlern und weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschrieben hatten. Erst nach seiner Veröffentlichung wurde das Gesetz zum Gegenstand kontroverser Debatten, ausgelöst von dem auf Kolonialgeschichte spezialisierten Geschichtsprofessor Claude Liauzu. Er wurde erst nach der Verabschiedung des Gesetzes von einem Studenten auf den genauen Gesetzestext insbesondere im Artikel 4 aufmerksam gemacht. Gemeinsam mit Kollegen lancierte er einen Appell, um die Abschaffung des Artikels zu fordern<sup>321</sup>. Liauzu war einer von mehreren Initiatoren des Appells aus der Generation von Historikern, für die, wie Sirinelli es ausdrückte, der Algerienkrieg ein »événement fondateur« darstellte<sup>322</sup>. Er selbst erklärte, die von der französischen Armee in den nordafrikanischen Kolonien begangenen Verbrechen hätten ihn sowohl persönlich als auch in seiner Arbeit als Wissenschaftler geprägt. Während des Algerienkriegs kämpfte er in den Reihen der kommunistischen Partei für die Unabhängigkeit Algeriens, weshalb er sich als Historiker Zeit seines Lebens auf

319 Marcel PÉJU, Introduction, in: PÉJU, Ratonnades à Paris, S. 21.

320 VIDAL-NAQUET, Préface, S. 7.

321 RENKEN, Frankreich im Schatten des Algerienkriegs, S. 453.

322 ORY, SIRINELLI, Les intellectuels, S. 195.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

die französische Kolonialgeschichte und auf den französischen Rassismus konzentrieren sollte<sup>323</sup>. Auch Gilbert Meynier, einer der Mitinitiatoren des Appells, war während des Krieges für die Unabhängigkeit Algeriens eingetreten. Nach der Unabhängigkeit ging er nach Algerien, um dort im Schuldienst zu arbeiten und so am Aufbau des Landes mitzuarbeiten, bevor er sich wissenschaftlich mit der Geschichte des FLN befasste<sup>324</sup>. Diese Verflechtung von Wissenschaft und politischem Engagement nutzten die Aktivisten der *Algérie française*, um historische Arbeiten zum Algerienkrieg als eine von »Kofferträgern« verbreitete »contre-verité« zu diskreditieren und ihnen jegliche Objektivität abzusprechen<sup>325</sup>.

In ihrem Appell sprachen sich die besagten Historiker jedoch für eine objektive Geschichtsschreibung aus. Der Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Februar 2005 installiere eine offizielle Geschichtsschreibung, was dem Prinzip der Neutralität in der Bildung sowie dem Prinzip der Meinungsfreiheit widerspreche, lautete ihr erster Kritikpunkt. Erst in einem zweiten Schritt legten sie ihre eigene Interpretation der Geschichte dar. Mit dem »rôle positif de la colonisation« werde von offizieller Seite eine Lüge über die Verbrechen und die von französischer Seite verübten teils genozidartigen Massaker, über Sklaverei und über einen im Kolonialismus wurzelnden Rassismus verbreitet<sup>326</sup>. Auf einer Pressekonferenz erläuterten Liauzu und Meynier gemeinsam mit dem auf Migrationsgeschichte spezialisierten Historiker Gérard Noiriel, sie wollten sich mit ihrer Kampagne gemeinsam dafür einsetzen, dass es den »entrepreneurs de mémoire«, wie Noiriel sie nannte, nicht mehr gelänge, sich der Vergangenheit zu bemächtigen, um gegenwärtige Interessen durchzusetzen<sup>327</sup>. Sie warfen den Aktivisten der *Algérie française* vor, mit dem Gesetz ihre Interpretation des Algerienkriegs als allgemeingültig zu erklären, um offene Debatten über Kolonialverbrechen und Rassismus zu unterbinden. Dem Gesetz haften ein »parfum d'OAS« an, erklärte Liauzu<sup>328</sup>.

Obwohl der Gesetzestext ursprünglich in erster Linie eine Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten darstellen sollte, war weder in dem in »Le Monde« veröffentlichten Aufruf noch auf der Pressekonferenz von ihnen die Rede. Liauzu schrieb ausdrücklich den »activistes de la »nostalgérie« die Ver-

323 BRANCHE, *La guerre d'Algérie*, S. 310f.

324 *Ibid.*, S. 309.

325 Vgl. hierzu [Kap. 4.3](#).

326 Colonisation: non à l'enseignement d'une histoire officielle, in: *Le Monde*, 24.3.2005.

327 Laetitia VAN ECKHOUT, Des historiens fustigent une loi prônant un enseignement positif de la colonisation, in: *Le Monde*, 15.4.2005.

328 *Ibid.*

antwortung für dieses Gesetz zu, wobei er auch Mitglieder der muslimischen Elite zu dieser Gruppe zählte. Er lieferte sich in »Le Monde« einen verbalen Schlagabtausch mit Mekachera, der sich bemühte, als einer der Initiatoren des Gesetzes den Gesetzestext zu verteidigen<sup>329</sup>. Allerdings ordnete Liauzu die ehemaligen Hilfssoldaten ausdrücklich nicht dieser Gruppe zu, wie er in einem gemeinsam mit der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten, Fatima Besnaci-Lancou, verfassten und im August in der Tageszeitung »Libération« veröffentlichten Artikel deutlich machte. Sie wiederholten die Forderung nach der Abschaffung des besagten Gesetzesartikels und reflektierten die Rolle der ehemaligen Hilfssoldaten in dieser Auseinandersetzung. Sie sahen nicht allein die französische, sondern auch die algerische Regierung in der Verantwortung, »la boîte à chagrin algérienne« zu schließen. Am Beispiel der ehemaligen Hilfssoldaten warfen sie sowohl der französischen als auch der algerischen Regierung Fehler in der Vergangenheitsbewältigung vor. Die alten Eliten in Algier instrumentalisierten bis heute eine offizielle Geschichtsschreibung zur Legitimation ihrer Herrschaft und schlossen aus diesem Grund die »harkis« kategorisch aus der algerischen Nation aus. Im Gegensatz dazu habe man in Frankreich von staatlicher Seite ein Schweigen zum Algerienkrieg verordnet und dementsprechend die Existenz der »harkis« verschwiegen. Durch dieses Schweigen habe der französische Staat die Eskalation der *guerre des mémoires* zugelassen. Es sei wichtig, auch die Erinnerungen der ehemaligen Hilfssoldaten zu hören und in die französische Geschichtsschreibung zu integrieren, um die Auseinandersetzungen um den Algerienkrieg zu beenden<sup>330</sup>.

Gemeinsam stellten Liauzu und Besnaci-Lancou klar, dass das Gesetz vom 23. Februar nicht die Erinnerungen der ehemaligen Hilfssoldaten wiedergebe. Man werde deren Erinnerungen nicht gerecht, wenn man sie in einen Kontext setze, der zugleich dazu diene, den Kolonialismus zu rehabilitieren. Vielmehr plädierten sie für eine Auflösung der Dichotomie zwischen Hilfssoldaten und algerischen Migranten, nicht nur auf der sozialen, sondern auch auf der Erinnerungsebene. Sie bezeichneten die Hilfssoldaten als »paysans souvent pauvres, non scolarisés«, deren Engagement entgegen der Propaganda der Akteure der *Algérie française* nur selten ideologisch motiviert gewesen sei, sondern im Kontext der sich während des Krieges zuspitzenden Gewaltspirale zu erklären sei.

<sup>329</sup> Mekachera verteidigte das Gesetz inklusive des entsprechenden Artikels in »Le Monde«. Er reagierte dabei besonders empört auf die Äußerungen Liauzus, das Gesetz sei auf Aktivisten der OAS zurückzuführen. Vgl. Hamlaoui MEKACHERA, Colonisation: réconcilier les mémoires, in: Le Monde, 9.5.2005. Liauzu reagierte wiederum gemeinsam mit Thierry Le Bars auf die Ausführungen Mekacheras. Vgl. Thierry LE BARS, Claude LIAUZU, Les insultes d'un ministre de la République, in: Le Monde, 12.5.2005.

<sup>330</sup> Fatima BESNACI-LANCOU, Claude LIAUZU, Les harkis, prisonniers de mémoire, in: Libération, 2.8.2005.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Die Hilfssoldaten seien ebenso wie die Gesamtheit der muslimischen Bevölkerung Algeriens als Opfer insbesondere des französischen, aber auch des algerischen Nationalismus einzuordnen<sup>331</sup>.

Der Artikel endete mit einem Plädoyer für eine gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit der »harkis« und der aus Algerien stammenden Migranten. Bereits zur Zeit des Algerienkriegs hätten sie das gleiche Schicksal geteilt und umso mehr nach dem Ende des Krieges, als die Hilfssoldaten in Frankreich mit der gleichen Segregation und den gleichen Identitätsproblemen konfrontiert gewesen seien wie die Gesamtheit der migrantischen Bevölkerung. Liauzu und Besnaci-Lancou äußerten die Hoffnung, dass es der in der zweiten Generation der »harkis« herausgebildeten Elite gelingen werde, die Mauern innerhalb der nordafrikanischen Gemeinde in Frankreich zu überwinden. Sie alle seien zugleich »du fellaga et du harki, de l'immigré ou de l'émigré«. Demzufolge müssten sie eine gemeinsame Forderung formulieren, nämlich als »des fruits de cette histoire« anerkannt zu werden<sup>332</sup>. Die Hilfssoldaten sollten auf die gleiche Art und Weise wie die restliche algerische Gemeinschaft als Opfer der französischen Kolonisation, als Opfer der Verbrechen der französischen Armee und Polizei und als Opfer des in der Kolonialzeit wurzelnden Rassismus anerkannt werden, unter dem sie noch immer in Frankreich zu leiden hätten. Mit diesem Plädoyer machte Liauzu an der Seite einer Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten deutlich, dass sich der Appell gegen das Gesetz vom 23. Februar 2005 nicht gegen die »harkis« richtete, sondern dass er diese in die Gemeinschaft der nordafrikanischen Migranten einschloss und somit ebenfalls als Opfer des Kolonialismus und postkolonialen rassistischen Strukturen ansah.

Die Debatte um die während des Algerienkriegs durch den französischen Sicherheitsapparat begangenen Verbrechen kann in verschiedener Hinsicht als Wiederholung der bereits zu Beginn der Fünften Republik geführten Debatte um die Anwendung der Folter verstanden werden. Es waren großteils die Akteure, die damals die Folter angeprangert hatten, die nun erneut der französischen Armee und Polizei Verbrechen vorwarfen. Diese Akteure bedienten sich teils der gleichen Argumentationsmuster wie während des Krieges. Eines dieser Argumentationsmuster war das Aufzeigen der Parallelen zwischen den Verbrechen des Vichy-Regimes und den während des Algerienkriegs begangenen Verbrechen. Dieses Argumentationsmuster trat auf der Erinnerungsebene noch stärker in den Vordergrund, was mit dem Prozess gegen Papon zu begründen ist. Eine Analyse der Darstellung der »harkis« in den Debatten zeigt, dass in der Gruppe der Kolonialkritiker zwei verschiedene Argumentationsstränge dominierten. Einigen Akteuren fiel es nach all den Jahren noch immer schwer,

<sup>331</sup> Ibid.

<sup>332</sup> Ibid.

mit Distanz auf die Geschehnisse zu blicken. Sie charakterisierten die »harkis« ausschließlich als Täter und verglichen sie mit den Kollaborateuren des Naziregimes. Ihre Kritik der ehemaligen Hilfssoldaten und Hilfspolizisten beruhte darüber hinaus auf der Idee Fanons, die Hilfssoldaten hätten sich nicht mental dekolonialisiert und würden sich daher nie aus der Abhängigkeit ihrer »maîtres« befreien. Die Rhetorik Sinés steht sinnbildlich für diese Argumentation. Der sozialistische Abgeordnete Frêche, der sich ansonsten von seiner einstigen antikolonialistischen Linie weit entfernt hatte, griff noch im Jahr 2007 auf eine solche Rhetorik zurück<sup>333</sup>. Auf einer offiziellen Gedenkveranstaltung für den 1993 von Aktivisten der *Algérie française* ermordeten ehemaligen Vorsitzenden des Repatriiertenverbandes Recours, Jacques Rousseau, bezeichnete er anwesende ehemalige Hilfssoldaten, die die Veranstaltung nutzten, um Frêche an soziale Versprechen zu erinnern, als »sous-hommes« und warf ihnen vor, keine Würde zu haben<sup>334</sup>.

Andere Akteure deuteten jedoch die Vergangenheit mit Distanz, auch wenn sie selbst in die Geschehnisse involviert gewesen waren. Branche, die gemeinsam mit Sylvie Thénault als Begründerin einer neuen Generation von über den Algerienkrieg arbeitenden Historikern gilt, verteidigte ihre Kollegen gegen den Vorwurf, sie seien in ihrer Geschichtsschreibung ideologisch geprägt. Wie alle Historiker ergriffen sie durch die Auswahl ihrer Themen Partei, sie beachteten jedoch in ihrer wissenschaftlichen Arbeit die gleichen Regeln und griffen auf die gleichen Methoden zurück wie alle anderen Historiker<sup>335</sup>. Liauzu sowie seine Kollegen, die mit ihm gemeinsam den Appell gegen das Gesetz vom 23. Februar initiiert hatten, zielten darauf ab, die *guerre des mémoires* zu überwinden, und plädierten für eine über die nationalen Grenzen hinausgehende Geschichtsschreibung. Sie bemühten sich um Objektivität, wie sich in ihrer differenzierten Betrachtung der Hilfssoldaten zeigt. Die »harkis« verstanden sie nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer. Ein universalistisches Gedenken musste für sie so beschaffen sein, dass sich auch die aus Algerien stammende Gemeinschaft darin wiederfinden konnte. Aus diesem Grund sahen sie es als notwendigen Schritt an, die während des Algerienkriegs vom französischen Sicherheitsapparat begangenen Verbrechen anzuerkennen und dadurch die nordafrikanischen Migranten an der Seite der ehemaligen Hilfssoldaten als Opfer des Kolonialismus in das nationale Gedenken zu integrieren. Diese Forderungen halfen jedoch nur bedingt, die *guerre des mémoires* zu beenden, da damit die Aktivisten der *Algérie française* zu Tätern erklärt wurden und sich

333 Vgl. zur Person Frêches Kap. 3.5.

334 Face au tollé, Georges Frêche dit »pardon« aux harkis, in: Le Monde, 15.2.2006.

335 BRANCHE, La guerre d'Algérie, S. 288f.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

somit nicht mit ihrer eigenen Geschichtserzählung in dieser Vergangenheitsdeutung wiederfinden konnten.

### 4.7 Die muslimische Elite zwischen Universalismus und Gegenerinnerungen

Die muslimische Elite stieg erst recht spät in die erinnerungspolitischen Debatten ein. Die Präsidenten der Verbände, die sich während der 1970er Jahre zu Fürsprechern der ehemaligen Hilfssoldaten entwickelt hatten, konzentrierten sich in ihren Forderungen lange auf die materielle und soziale Integration der ehemaligen Hilfssoldaten. Als der Repatriiertenverband JPN Mitte der 1980er Jahre die Kampagne »Hommage aux harkis« startete und dadurch die ehemaligen Hilfssoldaten auf dem Feld der Erinnerungspolitik relevant wurden, fand diese Kampagne unter den wichtigen Akteuren der muslimischen Elite nur wenige Unterstützer. Weder Khelifi und Bounini noch Kaberseli, die zu dieser Zeit bedeutenden Ansprechpartner der muslimischen Elite, maßen offenbar der Kampagne so viel Bedeutung zu, dass sie es als sinnvoll erachteten, sich daran zu beteiligen.

Dennoch fanden die ersten erinnerungspolitischen Aktivitäten dieser Verbandspräsidenten zeitgleich mit dieser Kampagne statt. Sowohl Khelifi als auch Kaberseli reagierten auf den Vorstoß der Fnaca, den 19. März zum nationalen Gedenktag zu machen und Straßen und Plätze nach diesem Datum zu benennen<sup>336</sup>. Kaberseli zeigte zwar Verständnis für die Forderung des Verbandes nach einem Gedenktag für die im Algerienkrieg gefallenen Soldaten, kritisierte jedoch die Wahl des Datums. Diese zeige, dass »les Français originaires d'Afrique du Nord«, worunter er sowohl die muslimischen als auch die europäischen Repatriierten fasste, in Frankreich nicht als gleichberechtigte Bürger wahrgenommen würden. Mit der Wahl des Datums, das für diese Gruppe nicht das Ende des Leidensweges bedeute, habe man sie aus dem Gedenken ausgeschlossen. Er schlug den 16. Oktober als Alternative vor, forderte jedoch zugleich, dass der »Français originaires d'Afrique du Nord« an diesem Tag als gesonderter Gruppe gedacht werde und deren spezielles Leiden hervorgehoben werden solle<sup>337</sup>. Mit diesem Vorschlag machte Kaberseli deutlich, dass er ebenso wie die Repatriiertenverbände ehemaliger Siedler von einer Schicksalsgemeinschaft muslimischer und europäischer Repatriierter ausging und wie sie die Ansicht vertrat, die Nation schulde dieser Gemeinschaft eine besondere Geste.

<sup>336</sup> Vgl. zur Forderung der Fnaca [Kap. 4.5](#).

<sup>337</sup> Ahmed KABERSELI, Lettre parue dans le n° 4 de »Clin d'œil«, in: Français musulmans 24 (1982).

Khelifi meldete sich zu diesem Thema ebenfalls zu Wort, verfolgte jedoch grundsätzlich in der Erinnerungspolitik einen anderen Ansatz als Kaberseli. Als 1986 der Gemeinderat von Villefranche den Beschluss verabschiedete, eine Rue du 19-Mars-1962 einzuweihen, wandte sich Khelifi schriftlich mit einem Brief an den Bürgermeister der Kommune und erklärte diesem, der 19. März werde fälschlicherweise als Ende des Algerienkriegs angesehen. Nach diesem angeblichen Waffenstillstand hätten jedoch mehr als 100 000 Hilfssoldaten »incriminés d'avoir été fidèles à la France« ihr Leben lassen müssen, teils auch deren Frauen und Kinder<sup>338</sup>. Als Alternativvorschlag brachte er die Einrichtung einer »Rue des Combattants-en-Afrique-du-Nord-1952–1962« vor. Eine solche Straße würde allen im Algerienkrieg Gefallenen gerecht<sup>339</sup>. Mit diesem Vorschlag zeigte Khelifi, dass er sich in seinen Forderungen am Ideal des Universalismus orientierte.

Nachdem der Bürgermeister von Longjumeau 1989 angekündigt hatte, die Voie Bachaga-Boualam umzubenennen, wertete Khelifi dies als Angriff auf alle muslimischen Repatriierten. Er teilte in dieser Angelegenheit die Position der Aktivisten der *Algérie française*, die eine Kampagne gegen das Vorhaben des Bürgermeisters starteten<sup>340</sup>. Khelifi suchte jedoch zunächst einen anderen Weg, die Realisierung dieses Vorhabens zu verhindern. Nachdem er von der geplanten Umbenennung erfahren hatte, wandte er sich direkt im Juni schriftlich an den Bürgermeister. Höflich wies Khelifi ihn auf die Signalwirkung hin, die von einer solchen Umbenennung auf die gesamte Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten ausgehe. Der *bachaga* Boualam sei für diese Gemeinschaft eine »figure légendaire«, die durch »le sacrifice des Français musulmans pour l'honneur et la gloire du drapeau français« in die Geschichte eingegangen sei. Aus diesem Grund habe er diese Geste vonseiten der Nation verdient. Er bat den Bürgermeister, die Entscheidung rückgängig zu machen, wodurch er sich des Respekts nicht nur der muslimischen Repatriierten, sondern aller Veteranen sicher sein könne<sup>341</sup>.

Als der Bürgermeister jedoch nicht auf diese höfliche Bitte reagierte und die Kommune Ende des Jahres die Umbenennung durchsetzte, verschärfte Khelifi seine Rhetorik. Er deutete die Umbenennung als Angriff nicht nur auf den *bachaga*, sondern auf alle Algerienkriegsveteranen. Seine Kritik bezog sich vor allem darauf, dass der Stellvertreter des Bürgermeisters die Umbenennung damit begründet hatte, Boualam sei ein Soldat gewesen, dessen Männer wäh-

338 Brief Khelifi an Bürgermeister von Villefranche, in: Français musulmans 42 (1986).

339 Ibid.

340 Vgl. hierzu Kap. 4.3.

341 Brief Khelifi an den Bürgermeister von Longjumeau, in: Français musulmans 54 (1989).

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

rend des Algerienkriegs Verbrechen begangen hätten. Diese Aussage wertete Kheliff als Verleumdung. Er warf dem Bürgermeister mangelnde Geschichtskennntnisse vor. Hatte er zuvor auf Kooperation gesetzt und gehofft, den Bürgermeister durch sein Schreiben zum Einlenken bewegen zu können, rief er nun die Mitglieder seines Verbandes dazu auf, sich an der von Repatriiertenverbänden und FN organisierten Kampagne gegen die Umbenennung zu beteiligen<sup>342</sup>. Er wertete sie als Angriff auf seine Ehre als Veteran der französischen Armee. Insbesondere die Worte des stellvertretenden Bürgermeisters verstand er nicht nur als Angriff auf Boualam und die Soldaten und Hilfssoldaten, die unter seinem Kommando gekämpft hatten, sondern auf all jene, die im Algerienkrieg unter französischer Flagge gedient hatten, also auch auf sich selbst. Aus diesem Grund traten nun solch große Schnittmengen zwischen seinen erinnerungspolitischen Interessen und jenen der Aktivisten der *Algérie française* auf, dass er trotz seines Bemühens, auf Distanz zu diesen Akteuren zu bleiben, die vom JPN und dem FN initiierte Aktion unterstützte.

Für Kheliff war es von großer Bedeutung, alle muslimische Soldaten, auch die ehemaligen Hilfssoldaten, als Soldaten Frankreichs zu präsentieren, die sich bewusst für die französische Seite entschieden hätten. Er zeichnete ein Bild von loyalen Patrioten. Die Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten setze sich aus »personnes de souche arabe ou berbère« zusammen, die während des Algerienkriegs durch ein »comportement pro-français« aufgefallen seien und nach der Unabhängigkeit Algeriens zu einer Ausreise nach Frankreich gezwungen gewesen seien, wo sie sich für die französische Staatsbürgerschaft entschieden hätten, schrieb er im Organ seines Verbandes. Sie hätten Schmerzen und Schwierigkeiten aller Art auf sich genommen, um dem Vaterland Frankreich treu zu bleiben<sup>343</sup>. Um diese Deutung der Vergangenheit festzuschreiben und widerstreitenden Geschichtserzählungen entgegenzuhalten, veröffentlichte Kheliff in seinem Verbandsorgan verschiedene Artikel, in denen er zunächst auf die Loyalität der Hilfssoldaten zu Frankreich hinwies, um anschließend die Massaker und die schwierige Ankunft der Hilfssoldaten und ihrer Familien in Frankreich zu beschreiben<sup>344</sup>. Kheliff vertrat die Ansicht, eine dahingehende Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten könne deren Integration in die französische Nation erleichtern. So beendete er einen dieser Artikel mit folgenden Worten: »Les armes se sont tues, mais nos frères d'armes se

<sup>342</sup> De la tolérance, in: Français musulmans 55 (1989).

<sup>343</sup> Le mot du président. Qui sont les Français musulmans?, in: Français musulmans 69 (1993).

<sup>344</sup> Vgl. u. a. Le mot du président. Harkis d'hier et d'aujourd'hui, in: Français musulmans 71 (1993); Le mot du président. France, paie tes dettes!, in: Français musulmans 72 (1994).

sont enlisés dans la solitude, dans la misère et la pauvreté. [...] Et le problème des *harkis* demeure comme une flétrissure sur l'honneur du pays«<sup>345</sup>. Kheliff forderte von der französischen Regierung eine breit angelegte Kampagne, die die französische Gesellschaft über die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten, über »cette réalité qui fait partie des conséquences des abandons et manquements à la parole donnée dont, hélas, notre pays n'a pas été avare au cours des années écoulées depuis la fin de la guerre d'Algérie« aufklären sollte<sup>346</sup>. Er forderte, dass die französische Gesellschaft über die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten informiert werden sollte, da dies zu einem besseren Verständnis deren aktuellen Situation und somit zu einer besseren Integration beitragen könne.

Als die mediale und wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der muslimischen Repatriierten, insbesondere der muslimischen Hilfssoldaten, begann, entstand jedoch nicht das von der muslimischen Elite gezeichnete Bild der treuen Patrioten, die die französische Regierung im Stich gelassen hatte. Dies führte dazu, dass Kheliff und andere Vertreter der muslimischen Elite Journalisten und Wissenschaftler heftig kritisierten. Insbesondere Kaberseli griff in dieser Kritik zu deutlichen Worten. Nachdem Mohand Hamoumou im Jahr 1993 seine Dissertation unter dem Titel »Et ils sont devenus harkis« veröffentlicht hatte, lobte Kaberseli zwar, dass man sich bei der Lektüre der Grausamkeit des FLN bewusst werde. Allerdings stelle Hamoumou das Engagement der muslimischen Hilfssoldaten auf französischer Seite als Engagement gegen den FLN, aber nicht für Frankreich und für ein französisches Algerien dar. Zudem verurteile Hamoumou nicht deutlich genug die damalige französische Regierung und schreibe ihr nicht explizit eine Mitverantwortung an den Massakern zu. Er habe sich von Hamoumou, dessen Vater selbst den Massakern 1962 zum Opfer gefallen war, eine klare Positionierung gewünscht, schrieb Kaberseli in dem Organ seines Verbandes. Hamoumou versuche zu sehr, Neutralität zu wahren. Er hätte deutlich machen müssen, dass auch die Hilfssoldaten aus ideologischen Gründen, um die *Algérie française* zu verteidigen, zu den Waffen gegriffen hätten, und er hätte zudem diejenigen, die Schuld am Schicksal der Hilfssoldaten trügen, klar benennen müssen<sup>347</sup>.

Die ersten Fernsehdokumentationen über den Algerienkrieg entsprachen ebenfalls nicht der Darstellung der Geschichte, die die muslimische Elite sehen

<sup>345</sup> Le mot du président. Harkis d'hier et d'aujourd'hui, in: Français musulmans 71 (1993) (Hervorh. i. Orig.).

<sup>346</sup> Le mot du président. Faire la connaissance des harkis, in: Français musulmans 61 (1991).

<sup>347</sup> Critique du livre de Mohand Hamoumou »Et ils sont devenus harkis«, in: Le Clin d'œil 79 (1993).

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

wollte. Kaberseli kritisierte entweder, dass die Massaker an den Hilfssoldaten verschwiegen, oder dass sie falsch dargestellt würden. Als France 3 die Reportage »17 octobre 1961, une journée portée disparue« ausstrahlte, warf er dem Sender eine einseitige Geschichtsdeutung vor. Während die Massaker an den Hilfssoldaten verschwiegen würden, werde dem 17. Oktober viel Platz eingeräumt. Zudem kritisierte er, dass alle am Algerienkrieg beteiligten Akteure zu Wort kämen. Nur der Stimme der muslimischen Repatriierten werde kein Platz eingeräumt<sup>348</sup>. Die von Gilles Manceron und Hassan Remaoun realisierte Dokumentation »D'une rive à l'autre« verschwieg die Massaker an den Hilfssoldaten nicht. Dennoch übte Kaberseli auch an dieser Dokumentation scharfe Kritik. Auf der Grundlage von Quellen aus der algerischen und der französischen Botschaft waren die Macher der Dokumentation zu dem Schluss gekommen, dass die Zahl von 150 000 während der Massaker ermordeten Hilfssoldaten zu hoch angesetzt sei. Kaberseli wies dies zurück und unterstellte Manceron und Remaoun, den Schwerpunkt auf das zu legen, was sie als »les tortures et les exactions françaises« ansähen, um auf dieser Grundlage die französische Seite anzuklagen und den FLN von jeglicher Verantwortung freizusprechen<sup>349</sup>.

Auch als namhafte Kolonialhistoriker begannen, die Opferzahlen anzuzweifeln, verwahrte sich Kaberseli gegen derartige Zweifel. Der Historiker Charles-Robert Ageron veröffentlichte 1994 in der Fachzeitschrift »Vingtième siècle« einen Artikel mit dem Titel »Le drame des harkis en 1962«. Er bezog sich darin auf die Dissertation Hamoumou und warf diesem vor, nicht wissenschaftlich vorzugehen. Das Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten sei nicht, wie Hamoumou behauptete, »le tabou de la guerre d'Algérie«. Es sei lediglich ein Drama, über das viele zu wenig wüssten und das seit über dreißig Jahren für politische Zwecke instrumentalisiert werde. Anhand von neu zugänglichen Quellen relativierte er die These, Frankreich habe die Hilfssoldaten in Algerien im Stich gelassen, und wies vehement die Behauptung zurück, es handle sich bei den Massakern um einen Völkermord vergleichbar mit dem Genozid an den europäischen Juden, wie Dominique Schnapper im Vorwort zur Veröffentlichung von Hamoumou Dissertation behauptet hatte<sup>350</sup>. Ebenso kritisierte er die von Hamoumou und Schnapper genannte Zahl von 100 000 bis 150 000 Toten und erklärte, dass dieser Zahl jegliche wissenschaftliche Grundlage fehle<sup>351</sup>. Kaberseli bezeichnete daraufhin Ageron als »révisionniste et négationniste«. Er warf ihm vor, die Tatsachen zu verdrehen und die Zahlen zu

348 17 octobre 1961, *ibid.*

349 Halte à la peste tiers-mondaine, *ibid.*

350 HAMOUMOU, Et ils sont devenus harkis, S. 7.

351 AGERON, Le drame des harkis en 1962, S. 3–6.

manipulieren. Er verneine, was alle »historiens et observateurs dignes de ce nom« anerkannten, nämlich dass die französische Regierung die Hilfssoldaten in Algerien zurückgelassen und damit die Massaker mitzuverantworten habe. Ageron leugne ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, weshalb er eigentlich nach der *loi Gayssot* verurteilt werden müsse<sup>352</sup>.

Ein weiterer namhafter Kolonialhistoriker, Guy Pervillé, trat zur Verteidigung seines Kollegen an und stellte Kaberseli gegenüber klar, dass dessen Angriff auf die wissenschaftlichen Fähigkeiten Agerons jeglicher Grundlage entbehrten. Der von Ageron verfasste Artikel beruhe auf Quellen, die Kaberseli nicht gesichtet habe. Somit habe er keinerlei Belege für seine Vorwürfe gegen Ageron. Zudem könne Ageron nicht als Revisionist bezeichnet werden, da er die Massaker nicht leugne, sondern lediglich kontextualisiere. Zu Recht weise er das Wort Genozid zurück und stelle die Opferzahlen in Frage, die einer wissenschaftlichen Untersuchung nicht standhielten<sup>353</sup>. Kaberseli reagierte auf die Argumentation Pervillés, indem er den französischen Kolonialhistorikern vorwarf, sie seien allesamt in ihrer Jugend als »Kofferträger« tätig gewesen und schützten nun ihre Idole von damals. Sie seien für eine einheitliche Geschichtsschreibung zum Algerienkrieg verantwortlich, der zufolge der FLN die algerische Nation repräsentierte und die Verbrechen des FLN verschwiegen würden<sup>354</sup>.

Obleich sich die Kritik Kaberselis meist gegen die von ihm als Kofferträger bezeichneten Journalisten und Wissenschaftler richtete, griff er auch Akteure an, mit denen er ansonsten kooperierte, wenn diese seiner Deutung der Vergangenheit widersprachen. Auch Le Pen, den er für gewöhnlich als Fürsprecher der muslimischen Repatriierten akzeptierte, wurde zur Zielscheibe für Kaberselis Kritik<sup>355</sup>. Sowohl in den Medien als auch im politischen Sprachgebrauch hatte sich die Gewohnheit eingeschlichen, den Begriff »harki« als Synonym für »Handlanger« zu verwenden. Die Verwendung des Wortes mit dieser Denotation setzte in den 1980er Jahren ein und hielt über die Jahrtausendwende hinaus an. Der Begriff wurde weitgehend ohne ideologische, aber dennoch mit pejorativer Konnotation verwendet. Journalisten und Politiker verschiedener politischer Lager benutzten den Begriff entsprechend<sup>356</sup>. Kaberseli wies wiederholt auf solche Fälle hin. Er fasste einen solchen Gebrauch dieses

<sup>352</sup> Révisionniste et négationniste, in: *Le Clin d'œil* 88 (1994).

<sup>353</sup> Guy PERVILLÉ, Plaidoyer en faveur de Charles-Robert Ageron, in: *Le Clin d'œil* 89 (1994).

<sup>354</sup> Pour une déglaciation de l'Histoire, in: *Le Clin d'œil* 91 (1994).

<sup>355</sup> Vgl. Kap. 3.6 zur ideologischen Nähe Kaberselis zu Le Pen.

<sup>356</sup> Der ehemalige Staatssekretär für Repatriierte André Santini sprach sich als Abgeordneter der UDF im Vorfeld des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen 2002 mit den

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Wortes als Beleidigung nicht nur gegenüber der Gruppe der Hilfssoldaten, sondern gegenüber allen muslimischen Repatriierten auf. Das Wort »harki« sei zunehmend mit Schande und Verachtung konnotiert. Dies zeige, dass folgendes Bild in der Gesellschaft vorherrsche: »Le harki c'est devenu au fil des ans le moins que rien, le sous-homme par excellence, l'être sans racines et sans histoire, le condamné sans procès, celui qu'il convient d'accabler de sarcasmes«<sup>357</sup>. Obwohl keine klare ideologische Zielsetzung einer solchen Verwendung des Worts »harki« zu erkennen ist, impliziert die Bedeutungsverschiebung hin zur metaphorischen Bedeutung im Sinne von Handlanger und Diener einen negativen Blick auf die Hilfssoldaten. Vorausgesetzt, der Sprecher kennt die ursprüngliche Bedeutung des Wortes, hieße eine Verwendung im oben erläuterten Sinn, die Hilfssoldaten nicht als gleichberechtigte französische Soldaten anzuerkennen, sondern als Instrumente, derer sich die französische Armee bediente. Ihrem Engagement lag diesem Verständnis folgend keine bewusste Entscheidung für Frankreich zugrunde. Für die muslimische Elite stellte jedoch die Loyalität zu Frankreich ein konstituierendes Moment ihrer Identität dar, was Kaberselis verärgerte Reaktion auf diese Begriffsverwendung erklärt. Besonders verärgert reagierte Kaberseli, als Le Pen das Wort »harki« mit einer solchen Denotation verwendete. »Le Monde« zitierte einen Kommentar des FN-Vorsitzenden zu einer möglichen parlamentarischen Kooperation der Partei im Juni 1997 folgendermaßen: »[L]e Front national n'était pas du tout disposé à servir ni de harki, ni de béquille à une majorité défailante, désorganisée et démoralisée«<sup>358</sup>. Diese Worte nahm Kaberseli zum Anlass, das Bild des FN von den »harkis« zu hinterfragen. Er warf die Frage auf, ob die Vertreter des FN die muslimischen Repatriierten tatsächlich in einem solchen Maß achteten, wie sie vorgaben<sup>359</sup>. Es wog für Kaberseli schwer, dass mit dieser Aussage einer der Aktivisten der *Algérie française* die Loyalität der »harkis« zu Frankreich de facto in Frage gestellt hatte.

Noch in einem größeren Maße zeigte sich Kaberseli verärgert, nachdem der Zeichner Siné in der Satirezeitung »Charlie Hebdo« einen Hungerstreik von Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten kommentierte, in dem er die Hilfssoldaten als »loyaux serviteurs de la puissance coloniale« bezeichnete und schrieb, er würde den Hungerstreikenden gerne ins Gesicht spucken<sup>360</sup>. Kaberseli ver-

Worten »Pourquoi serions-nous les harkis de Jospin?« gegen Wahlabsprachen mit dem PS aus. Vgl. François Bayrou a du mal à convaincre les députés de l'UDF, in: *Le Monde*, 1.12.2000.

<sup>357</sup> La politique du bouc émissaire, in: *Le Clin d'œil* 98 (1996).

<sup>358</sup> Zitiert nach: Les jours qui se suivent, in: *Le Clin d'œil* 107 (1997).

<sup>359</sup> Ibid.

<sup>360</sup> Siné sème sa zone, in: *Charlie Hebdo*, 8.10.1997.

schärfte als Reaktion auf den Kommentar seine Rhetorik weiter. In seinem eigenen Verbandsorgan druckte er einen Leserbrief mit einer offenen Drohung gegen Siné ab: »Ciné Ma (Boule) tu as bien la chance, que nous sommes dans un État de droit sinon nous serions quelques-uns à te faire manger tes excréments avant de t'écraser comme tu le mérites dans une décharge publique«<sup>361</sup>. Als Reaktion darauf, dass Siné in seinem Kommentar die »harkis« mit Kollaborateuren des Naziregimes verglichen hatte, zog auch der Verfasser dieses Leserbriefs Parallelen zum Naziregime und warf die Frage auf, ob die »feuilles de choux nazies« in ihrem Antisemitismus ebenso weit gegangen seien wie Siné und die Redaktion von »Charlie Hebdo« in ihrer Verachtung der Hilfssoldaten. Der Verfasser des Kommentars forderte, gegen Siné sowie gegen die Redaktion gerichtlich vorzugehen<sup>362</sup>.

Kaberseli griff sowohl die Forderung des Lesers auf, gerichtlich gegen Siné vorzugehen, als auch dessen Rhetorik. Obwohl sie erinnerungspolitisch verschiedene Ansätze verfolgten, agierten Kaberseli und Khelif in diesem Fall gemeinsam. Sie reichten Klage gegen die Redaktion von »Charlie Hebdo« und gegen Siné wegen »injures et diffamation envers la communauté [des] harkis« ein. Der Chefredakteur und Siné sollten schließlich zu einer Geldstrafe verurteilt werden<sup>363</sup>. Gemeinsam mit Jacques Torrès, einem europäischen Repatriierten, der in enger Verbindung zu Kaberseli stand und wiederholt für dessen Verbandsorgan Texte verfasste, versuchte Kaberseli nach der Klage gegen Siné die Gerichte zur Festschreibung seiner Geschichtsdeutung zu nutzen. Es sei ungerecht, dass die muslimischen Hilfssoldaten, deren Opferzahlen die der während der Besatzung ermordeten französischen Juden übersteige, nicht einmal ein Anrecht auf eine symbolische Anerkennung hätten, schrieb Kaberseli in dem Organ seines Verbandes. Aus Gründen der Gleichberechtigung müssten diejenigen, die die Verantwortung für die Massaker an den Hilfssoldaten trügen, ebenfalls vor Gericht gestellt werden: ehemalige Minister sowie hohe Offiziere, die die Massaker ermöglicht hätten, indem sie den ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familie die Ausreise nach Frankreich untersagt hätten. Diese Personen hätten ebenfalls Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und seien vor Gericht zu stellen<sup>364</sup>. Kaberseli unterstützte die Forderung von Torrès, den damaligen Armeeminister Pierre Messmer wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuklagen, da er als Armeeminister zugelassen habe, dass die

<sup>361</sup> Lettre ouverte à un président d'association de Français musulmans, in: *Le Clin d'œil* 109 (1997).

<sup>362</sup> *Ibid.*

<sup>363</sup> Siné et Charlie Hebdo condamnés, in: *Le Clin d'œil* 121 (1999).

<sup>364</sup> Le massacre de plus de cent mille harkis ne doit pas rester impuni, in: *Le Clin d'œil* 111 (1998).

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Regierung die Hilfssoldaten in Algerien zurückgelassen habe. Torrès schlug ein gemeinsames Vorgehen von europäischen und muslimischen Repatriierten vor. Jeder Repatriiertenverband oder gar jeder einzelne Repatriierte müsse eine solche Klage einreichen, damit sie aufgenommen werde<sup>365</sup>. Dass Papon schließlich verurteilt wurde, während diejenigen, denen die Verantwortung für die Massaker an den ehemaligen Hilfssoldaten zugeschrieben wurde, nicht von der Justiz belangt wurden, ließ Kaberseli an der französischen Justiz zweifeln. Er machte jedoch dafür auch die Repatriierten verantwortlich, da weder die europäischen noch die muslimischen Repatriierten auf den Aufruf von Torrès geantwortet und eine Klage gegen diese Personen eingereicht hatten<sup>366</sup>.

Die Vertreter der muslimischen Elite sahen sich mit einem weiteren Affront gegen ihre Gemeinschaft konfrontiert, als der algerische Staatspräsident Bouteflika während seines Staatsbesuchs in Frankreich die »harkis« im französischen Fernsehen als »collabos« bezeichnete und deutlich machte, dass er an einer Versöhnung nicht interessiert sei. Diese Äußerungen wertete die muslimische Elite als erneuten Angriff auf ihr Selbstverständnis. Bouteflika hatte mit seinen Worten nicht nur den Vergleich mit dem Nationalsozialismus bemüht, sondern hatte zugleich den Hilfssoldaten abgesprochen, als französische Staatsbürger für das Vaterland gekämpft zu haben. Kaberseli zeigte sich erbost über die Worte Bouteflikas, aber auch über die französische Regierung, die ihn wie einen »chef d'État respectable« empfangen habe, obwohl er nichts weiter sei als ein »chef de bande«, an dessen Händen noch immer das Blut der »martyrs de l'Algérie française« klebe<sup>367</sup>. Dem Bild Bouteflikas von den Hilfssoldaten als »collabos« setzte er das Bild von Märtyrern der *Algérie française* entgegen und unterstellte den Hilfssoldaten, eine ideologische Entscheidung für die französische Seite getroffen zu haben.

Auch Khelifi zeigte sich schockiert über die Äußerungen Bouteflikas. Gemeinsam mit den Vertretern der regionalen Association départementale du Rhône d'enfants d'anciens combattants français musulmans verfasste er als Präsident seines inzwischen in Union nationale des anciens combattants français musulmans (UNACFM) umbenannten Verbandes ein Rundschreiben, das er an den französischen Staatspräsidenten, den Premierminister sowie an verschiedene Regierungsmitglieder und Abgeordnete versandte. Als Staatsgast in Frankreich habe Bouteflika nicht nur die »harkis, citoyens à part entière«, sondern auch Frankreich und seine Armee beleidigt. Dies sei besonders für die Kinder der ehemaligen Hilfssoldaten von Bedeutung, die die Erinnerungen und

<sup>365</sup> Jacques TORRÈS, Appel aux lecteurs pour une action contre les lâches qui nous ont abandonnés, *ibid.*

<sup>366</sup> Les pleureuses de la gauche, in: *Le Clin d'œil* 112 (1998).

<sup>367</sup> Ce bon monsieur Bouteflika, in: *Le Clin d'œil* 131 (2000).

die Geschichte ihrer Eltern tradierten. Bouteflika wurde in diesem Schreiben als Negationist und Revisionist bezeichnet, der die Geschichte der Hilfssoldaten aus politischem und wirtschaftlichem Kalkül und mit dem Ziel, das Bild seines eigenen Landes zu schönen, verfälsche. Die Hilfssoldaten und ihre Nachkommen seien geschockt von den Äußerungen Bouteflikas, aber auch gekränkt, da vonseiten des französischen Staatspräsidenten und des Premierministers keine Reaktion auf diese Äußerungen folgten. Dieses Schweigen könne als Rückendeckung für den algerischen Präsidenten gedeutet werden. Obwohl sie betonten, sich grundsätzlich für gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen und eine Aussöhnung zwischen beiden Ländern auszusprechen, forderten die Vertreter der beiden Verbände, Staatsbesuche in Algerien zu unterlassen, bis sich Bouteflika offiziell bei den ehemaligen Hilfssoldaten entschuldigt habe<sup>368</sup>.

Diese Vorwürfe zeigten nicht nur insofern Wirkung, dass Chirac, wenn auch nur sehr vorsichtig, zu den Äußerungen Bouteflikas Stellung bezog. In erster Linie reagierte Chirac auf die ihm entgegenschlagende Kritik mit erinnerungspolitischen Gesten gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten. Im November 2000 wurde es erstmals ehemaligen Hilfssoldaten ermöglicht, sich durch eine Kranzniederlegung am Grab des unbekanntes Soldaten an dem offiziellen Staatsakt vom 11. November zu beteiligen<sup>369</sup>. Kheliff wertete diesen Schritt nicht nur als Zugeständnis der Regierung, sondern gar als historischen Akt. Ihm war als Präsident der UNACFM die Aufgabe zuteil geworden, die Teilnahme von muslimischen Veteranen an der Veranstaltung zu organisieren. Rund 40 von ihnen und ihren Nachkommen durften auf der Ehrentribüne Präsenz zeigen, wo ihnen sowohl der Staatspräsident als auch der Premierminister die Hand reichten. Diesen Händedruck bezeichnete Kheliff hinterher als »geste symbolique fort«, der notwendig sei, um die »histoire douloureuse de la guerre d'Algérie« hinter sich zu lassen und gemeinsam die Bedingungen für ein »des-tin national collectif« zu schaffen<sup>370</sup>.

Einen besonderen Symbolgehalt hatte für Kheliff, dass ein ehemaliger Hilfssoldat gemeinsam mit dem Sohn und der Tochter eines ehemaligen Hilfssoldaten einen Kranz am Grab des unbekanntes Soldaten ablegte. Mit dieser Geste werde gezeigt, dass alle Muslime, die für Frankreich gekämpft hatten, auch die ehemaligen Hilfssoldaten, als Veteranen Frankreichs anerkannt würden und auf der gleichen Stufe stünden wie die Veteranen und Gefallenen der beiden Weltkriege<sup>371</sup>. Für die Hilfssoldaten hatte diese Geste Kheliff zufolge

<sup>368</sup> Rundschreiben Association départementale du Rhône d'enfants d'anciens combattants français musulmans und UNACFM, abgedruckt in: Français musulmans 97 (2000).

<sup>369</sup> Vgl. Kap. 4.1.

<sup>370</sup> Journée commémorative du 11 novembre 2000, in: Français musulmans 99 (2000).

<sup>371</sup> Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

jedoch noch eine weitere Bedeutung. Für sie sei es zugleich »une réponse appropriée et sans équivoque à tous ceux qui méprisent les rapatriés français musulmans«<sup>372</sup>. Mit diesem Kommentar spielte Kheliff auf die Äußerungen Bouteflikas an und zeigte, dass er das Ereignis als Geste der Versöhnung vonseiten der Regierung und des Präsidenten verstand. Er ging sogar noch weiter. Nachdem die gesamte Delegation der muslimischen Veteranen die Place de l'Étoile überquert und sich unter dem Triumphbogen vor dem Grab des unbekanntes Soldaten verneigt hatte, hätten sie sich alle endlich als »citoyens français à part entière« gefühlt, wenngleich sie wüssten, dass in diese Richtung noch einige Schritte zu gehen seien. Er forderte die Regierung auf, diesen Weg weiter zu beschreiten, um zu einer »véritable reconnaissance« zu gelangen<sup>373</sup>.

Der Enthusiasmus Kheliffs hielt auch im darauffolgenden Jahr an. Er startete mit den Worten »Je pense sincèrement que cette année 2001 ainsi que sa sœur 2002 seront bénéfiques pour les rapatriés et patriotes français musulmans en général« in das Jahr 2001<sup>374</sup>. Seine optimistische Haltung entsprang der Erwartung, im September sei mit der Journée nationale d'hommage aux harkis mit einer weiteren offiziellen symbolischen Geste gegenüber den ehemaligen Hilfssoldaten zu rechnen und darüber hinaus mit materiellen Zugeständnissen<sup>375</sup>. Gemeinsam mit dem ehemaligen Offizier Aziz Meliani, der im Algerienkrieg eine *harka* befehligt hatte, wandte er sich in einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit und dankte der Regierung, insbesondere dem Staatssekretär für Veteranen Jean-Pierre Masseret und dem nationalen Delegierten für Repatrierte Louis Monchovet, für die Schaffung dieses Gedenktags. Er sei eine gute Gelegenheit, um der Bevölkerung Frankreichs vor Augen zu führen, was die französische Nation dieser »communauté citoyenne de la France depuis plus d'un siècle et demi« schulde, die für die Treue zu Frankreich viel geopfert habe<sup>376</sup>. Kheliff dankte nicht nur Masseret und Monchovet für die erinnerungspolitischen Maßnahmen, sondern er sah auch Staatspräsident Chirac persönlich als Initiator dieser Erinnerungspolitik an. Die jüdische Gemeinde in Frankreich habe bis zur Wahl Chiracs zum Staatspräsidenten warten müssen, bis 50 Jahre nach den Geschehnissen ein französischer Staatspräsident endlich die Mitverantwortung für die Deportationen und Ermordung von französischen Juden anerkannte. Genauso werde Chirac jetzt die Verantwortung für die Massaker

372 Le mot du président, *ibid.*

373 Journée commémorative du 11 novembre 2000, *ibid.*

374 Le mot du président, in: Français musulmans 100 (2001).

375 *Ibid.*

376 Rabah KHELIF, Aziz MELIANI, Communiqué de presse. Harkis: devoir de reconnaissance et de mémoire, *ibid.*

an den ehemaligen Hilfssoldaten eingestehen. Frankreich erkenne seine Fehler an, wenn auch teils sehr verzögert<sup>377</sup>.

Nachdem Chirac den 25. September 2001 für ein vorsichtiges Schuldeingeständnis im Namen der Republik genutzt hatte und zudem im Jahr darauf der Gedenktag erneut begangen wurde, zeigte sich Kheliff damit äußerst zufrieden. Er bedankte sich in seiner Rede zu den offiziellen Feierlichkeiten in Lyon, die am 25. September 2002 symbolisch auf der Place Bachaga-Boualam stattfanden, bei Chirac dafür, dass es erneut die Gelegenheit gebe, an die »histoire patriotique de ces braves parmi les braves que furent et sont les *harkis*« zu erinnern<sup>378</sup>. Da die Hilfssoldaten Frankreich als Vaterland gewählt hätten, hätten sie es verdient, dass Frankreich ihnen Anerkennung und Wertschätzung entgegenbringe, um auf diese Weise die von ihnen erbrachten Opfer wiedergutzumachen. Die Rede, die Chirac im Vorjahr im Hof des Invalidendoms gehalten hatte, wertete Kheliff als eine solche Geste der Anerkennung<sup>379</sup>. Wie bereits die Teilnahme muslimischer Veteranen an den offiziellen Feierlichkeiten zum 11. November sah er den mit militärischen Würden begangenen Gedenktag als wichtige Geste, um den ehemaligen Hilfssoldaten zu zeigen, dass die französische Nation sie als »treue Soldaten Frankreichs« anerkenne.

Während sich Kheliff mit der Erinnerungsarbeit Chiracs zufrieden zeigte, kritisierte Kaberseli diese heftig. Er erachtete den 25. September als einen von oben oktroyierten Gedenktag, der den von den Hilfssoldaten erbrachten Opfern nicht gerecht werde. Es reiche nicht aus, durch ein paar Kränze und Reden die von den Hilfssoldaten erbrachten Opfer anzuerkennen, zumal diese in der französischen Öffentlichkeit kaum Beachtung fänden. Bei den Opfern und deren Angehörigen bleibe ein bitterer Nachgeschmack, da sie noch immer von der Linken verachtet und vom gaullistischen Frankreich vergessen würden<sup>380</sup>. Mit seinen Worten bezog sich Kaberseli insbesondere auf die noch immer ungeklärte Streitfrage um den 19. März als Gedenktag<sup>381</sup>. In diesem Punkt waren sich Kheliff und Kaberseli nach wie vor einig. Auch Kheliff beschäftigte sich zu dem Zeitpunkt mit der Frage nach einem Gedenktag, da die Nationalversammlung über den 19. März als möglichen Gedenktag zu entscheiden hatte. Als dieser Tag in der Nationalversammlung keine Zustimmung fand, zeigte sich Kheliff äußerst zufrieden. Er hob jedoch hervor, es gehe nun darum, ein Datum für

<sup>377</sup> Le mot du président. Il ne faut jamais désespérer de la France, in: Français musulmans 101 (2001).

<sup>378</sup> Hommage national 25 septembre 2002, in: L'Ancien Combattant français musulman 104 (2002) (Hervorh. i. Orig.).

<sup>379</sup> Ibid.

<sup>380</sup> Journée gadget, in: Le Clin d'œil 146 (2001).

<sup>381</sup> Le 19 mars 1962, in: Le Clin d'œil 147 (2001).

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

ein Gedenken an den Algerienkrieg zu finden, in dem sich alle ehemaligen Veteranen wiederfänden. Hierzu müssten jedoch die Veteranenverbände in der Lage sein, unaufgebracht und sachlich zu debattieren. Man müsse einen nationalen Konsens zum Gedenken an den Algerienkrieg finden<sup>382</sup>. Kheliff betonte mit diesem Worten erneut, wie wichtig ihm ein vereinendes Gedenken war.

Kheliff bekam die Möglichkeit, sich an der Suche nach einem solchen Konsens zu beteiligen, als die Regierung zu diesem Zwecke eine Kommission zusammenstellte. Kheliff erhielt vom Staatssekretär für Veteranen Hamlaoui Mekachera die Einladung, sich an der Sitzung dieser Kommission zu beteiligen<sup>383</sup>. Mekachera war ein namhafter Vertreter der muslimischen Elite. Er stammte aus einer algerischen Familie mit militärischer Tradition und hatte selbst im Algerienkrieg als Offizier gedient<sup>384</sup>. Schon seit den 1990er Jahren trat er an der Seite Kheliffs als Interessensvertretung der muslimischen Repatriierten auf. Im Jahre 1990 hatte Mekachera gemeinsam mit Kheliff, Kabtane und Khiari mit dem Comité national des Français musulmans einen Zusammenschluss mehrerer Verbände gegründet und dessen Vorsitz übernommen<sup>385</sup>. Bereits 1995 war er in die Regierung berufen worden, zunächst als interministerieller Abgeordneter für Integration, dann als Staatssekretär für Veteranen, bis er schließlich im Juni 2002 zum Staatsminister für Veteranen ernannt wurde<sup>386</sup>. Mit ihm war ein Vertreter der muslimischen Elite direkt in der Regierung vertreten und konnte die Interessen der muslimischen Repatriierten auf die politische Agenda setzen. Die Idee, eine Kommission zur Findung eines nationalen Gedenktages zusammenzustellen, ging auf Mekachera zurück<sup>387</sup>. Er war somit grundlegend daran beteiligt, dass der 5. Dezember per Dekret als nationaler Gedenktag festgelegt und die Debatte um den 19. März endgültig beendet wurde.

Während Kheliff mit diesem Ergebnis zufrieden war und die Debatte tatsächlich für beendet erklärte, äußerte Kaberseli Kritik an Mekachera<sup>388</sup>. Mekachera wurde nach dem Erlass des Dekrets in der Tageszeitung »Le Figaro« dahingehend zitiert, dass der 5. Dezember nun zwar der offizielle Gedenktag

<sup>382</sup> Le mot du président, in: Français musulmans 103 (2002).

<sup>383</sup> Mekachera, secrétaire d'État aux anciens combattants, à Kheliff, 22.10.2002, Brief abgedruckt in: L'Ancien Combattant français musulman 104 (2002).

<sup>384</sup> Vgl. zu der Biografie Mekacheras Robert BELLERET, Hamlaoui Mekachera: ministre des oubliés de l'Histoire, in: Le Monde, 6.7.2002.

<sup>385</sup> MOUMEN, De l'absence, S. 168.

<sup>386</sup> Repères, in: Le Monde, 2.4.2004.

<sup>387</sup> Mekachera, secrétaire d'État aux anciens combattants, à Kheliff, 22.10.2002, Brief abgedruckt in: L'Ancien Combattant français musulman 104 (2002).

<sup>388</sup> La lettre du président, in: L'Ancien Combattant français musulman 108 (2005).

sei, es stehe jedoch allen zivilen und militärischen Akteuren frei, das Datum, an dem sie der Opfer des Algerienkriegs gedenken wollten, frei zu wählen<sup>389</sup>. Mit diesen Worten räumte er der Fnaca, die die Kompromisslösung nicht akzeptierte, das Recht ein, weiterhin ihre Feierlichkeiten zum 19. März zu begehen. Kaberseli wandte sich in einem offenen Brief an Mekachera und warf ihm vor, mit diesen Worten die einmalige Chance verpasst zu haben, die Auseinandersetzungen zu beenden. Es sei von größerer Bedeutung, die Erinnerungen der ehemaligen Hilfssoldaten nicht zu beschmutzen, als der Gefallenen des Algerienkriegs offiziell zu gedenken, schrieb Kaberseli in diesem Brief und machte mit diesen Worten deutlich, dass er jeglichen Kompromiss mit der Fnaca für inakzeptabel hielt<sup>390</sup>. Er hielt mit diesen Worten an seiner Opposition zu der Erinnerungsarbeit der Regierung fest.

Das Dekret zum nationalen Gedenktag sollte nicht die letzte erinnerungspolitische Maßnahme bleiben, an der Mekachera entscheidend beteiligt war. Seine Ernennung zum Staatsminister ließ Kheliff auch in das Jahr 2003 optimistisch starten; das Jahr werde »pleine de promesses pour les rapatriés en général et pour les harkis tout particulièrement« sein<sup>391</sup>. Er dankte der Regierung dafür, mit Mekachera eine Person ernannt zu haben, die sehr viel Verständnis für die Belange der muslimischen Repatriierten aufbringe<sup>392</sup>. Wie erwartet nutzte Mekachera die Möglichkeiten seines Amtes, um die Forderungen der muslimischen Repatriierten auf die politische Agenda zu setzen. Im Dezember 2003 verkündete er in einer Rede vor der Nationalversammlung die Einreichung eines Gesetzesentwurfs, der ihm zufolge die Forderungen aller Repatriierten, der europäischen wie der muslimischen, endgültig erfüllen sollte<sup>393</sup>. Erstmals gedachte die Regierung, in einem Gesetz alle Forderungen der muslimischen und der europäischen Repatriierten zusammenzufassen. Für Mekachera stand nach eigenen Angaben dabei die materielle Entschädigung im Vordergrund. Diese sollte endgültig geklärt werden, um die Repatriierten so in die nationale Gemeinschaft zu integrieren, damit sie sich nicht mehr als Repatriierte, sondern ausschließlich als Franzosen verstanden. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass auch die erinnerungspolitische Komponente des Gesetzes von Bedeutung sei. Er kündigte an, eine Kommission schaffen zu wollen, die in seinen Worten die

389 Lettre ouverte à M. Mekachera, in: *Le Clin d'œil* 169 (2003).

390 *Ibid.*, S. 13f.

391 Le mot du président, in: *L'Ancien Combattant français musulman* 105 (2003).

392 *Ibid.*

393 *Repères*, in: *Le Monde*, 4.12.2003.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

»vérité« über die Geschichte der ehemaligen Hilfssoldaten herausfinden und deren »honneur et dignité« verteidigen sollte<sup>394</sup>.

Kheliff konnte auf das Gesetz weder Einfluss nehmen, noch sich zur endgültigen Version des Gesetzes äußern. Er verstarb im November 2003, noch bevor Mekachera den Entwurf dem Ministerrat vorlegte. Den Vorsitz der UNACFM übernahm kurzzeitig Ramdane Bechouche, dem schließlich Meliani folgte. Bechouche räumte bereits in seiner Antrittsrede als neuer Verbandspräsident dem Gesetzesentwurf oberste Priorität ein und erklärte, den Kontakt zu Mekachera aufrechterhalten zu wollen<sup>395</sup>. Mit der endgültigen Version des Gesetzes zeigte er sich äußerst zufrieden. Wie bereits Mekachera erklärte er, dass der Schwerpunkt auf den materiellen Entschädigungen liege. Zu den erinnerungspolitischen Bestimmungen bezog er keine Stellung, sondern ließ verkünden, dass auf der erinnerungspolitischen Ebene kein Handlungsbedarf mehr bestehe. Nachdem seit 2003 alljährlich der nationale Gedenktag für die ehemaligen Hilfssoldaten begangen werde und mit dem Dekret vom September 2003 mit dem 5. Dezember ein nationaler Gedenktag für die Opfer des Algerienkriegs eingeführt und somit die Debatte um den 19. März beendet sei, seien die erinnerungspolitischen Ziele der muslimischen Repatriierten erfüllt<sup>396</sup>. Für ihn stellte dieses Gesetz demnach kein Erinnerungsgesetz, sondern in erster Linie ein Entschädigungsgesetz dar.

Ogleich von der Verbandsspitze keine explizite Stellungnahme zu den erinnerungspolitischen Bestimmungen des Gesetzes zu hören war, wurde bald deutlich, dass das Gesetz für ihn auch auf dieser Ebene von Bedeutung war. Mit Artikel 5 des Gesetzes, der Beleidigungen gegenüber »harkis« unter Strafe stellte, bekam der Verband ein wirksames Instrument an die Hand. Bereits im Jahr 2006 bediente sich die UNACFM dieser Bestimmung, nachdem der sozialistische Politiker Frêche bei einer Veranstaltung eine Gruppe ehemaliger Hilfssoldaten in der Öffentlichkeit als »sous-hommes« bezeichnet hatte<sup>397</sup>. Im Namen des Verbandes reichte der Präsident Bechouche Klage gegen Frêche ein<sup>398</sup>. Wie bereits gegen Siné nutzten Vertreter der muslimischen Elite Gerichtsverfahren, um gegen Diffamationen gegenüber den »harkis« vorzugehen und das Bild der ehemaligen Hilfssoldaten als »treue Soldaten Frank-

<sup>394</sup> Zitiert nach: Philippe BERNARD, *Ultime geste du gouvernement pour les pieds-noirs et les harkis*, *Le Monde*, 12.3.2004.

<sup>395</sup> *Le mot du président*, in: *L'Ancien Combattant français musulman* 106 (2004).

<sup>396</sup> *La lettre du président*, in: *L'Ancien Combattant français musulman* 108 (2005).

<sup>397</sup> *Loi n° 2005-158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés*, Art. 5.

<sup>398</sup> *L'affaire Frêche*, in: *L'Ancien Combattant français musulman* 109 (2006).

reichs« zu verteidigen. Mit dem neuen Gesetz erhöhte sich die Erfolgsquote eines solchen Verfahrens.

An den Auseinandersetzungen um den Artikel 4 des Gesetzes beteiligten sich die Vertreter der UNACFM kaum, was zeigt, dass für sie das Gesetz eine andere Bedeutung hatte als für die Repatriiertenverbände. Meliani, der inzwischen den Vorsitz der UNACFM übernommen hatte, verteidigte nach der Kontroverse um den Artikel 4 im Oktober 2006 noch einmal das Gesetz in seiner Gesamtheit. Er wandte sich in seiner Dankesrede zur Verleihung der *dignité du grand officier de l'ordre national du Mérite* an Mekachera und betonte, dieser habe mit dem Gesetz bewiesen, dass ihm die Gemeinschaft der muslimischen Repatriierten am Herzen liege. Insbesondere die ehemaligen Hilfssoldaten hätten lange auf dieses Gesetz gewartet. Das Gesetz sei vor allem deshalb gut, da es zwei wichtige Forderungen vereine: Anerkennung und Reparationen<sup>399</sup>. Für Meliani waren demzufolge andere Artikel des Gesetzes von größerer Bedeutung als Artikel 4. Er bewertete ihn in seiner Rede nicht inhaltlich, nutzte seine Rede jedoch, um ganz in der Tradition Kheliffs einen Appell für ein universalistisches und vereinendes Gedenken an die Nation zu richten. Er zitierte hierfür die Worte des algerisch-französischen Regisseur Rachid Bouchareb: »Il faut arrêter d'accumuler les rancœurs, les frustrations, de creuser le fossé entre différentes communautés. Nous sommes tous les enfants de la République, les enfants de la France«<sup>400</sup>.

Melianis Worte verdeutlichen, in welchem Maße sich seine und die Erinnerungsarbeit Kheliffs von den erinnerungspolitischen Aktivitäten Kaberselis unterschieden. Sowohl Kheliff als auch Meliani sprachen sich stets für ein vereinendes nationales Gedenken aus und wollten ihre Geschichtsdeutung in dieses universalistische Gedenken einschreiben. Dies erklärt, weshalb Kheliff stets darum bemüht war, seine erinnerungspolitischen Forderungen in Kooperation mit den politischen Akteuren durchzusetzen. Da er an verschiedenen Entscheidungen selbst beteiligt gewesen war, zeigte er sich ebenso wie diejenigen, die ihm an der Spitze des Verbandes folgten, meist zufrieden mit den erinnerungspolitischen Entscheidungen der Regierung. Sowohl Kheliff als auch Meliani stammten aus dem militärischen Umfeld. In diesem Sinne war es für sie von oberster Priorität, dass die Hilfssoldaten ebenso wie sie selbst als muslimische Offiziere als Soldaten Frankreichs in das nationale Gedenken eingeschrieben wurden. Kheliff betonte an verschiedenen Stellen die Bedeutung, die eine solche Interpretation der Vergangenheit für die Identitäten der ehemaligen Hilfssoldaten und insbesondere deren Kinder habe. Teil des universalistischen

<sup>399</sup> Cérémonie de remise de la dignité du grand officier de l'ordre national du Mérite au colonel Aziz Méliani, 12.10.2006, *ibid*, S. 29.

<sup>400</sup> *Ibid*.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Gedenkens zu werden, war auch für sein eigenes Selbstverständnis als Bürger Frankreichs von großer Bedeutung. Die symbolischen Gesten Chiracs deutete er als Zeichen dafür, dass dieser die muslimischen Veteranen als »treue Soldaten Frankreichs« und somit als Teil der französischen Nation wahrnehme. Aus diesem Grund sah er in der Erinnerungspolitik Chiracs die Erfüllung seiner Forderungen.

Kaberseli hingegen war zu keiner Kooperation mit der Regierung und dem Präsidenten bereit und zeigte sich stets unzufrieden mit den von Regierung und Präsident getroffenen Maßnahmen. Er befand sich in einer andauernden Opferkonkurrenz nicht nur mit anderen Akteuren des Algerienkriegs, sondern auch mit der jüdischen Gemeinschaft Frankreichs, denen gegenüber er nicht nur die muslimischen Repatriierten, sondern die Schicksalsgemeinschaft aller Repatriierten benachteiligt sah. Wie die Aktivisten der *Algérie française* zeigte er kein Interesse an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung des Algerienkriegs und der kolonialen Vergangenheit und sah in einer solchen Aufarbeitung auch keine Möglichkeit, die Kontroversen zu überwinden und zu einem universalistischen Gedenken zu gelangen. Er versuchte vielmehr wie auch die Repatriiertenverbände eine Gegenerinnerung zu schreiben, mit der er zugleich seinen Widerstand gegen die etablierten Parteien und das politische System zum Ausdruck brachte.

#### 4.8 Die Erinnerungsarbeit der »harkis« der zweiten Generation

Im Laufe der 1990er Jahre zeichnete sich ein Wandel bei den Forderungen der Hilfssoldaten und deren Nachkommen ab. Standen bis in die 1980er Jahre materielle und soziale Forderungen im Vordergrund, traten sie nun mit erinnerungspolitischen Forderungen an die Öffentlichkeit. Dieser Wandel deutet sich bereits während der Aufstände von 1991 an. Der britischen Historikerin Claire Eldridge zufolge trat die zweite Generation hier erstmals als »mature collective memory carrier« auf und vertrat erstmals selbst eine eigene Interpretation der Vergangenheit<sup>401</sup>. Allerdings stand während dieser Aufstände nicht die Interpretation der Vergangenheit im Vordergrund. Vielmehr nutzten die Akteure den Verweis auf die Vergangenheit zur Untermauerung materieller und sozialer Forderungen. Erst in den im Laufe der 1990er Jahre entstand in der zweiten Generation eine breite Bewegung, die ihre eigene Deutung der Vergangenheit in die Debatten um den Algerienkrieg einbrachte und auch erinnerungspolitische Forderungen an die staatlichen Behörden herantrug. Deren Weg wurde durch Einzelakteure aus der Gemeinschaft vorbereitet, die Erinnerungsarbeit

<sup>401</sup> ELDRIDGE, »We've never had a voice«, S. 89.

betrieben und die Interpretation der Vergangenheit prägen sollten, auf die sich diese Bewegung mit ihren Forderungen stützte.

Noch bevor die zweite Generation durch die Aufstände von 1991 auf sich aufmerksam machte, lenkte ein ehemaliger Hilfssoldat selbst den Blick der französischen Öffentlichkeit auf das Schicksal seiner Gemeinschaft. Brahim Sadouni, der im Alter von 17 Jahren als Hilfssoldat in den Dienst der französischen Armee getreten und nach dem Kriegsende 1962 auf eigene Faust nach Frankreich geflüchtet war, machte sich im Jahre 1985 auf den Weg von Dünkirchen nach Marseille. Dieser Marsch, der als Reaktion auf die Marche pour l'égalité zu verstehen ist, sollte an die Worte de Gaulles erinnern, das französische Territorium erstreckte sich von Dünkirchen bis nach Tamanrasset. Sadouni verlangte, wie die Initiatoren der Marche pour l'égalité vom Präsidenten empfangen zu werden, um diesem seine Forderungen vorlegen zu können<sup>402</sup>. Er stellte eine erinnerungspolitische Forderung ins Zentrum: »La France doit maintenant se rappeler de notre passé et de notre souffrance commune«<sup>403</sup>. Mit dieser symbolträchtigen Aktion wollte er an die Schuld Frankreichs am Schicksal der ehemaligen Hilfssoldaten erinnern. Auch der Marsch, den er im Frühjahr 1987 von seinem Wohnort Rouen nach Monte Cassino unternahm, zielte darauf ab. Er stellte die Hilfssoldaten damit symbolisch in die Tradition der Muslime Nordafrikas, die in den Reihen der französischen Armee während des Zweiten Weltkriegs in Monte Cassino einen Sieg davongetragen hatten<sup>404</sup>. Auch Sadounis Vater war als Soldat der französischen Armee an dieser Schlacht beteiligt gewesen<sup>405</sup>.

Sadounis Erinnerungsarbeit wurde stets von Verteidigern der *Algérie française* unterstützt. Während sich der kommunistische Bürgermeister von Évreux weigerte, ihn zu empfangen, bereiteten Vertreter des FN ihm auf seiner Route immer wieder einen herzlichen Empfang<sup>406</sup>. Auch Repatriiertenverbände unterstützten Sadouni. Eine Delegation der Anfanoma empfing ihn 1985 in Drôme<sup>407</sup>. Der Verband JPN sagte ihm im Vorfeld seines zweiten Marsches 1987 uneinge-

<sup>402</sup> Brahim SADOUNI, *Destin de harki. Le témoignage d'un jeune berbère, enrôlé dans l'armée française à 17 ans*, Paris 2001, S. 170f.

<sup>403</sup> Zitiert nach: 300 km à pied pour les droits des harkis!, in: *France-Horizon* 265–266 (1985), S. 2.

<sup>404</sup> Vgl. La marche des oubliés de Sadouni Brahim de Rouen à Monte-Cassino du 9 mars au 11 mai 1987, in: *France-Horizon* 279 (1987), S. 13.

<sup>405</sup> SADOUNI, *Destin de harki*, S. 187.

<sup>406</sup> Vgl. zum Empfang Sadounis in Évreux *ibid.*, S. 200; unter anderem wurde Sadouni in Menton von einer Vertreterin des FN empfangen, vgl. *ibid.*

<sup>407</sup> La longue marche de l'espoir. Sadouni Brahim, l'auteur de »Français sans patrie« a fait halte dans la Drôme, in: *France-Horizon* 265–266 (1985), S. 19.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

schränkte Unterstützung zu<sup>408</sup>. Die Erinnerungsarbeit Sadounis ließ sich ideal in die Kampagne »Hommage aux harkis« integrieren, die der Verband zeitgleich durchführte<sup>409</sup>. Sadouni war jedoch bemüht, sich von diesen Akteuren zu distanzieren. Mit äußerster Vorsicht reagierte er auf den Empfang durch Vertreter des FN<sup>410</sup>. Auch an der Kampagne »Hommage aux harkis« beteiligte sich Sadouni nicht. Er versuchte zu verhindern, dass Verteidiger der *Algérie française* als sein Sprachrohr auftraten, und veröffentlichte selbst seine Autobiografie, in der er seine eigene Interpretation der Vergangenheit vorlegte. Er beschrieb in »Français sans patrie« die Umstände, unter denen er sich im Alter von 17 Jahren als Hilfssoldat in den Reihen der französischen Armee wiedergefunden hatte, schilderte seine Kriegserfahrungen sowie die Flucht nach Frankreich nach Ende des Krieges<sup>411</sup>. Zudem veröffentlichte er 1990 einen Roman, in dem er seine Erinnerungen verarbeitete<sup>412</sup>.

In seiner Autobiografie machte Sadouni deutlich, wie man sich in Frankreich an die Geschichte der Hilfssoldaten erinnern solle. Er zeichnete ein Bild der Hilfssoldaten, das dem Bild der für ein französisches Algerien kämpfenden Soldaten Frankreichs widersprach. Er schilderte, wie schwierig es für die muslimische Bevölkerung Algeriens gewesen sei, ihr Leben zu bestreiten, und wie der Krieg dies zusätzlich erschwert habe. Zudem sei es kaum möglich gewesen, sich in diesem Krieg nicht für eine Seite zu entscheiden. Als er sich an die Armee gewandt habe, sei er auf der Suche nach einer Arbeit als Mechaniker gewesen. Er beschreibt, wie er sich weigern wollte, die Uniform anzuziehen und ein Gewehr in die Hand zu nehmen. Der Korporal habe ihn schließlich mit den Worten »Si tu n'es pas harki, alors tu n'es qu'un fellagha!« dazu gebracht, zur Waffe zu greifen<sup>413</sup>. Er verdeutlichte, dass er sich nicht aus Treue zu Frankreich für den Dienst an der Waffe entschieden habe. Vielmehr zeigte er ein gespaltenes Verhältnis zu Frankreich und seiner Armee. Sein Vater habe ihm stets voller Stolz seine militärischen Auszeichnungen gezeigt und die Armee habe stets eine Faszination auf ihn ausgeübt und sein Interesse für Frankreich geweckt<sup>414</sup>. Gleichzeitig habe er auch in seiner Zeit als Hilfssoldat wiederholt

<sup>408</sup> La marche des oubliés de Sadouni Brahim de Rouen à Monte-Cassino du 9 mars au 11 mai 1987, in: France-Horizon 279 (1987), S. 13.

<sup>409</sup> Vgl. zur Kampagne »Hommage aux harkis« [Kap. 4.3](#).

<sup>410</sup> Als Sadouni in Menton von einer Vertreterin des FN empfangen wurde, versuchte er sie zu »vermeiden ohne sie zu beleidigen«. Vgl. SADOUNI, Destin de harki, S. 200.

<sup>411</sup> DERS., Français sans patrie. Premier témoignage écrit par un harki, Rouen 1985.

<sup>412</sup> DERS., Le drapeau. Écrit d'un harki, Paris 1990.

<sup>413</sup> DERS., Destin de harki, S. 82.

<sup>414</sup> Vgl. *ibid.*, S. 27, 45.

daran gedacht, zu desertieren und sich dem FLN anzuschließen<sup>415</sup>. Demzufolge war es auch nicht als Bekenntnis für Frankreich zu bewerten, dass Sadouni nun in Frankreich lebte. Er hatte nach Kriegsende darauf gehofft, in sein Dorf zurückkehren zu können, und glaubte an die Versicherungen der offiziellen Seite, der FLN würde das Waffenstillstandsabkommen akzeptieren. Erst durch die einsetzenden Repressalien war er gezwungen worden, nach Frankreich zu fliehen<sup>416</sup>. Frankreich habe sich ihm zufolge den Hilfssoldaten gegenüber nicht nur schuldig gemacht, indem die französische Armee sie nach den Abkommen von Évian in Algerien zurückgelassen hatte, sondern bereits durch ihre Rekrutierung selbst. Sadouni zeichnete nicht das Bild von »soldats fidèles à la France«, die die französische Armee als Bürger der Französischen Republik rekrutiert hatte, sondern vertrat vielmehr die Meinung, die französische Regierung und die Armee hätten junge Muslime manipuliert, benutzt und sie anschließend den Racheakten der algerischen Bevölkerung überlassen.

Nicht nur Sadouni allein zeichnete dieses Bild. Auch der Soziologe Mohand Hamoumou widerlegte das Bild des »soldat fidèles à la France« in seiner Promotionsschrift<sup>417</sup>. Hamoumou hatte nicht selbst als Hilfssoldat gedient und konnte nicht auf seine eigenen Erinnerungen verweisen. Sein Vater war Hilfssoldat gewesen. Er war in Algerien den Massakern zum Opfer gefallen war, als Hamoumou gerade ein Jahr alt gewesen war. Hamoumou kam im Alter von sechs Jahren mit seiner Mutter nach Frankreich, wo er weder in einem Lager noch in einem Walddorf aufwuchs, sondern in einem Dorf, in dem seine Familie die einzige von maghrebischer Herkunft war<sup>418</sup>. Er teilte somit weder die Kriegs- noch die Lagererfahrungen der Hilfssoldaten. Doch gerade weil er diese Erfahrungen nicht teilte, begann er sich für seine Wurzeln zu interessieren und Informationen über die Hilfssoldaten zu sammeln. Da er hierbei auf erhebliche Schwierigkeiten stieß, beschloss er, sich dieser Gruppe in seiner Dissertation zu widmen. Für ihn war die erinnerungspolitische Aufarbeitung der Vergangenheit der Hilfssoldaten eine Frage der Identität. Die Hilfssoldaten und deren Kinder könnten ihre Würde und ihre Ehre nur zurückbekommen, indem man der französischen Gesellschaft erkläre, warum »ces gens« in Frankreich lebten, schrieb er an Wormser<sup>419</sup>. Die Aufarbeitung war somit für ihn als Sohn eines Hilfssoldaten für sein eigenes Selbstverständnis als Bürger der Französischen Republik von Bedeutung. Er erklärte bereits bevor er Ergebnisse seiner

415 Vgl. *ibid.*, S. 123–130.

416 *Ibid.*, S. 144–199.

417 HAMOUMOU, *Et ils sont devenus harkis*.

418 Vgl. zum Lebenslauf Hamoumous das Schreiben Hamoumou an André Wormser, 10.12.1984, AN: vers. 20120054/86.

419 *Ibid.*

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Arbeit vorstellen konnte, das Schlüsselproblem sei die »ambiguïté, pour la majorité, de leur engagement ›pour‹ ou sans doute plus justement ›avec‹ la France«<sup>420</sup>. Wie Sadouni vertrat er nicht die These, die Hilfssoldaten hätten als französische Bürger und Soldaten in der Armee gekämpft, woraus für ihn ein ambivalentes Selbstverständnis als französischer Bürger resultierte.

Hamoumou kooperierte zwar wiederholt mit dem CNMF unter der Führung Wormsers, gehörte selbst jedoch zu den »harkis« insbesondere der zweiten Generation, die sich im Laufe der 1990er Jahre zunehmend in Verbänden zusammenschlossen, um mit erinnerungspolitischen Forderungen an den französischen Staat heranzutreten. Dabei gewannen drei Verbände auch auf nationaler Ebene an Bedeutung, die in erster Linie durch das Engagement und die Präsenz ihrer Präsidenten begründet war. Sie sollten den erinnerungspolitischen Diskurs in den 1990er Jahren prägen<sup>421</sup>. Die von Hamoumou gegründete Association justice, information et réparation (AJIR) war einer von ihnen. Von Bedeutung war zudem das von Abdelkrim Klech gegründete Collectif national de justice pour les harkis et leurs familles sowie das Comité national de liaison des harkis (CNLH), das der Sohn des ehemaligen Hilfssoldaten Bouzad Azni unter anderem mit Unterstützung Sadounis gründete. Die Präsidenten dieser drei Verbände unterschieden sich grundlegend in ihren Forderungen und Handlungsstrategien, ihre Erinnerungsarbeit verdeutlichte jedoch stets ihr ambivalentes Verhältnis zur Französischen Republik.

Im Jahr 1997 machten erstmals seit den Aufständen 1991 Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten wieder in einem Maße auf sich aufmerksam, dass auch die großen französischen Tageszeitungen über sie berichteten. Im März 1997 traten einige Söhne ehemaliger Hilfssoldaten in Sainte-Livrade-sur-Lot im Département Lot-et-Garonne im Namen ihrer Gemeinschaft, die sie als »méprisée«, »trahie« und »abandonnée« bezeichneten, in den Hungerstreik<sup>422</sup>. Dieser Hungerstreik sollte kein Einzelfall bleiben, im Laufe des Jahres folgten an verschiedenen Orten weitere Söhne von Hilfssoldaten diesem Beispiel. Ende des Jahres, im November 1997, fanden in elf Städten, in Paris, Nizza, Peyrolles-en-Provence, Roque-d'Anthéron, Toulouse, Lodève, Agen, Fameck, Amiens, Toulon und Pertuis, Hungerstreiks statt<sup>423</sup>. Die größte Aufmerksamkeit erregte die Aktion in Paris. Dort hatten sich bereits im April einige aus der Provence stammende Söhne ehemaliger Hilfssoldaten auf der Esplanade des Invalides

<sup>420</sup> Ibid.

<sup>421</sup> MOUMEN, De l'absence, S. 166.

<sup>422</sup> Zitiert nach: Une douzaine d'enfants de harkis observent une grève de la faim, in: Le Monde, 6.3.1997.

<sup>423</sup> Ministère de l'Intérieur, direction générale de la police nationale, direction centrale des renseignements généraux. Flash d'information, 5.11.1997, AN: vers. 20090157/ 212.

niedergelassen, um gegen die Indifferenz gegenüber den Hilfssoldaten zu protestieren<sup>424</sup>. In mehreren Punkten waren die Hungerstreiks mit den Streiks zu vergleichen, die Hilfssoldaten in den 1980er Jahren durchgeführt hatten. Die Streikenden versuchten zunächst vor allem eine Verbesserung ihrer eigenen Situation zu erreichen. Die Hauptforderung bestand darin, Nachkommen von Hilfssoldaten den Zugang zu Arbeitsplätzen zu erleichtern<sup>425</sup>.

Die materiellen und sozialen Forderungen wurden jedoch schon bald von einer erinnerungspolitischen Forderung in den Hintergrund gedrängt. Klech, der sich unter den Hungerstreikenden von Paris befand, trat an die Spitze der Bewegung und erweiterte den Forderungskatalog um die Forderung nach »reconnaissance de la République française«. Frankreich solle sich dafür entschuldigen, »des centaines de milliers de harkis désarmés« 1962 in Algerien zurückgelassen zu haben<sup>426</sup>. Der Zeitpunkt, diese Forderung vorzulegen, war von Klech nicht zufällig gewählt. Er brachte sie nur wenige Tage bevor am 8. Oktober der Prozess gegen Maurice Papon begann ein. Klech knüpfte mit seiner Forderung nach einer offiziellen Entschuldigung vonseiten des Staates somit an die staatlich-offizielle Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit an und versuchte in deren Windschatten die Aufmerksamkeit auf die ehemaligen Hilfssoldaten zu lenken<sup>427</sup>.

Klech griff mit der Forderung nach einer Entschuldigung ein Anliegen auf, das Aktivisten der *Algérie française* bereits seit mehreren Jahren vorbrachten. Dementsprechend fiel die Reaktion der Regierungsvertreter aus. Die Ministerin für Arbeit und Solidarität Martine Aubry warf Klech vor, sich vom FN instrumentalisieren zu lassen<sup>428</sup>. Klech agierte jedoch nicht im Namen des FN, sondern war wie Sadouni bemüht, sich von den Aktivisten der *Algérie française* zu distanzieren. Als Jean-Yves Le Gallou, der Präsident des FN im Regionalrat der Île-de-France, den Hungerstreikenden Ende September einen Besuch abstattete, verließen diese ihr Camp, um ihre Distanz zur rechtsextremen Partei zu demonstrieren<sup>429</sup>. Obwohl sich auch Repatriiertenverbände wie die Anfanoma hinter die Hungerstreikenden stellten und die durch den gemeinsamen Kampf

<sup>424</sup> Cinq fils de harkis observent une grève de la faim à Paris, in: *Le Monde*, 18.4.1997.

<sup>425</sup> Sept fils de harkis poursuivent une grève de la faim depuis dix jours, in: *Le Monde*, 3.9.1997.

<sup>426</sup> Zitiert nach: *ibid.*

<sup>427</sup> Vgl. zu der Bedeutung des Papon-Prozesses in der Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit WOOD, *Memory on Trial*, S. 41–76.

<sup>428</sup> Abdelkrim Klech a été conduit en urgence à l'Hôtel-Dieu par le SAMU, in: *Le Monde*, 1.10.1997.

<sup>429</sup> Depuis le 21 août, six grévistes de la faim campent sur l'esplanade des Invalides à Paris, in: *Le Monde*, 27.9.1997.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

für den Erhalt eines französischen Algeriens geformte Schicksalsgemeinschaft zwischen den ehemaligen Hilfssoldaten und den europäischen Repatriierten betonten, agierten Klech und seine Mitstreiter auch nicht an der Seite der Repatriiertenverbände<sup>430</sup>. Vielmehr schufen sie mit dem Collectif national de justice pour les harkis et leurs familles ein Netzwerk, mit dessen Hilfe »harkis« insbesondere der zweiten Generation selbst erinnerungspolitische Forderungen stellten.

Die Forderung nach einer offiziellen Entschuldigung für den *abandon* war für die Nachkommen ehemaliger Hilfssoldaten in erster Linie ein Ausdruck ihres ambivalenten Verhältnisses zur Französischen Republik und somit eine Frage der Identität. Dies erklärt, weshalb Klech und seine Mitstreiter ihr Ziel mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit verfolgten. Nachdem die Forderung nach einem Schuldeingeständnis vonseiten der Vertreter der Französischen Republik laut geworden war, setzten sich nicht nur Klech, sondern mehrere seiner Mitstreiter mit Nachdruck dafür ein, dass die französischen Volksvertreter sich ernsthaft mit dieser Schuldfrage beschäftigten. Klech setzte den Hungerstreik fort, obwohl er an Diabetes erkrankt war und Herzprobleme hatte, wodurch der Hungerstreik für ihn ein enormes gesundheitliches Risiko bedeutete und er immer wieder ins Krankenhaus eingeliefert werden musste<sup>431</sup>. Auch dass seine Mitstreiter die Aktion abbrachen, konnte ihn nicht am Weitermachen hindern. Es fanden sich immer neue Nachkommen von Hilfssoldaten, der zweiten und auch der dritten Generation, die an seiner Seite die Aktion fortsetzten<sup>432</sup>. Auch in einem größeren Rahmen gelang es Klech, die Gemeinschaft der »harkis« zu mobilisieren. Ende November demonstrierten knapp 2000 von ihnen in Paris ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden. Der Demonstrationzug verdeutlichte das ambivalente Verhältnis der Gemeinschaft zur Französischen Republik. Mit militärischen Orden behängte Hilfssoldaten der ersten Generation führten den Demonstrationzug an. Die zweite Generation folgte ausgestattet mit Transparenten und französischen Flaggen<sup>433</sup>. Der Zug brachte durch das Zusammenspiel von Transparenten und Flaggen den Wunsch der Hilfssoldaten und deren Nachkommen nach Zugehörigkeit und zugleich die aus der Enttäuschung resultierende Wut zum Ausdruck.

<sup>430</sup> Grève de la faim des enfants de harkis, in: France-Horizon 384–385 (1997), S. 12f.

<sup>431</sup> Abdelkrim Klech a été conduit en urgence à l'Hôtel-Dieu par le SAMU, in: Le Monde, 1.10.1997.

<sup>432</sup> Nachdem seine Mitstreiter Anfang Oktober ihren Hungerstreik beendet hatten, führte Klech ihn mit vier weiteren Söhnen ehemaliger Hilfssoldaten fort. Vgl. Quatre enfants de harkis entament une nouvelle grève de la faim, in: Le Monde, 8.10.1997.

<sup>433</sup> Un millier de harkis et sept cent membres de leurs familles ont manifesté pour ne plus être les »oubliés de l'Histoire«, in: Le Monde, 18.11.1997.

Noch bis Mitte April dauerte der Hungerstreik auf der Esplanade des Invalides an. Die Regierung gab den Forderungen der Streikenden nicht nach, sondern ließ den Platz schließlich polizeilich räumen. Die Räumung zerstörte jedoch nicht den Willen der »harkis«, ihr Ziel zu erreichen. Nachdem die Polizei die Hungerstreikenden verhaftet hatte, ließen sich bereits am Folgetag zwei Söhne ehemaliger Hilfssoldaten am gleichen Ort nieder, um die Aktion fortzusetzen. Als die Polizei auch diese verhaftete, übergoss sich einer von ihnen mit Benzin und drohte, sich selbst anzuzünden<sup>434</sup>. Kurz nach diesem Ereignis meldeten Unterstützer der Hungerstreikenden eine Demonstration an. Einige hundert Hilfssoldaten und deren Nachkommen folgten dem Aufruf und beteiligten sich an dem Protestzug. Einige von ihnen versuchten die Gelegenheit zu nutzen, erneut ein Zelt auf der Esplanade des Invalides zu installieren und den Hungerstreik fortzusetzen. Polizeibeamte verhinderten dies, womit die Hungerstreiks vorerst beendet waren<sup>435</sup>. Klech sollte drei Jahre später, im März 2000, durch einen erneuten Hungerstreik an die Aktion von 1997 anknüpfen. Gemeinsam mit Ahmed Khedairia, ebenfalls Sohn eines *harki*, ließ er sich auf der Place du Président-Édouard-Herriot vor den Toren der Nationalversammlung in Paris nieder, um eine Parlamentsdebatte zur Frage nach der Schuld Frankreichs am Schicksal der Hilfssoldaten zu fordern<sup>436</sup>. Er sei bereit zu sterben, um seine Forderungen durchzusetzen, erklärte Klech gegenüber einem Journalisten von »Le Monde« und unterstrich damit das Gewicht seiner erinnerungspolitischen Forderung<sup>437</sup>. Die Aktion war jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Weder die Abgeordneten noch die französische Öffentlichkeit zeigten ein ausgeprägtes Interesse an der Aktion.

Während Klech seine Forderung nach einem offiziellen Schuldeingeständnis durch die Hungerstreiks unterstrich, verfolgte Azni parallel zunächst mit ähnlichen Strategien das gleiche Ziel. Er gründete bereits 1986 den Verband Association des Français rapatriés d'origine algérienne, der später im CNLH aufgehen sollte. Mithilfe dieser Verbandsstrukturen wies Azni ebenfalls durch kleinere Hungerstreiks sowie durch Demonstrationen und Petitionen auf die Schuld der Französischen Republik am Schicksal der Hilfssoldaten hin. Nach eigenen Angaben hatte er diesen Verband bewusst gegründet, um sich von den Repatriiertenverbänden abzugrenzen. Er widersprach der von diesen Verbän-

<sup>434</sup> Le préfet de police à monsieur le ministre de l'Intérieur, direction générale de la police nationale. Question écrite n° 15250 posée le 8 juin 1998 par M. Didier Quentin, député, 30.6.1998, AN: vers. 20091057/212.

<sup>435</sup> Ibid.

<sup>436</sup> Grève de la faim de deux fils de harkis pour que la France reconnaisse »ses fautes«, in: Le Monde, 10.4.2000.

<sup>437</sup> Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

den verbreiteten These einer Schicksalsgemeinschaft aller Repatriierten, da für ihn die Hilfssoldaten nicht als gleichberechtigte Bürger der Französischen Republik behandelt würden. Weder in Algerien noch in Frankreich hätten die beiden Gruppen eine solche Gemeinschaft gebildet<sup>438</sup>.

Trotz dieser Sichtweise kooperierte Azni auch mit Repatriiertenverbänden, wenn es darum ging, die Schuld Frankreichs gegenüber den Hilfssoldaten und deren Nachkommen aufzuzeigen. Im Jahr 1999 versuchte er an der Seite von Repatriiertenverbänden, die offiziellen Feierlichkeiten zum 11. November zu diesem Zwecke zu nutzen. Der Repatriiertenverband *Recours* hatte durchgesetzt, dass zu den Feierlichkeiten Repatriierte, auch verschiedene Hilfssoldaten und deren Nachkommen, eingeladen wurden, um am Grab des unbekanntes Soldaten einen Kranz niederzulegen. Unter anderem Azni war hierfür ausgewählt worden<sup>439</sup>. Er wollte bei dieser Gelegenheit seinen Protest kundtun. Gemeinsam mit dem Verband europäischer Repatriierter der zweiten Generation JPN rief er zu einer Demonstration im Anschluss an den offiziellen Festakt auf. Die Polizei war bereits im Vorfeld vor einem Versuch gewarnt worden, die Feierlichkeiten zu stören. Da sie aus diesem Grund lediglich der offiziellen Delegation den Zutritt zu den Feierlichkeiten gewähren wollte, nicht jedoch deren Begleitern, boykottierte schließlich auch die ausgewählte Delegation die Veranstaltung und lieferte sich stattdessen eine Auseinandersetzung mit den Ordnungskräften<sup>440</sup>. Rund 200 »harkis« der ersten und zweiten Generation wurden schließlich auf dem Pont d'Iéna von Kräften der CRS eingekesselt, wo sie rund eine Stunde verharrten und lautstark ihren Unmut kundtaten<sup>441</sup>.

Wie der Demonstrationzug, der im November 1997 durch Paris gezogen war, waren auch die Demonstranten, die die offizielle Delegation am 11. November 1999 begleiteten, mit Kriegsorden und französischen Flaggen ausgestattet<sup>442</sup>. Mit dieser militärischen Symbolik verwiesen sie auf den Dienst an der Waffe für Frankreich und bedienten das Motiv des »soldat fidèle à la France«, womit sie die Zugehörigkeit zur Französischen Republik demonstrieren. Gleichzeitig brachten sie jedoch durch ihr Handeln ihre Wut und ihre Ent-

438 Boussad AZNI, *Harkis, crime d'État. Généalogie d'un abandon*, Paris 2001, S. 142f.

439 Philippe Nouvion, secrétaire général du *Recours*, à Laurent Bellini, chef du protocole, secrétariat d'État chargé des anciens combattants, 5.11.1999, AN: vers. 20120054/95.

440 André Wormser, der Präsident des CNMF, hatte im Vorfeld auf die geplante Demonstration aufmerksam gemacht, weshalb der Generalsekretär des *Recours*, Philippe Nouvion, ihn für die Eskalation verantwortlich machte. Vgl. hierzu Philippe Nouvion an André Wormser, 22.11.1999, *ibid*, und André Wormser an Philippe Nouvion, 5.12.1999, *ibid*.

441 Des matraques pour une gerbe, in: *Le Clin d'œil* 128 (1999).

442 *Ibid*.

täuschung darüber zum Ausdruck, dass weder ihre Väter noch sie selbst von französischer Seite jemals als gleichberechtigte Bürger behandelt worden waren. Aus diesem Grund begnügte sich Azni nicht damit, einen Kranz am Grab des unbekanntem Soldaten niederzulegen, sondern nutzte die Gelegenheit, um seine Enttäuschung kundzutun und die Schuld Frankreichs am Schicksal der Hilfssoldaten anzuprangern. Die Auseinandersetzung mit den Kräften der CRS während der Staatsfeierlichkeiten zum 11. November versinnbildlichte dieses ambivalente Verhältnis zur Französischen Republik. Die zur Staatsfeier eingeladenen Hilfssoldaten und deren Nachkommen nahmen nicht an den Feierlichkeiten teil. Stattdessen fanden sie sich auf dem Pont d'Iena Kräften der CRS gegenüber und brachten ihren Unmut gegenüber der Französischen Republik zum Ausdruck, indem sie drohten, ihre Medaillen in der Seine zu versenken und ihre mitgebrachten Trikoloren anzuzünden<sup>443</sup>.

Als mit den Prozessen gegen Klaus Barbie und Maurice Papon die Vergangenheitsdeutung mehr und mehr auf die Ebene der Justiz verlagert wurde, griff auch Azni diese Handlungsstrategie auf. Er konnte mit Emmanuel Altit einen renommierten Anwalt gewinnen, der bereits an zahlreichen internationalen Prozessen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen war. Nachdem Altit gemeinsam mit einem Kollegen und verschiedenen Mitarbeitern die Anklageschrift fertiggestellt hatte, reichte Azni mit acht weiteren Hilfssoldaten und Nachkommen von Hilfssoldaten, darunter auch Sadouni, sowie im Namen seines eigenen Verbandes Klage gegen Unbekannt wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein<sup>444</sup>. Der Zeitpunkt der Klage war genau bedacht. Azni leitete diesen Schritt ein, nachdem die Veröffentlichung von Aussaresses' Ausführungen zur Anwendung der Folter zu einer Klage wegen »Verherrlichung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit« geführt hatten. Azni begründete seinen Schritt zum einen mit den Äußerungen Bouteflikas sowie der nur zögerlichen Reaktion der Staatsführung auf diese Äußerungen. Zum anderen erklärte er, dass die »amis algériens« derjenigen, die sich empört über die Geständnisse von Aussaresses zeigten, Verbrechen begangen hätten, die »mille fois plus odieux« seien<sup>445</sup>. Die in Frankreich geführte Debatte um die vom französischen Militär begangenen Folterungen waren für Azni und seine Mitstreiter ein Affront. Das Problem lag dem Sprecher des CNLH Ahmed Raffa zufolge nicht darin, dass mit der Folterdebatte auch Hilfssoldaten als Täter in den Fokus der französischen Öffentlichkeit rückten. Hilfssoldaten seien nie an dieser »barbarie« beteiligt gewesen, so Raffa. Nur einige Wenige, die sich der französischen Armee angeschlossen hätten, um den Tod von Familienangehörigen

443 Ibid.

444 Emmanuel ALTIT, Préface, in: AZNI, Harkis, crime d'État, S. 14f.

445 AZNI, Harkis, S. 166.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

zu rächen, hätten sich solcher Vergehen schuldig gemacht<sup>446</sup>. Vielmehr lag für Raffa das Problem darin, dass die von Louise Ighilahriz erhobenen Foltterwürfe auf ein breites Echo innerhalb der französischen Gesellschaft gestoßen waren und die Forderung nach einem Schuldeingeständnis und einer Entschuldigung durch die Vertreter der Französischen Republik laut wurden, während die Gemeinschaft der Hilfssoldaten sich bereits seit mehreren Jahren vergeblich um eine solche Entschuldigung bemühte<sup>447</sup>. Die mangelnde Unterstützung hierfür wertete das CNLH als weiteres Zeichen dafür, nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger anerkannt zu sein.

Die Anklageschrift macht deutlich, worin die Kläger die Schuld der Französischen Republik sahen. Drei Punkte warfen sie den damaligen Regierungsvertretern vor. Im Zentrum standen die Massaker. Der damalige Staatspräsident de Gaulle und seine Regierung trügen eine Mitverantwortung für die Massaker an den Hilfssoldaten, da sie diese entwaffnet und dann in Algerien zurückgelassen hätten. Der Anklageschrift wurden zahlreiche Zeugenaussagen von ehemaligen Hilfssoldaten beigefügt, die diesen Vorwurf bestätigten und den Horror, den sie in Algerien erlebt hatten, beschrieben. Darüber hinaus waren auch Dokumente hinzugefügt, etwa die Direktive des damaligen Ministers für algerische Angelegenheiten Louis Joxe, der jegliche Privatinitiative, Hilfssoldaten nach Frankreich zu bringen, ausdrücklich untersagt hatte. Die Klage bezog sich jedoch nicht nur auf die Massaker. Bereits die Rekrutierung der Hilfssoldaten werteten die Verfasser der Anklage als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die französische Armee habe aus militärischen Gründen Hilfssoldaten benötigt. Aus diesem Grund habe sie sich mit allen Kräften bemüht, Muslime in großer Zahl anzuwerben, und habe dabei auch zu Zwangsrekrutierungen gegriffen und Minderjährige rekrutiert. Der dritte Punkt der Anklage bezog sich auf den Umgang mit den Hilfssoldaten nach deren Ankunft in Frankreich. Obwohl sie meist die französische Staatsbürgerschaft hatten, habe man sie in den Lagern nicht als solche behandelt. Die hygienischen Bedingungen in den Lagern, die Arbeit, die sie teils ohne Entlohnung leisten mussten, die militärischen Strukturen, denen sie sich zu unterwerfen hatten, sowie die schlechte lagerinterne Schulbildung, die der zweiten Generation ein normales Leben erschwerte, kamen ebenfalls in der Anklageschrift zur Sprache<sup>448</sup>.

Die Anklageschrift trug in vielen Punkten die Handschrift Sadounis und Aznis. Dass die Hilfssoldaten nicht aus Überzeugung für ein französisches

<sup>446</sup> La communauté harkie demande à la justice de reconnaître son drame de 1962, in: *Le Monde*, 9.6.2001.

<sup>447</sup> *Ibid.*

<sup>448</sup> Plainte déposée le 30 août 2001 au Palais de justice de Paris, abgedruckt in: AZNI, *Harkis*.

Algerien gekämpft hatten, sondern ihre Rekrutierung oftmals das Ergebnis einer Manipulation oder gar eines Zwangs vonseiten der französischen Armee gewesen sei, hatte Sadouni bereits in seiner Autobiografie hervorgehoben. Auch auf die Rekrutierung Minderjähriger hatte Sadouni bereits in den 1980er Jahren aufmerksam gemacht. Mit dem Einreichen der Klage veröffentlichte er eine überarbeitete Version seiner Autobiografie, in der er auch sein Leben in Frankreich einbezog und darlegte, wie er in Frankreich dafür eingetreten war, dass man sich an die Geschichte der Hilfssoldaten erinnere<sup>449</sup>. Azni hatte als Sohn eines Hilfssoldaten keine Erinnerungen an den Krieg und nur sehr vage Erinnerungen an die Flucht seiner Familie nach Frankreich. Sein Leben war jedoch durch die Lagererfahrungen geprägt. Wie Sadouni gab auch er kurz nach dem Einreichen der Klage seine Erfahrungen in einer Veröffentlichung wieder<sup>450</sup>. Seinen persönlichen Erfahrungen im Lager von Bias räumte er viel Platz ein und betonte, er sehe die Lagerpolitik als ein weiteres Verbrechen des französischen Staates an, das in der »extermination molle, sans tambour ni trompettes, d'une génération perdue à laquelle on n'a laissé que la désespérance pour seule raison d'être« bestünde<sup>451</sup>. Hinter der Lagerpolitik habe der Plan gestanden, die Hilfssoldaten und ihre Familien langsam auszulöschen. Man habe ihre Existenz verneint und ihnen das Recht genommen, für die Mehrheitsgesellschaft sichtbar zu existieren<sup>452</sup>. Nicht nur durch die mangelnde Bildung sei sein weiteres Leben beeinträchtigt gewesen, sondern auch körperlich habe seine Kindheit in Bias Spuren hinterlassen. Explizit wurde in die Klageschrift aufgenommen, dass Azni sowie zwei weitere Kläger von dem Leben im Lager körperliche Schäden davongetragen hätten<sup>453</sup>.

Für Sadouni und Azni war die Klage ein Weg, ihr ambivalentes Verhältnis zur Französischen Republik zu überwinden. Obgleich Sadouni betonte, nicht aus Überzeugung für ein französisches Algerien gekämpft zu haben, verstand er sich doch als französischer Staatsbürger. Azni war als Sohn eines Hilfssoldaten in Frankreich aufgewachsen und betrachtete Frankreich als seine Heimat. Beide hatten jedoch stets das Gefühl gehabt, nicht als französische Staatsbürger anerkannt zu werden, woraus ihr ambivalentes Verhältnis zu Frankreich resultierte. Sie demonstrierten einerseits ihren Patriotismus, brachten jedoch zugleich ihre Enttäuschung über die Republik zum Ausdruck. Wie Brillet aufzeigte, empfanden sie ein Schuldeingeständnis und eine offizielle Entschuldi-

449 SADOUNI, *Destin de harki*.

450 AZNI, *Harkis*.

451 *Ibid.*, S. 108.

452 *Ibid.*, S. 113.

453 *Plainte déposée le 30 août 2001 au Palais de justice de Paris*, abgedruckt *ibid.*

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

gung von Repräsentanten des Staats als notwendigen Schritt, um sich mit der Französischen Republik identifizieren zu können<sup>454</sup>. Als einen ersten Schritt in Richtung Entschuldigung verstanden viele Mitglieder der Gemeinschaft die Worte, mit denen sich Chirac anlässlich der Journée nationale d'hommage aux harkis an sie wandte und zumindest in Teilen die Verantwortung Frankreichs für die Massaker sowie Fehler bei der Integrationspolitik einräumte<sup>455</sup>. Obwohl er beklagte, dass Chirac große Worte verwendet habe, um scheinbar alles und doch zugleich nichts zu sagen, sah Azni diese Rede Chiracs selbst als Wendepunkt an<sup>456</sup>.

Zwar wurde die Klage abgewiesen und die Worte Chiracs kamen nicht einem offiziellen Schuldeingeständnis und einer offiziellen Entschuldigung gleich, doch beendete Azni nach der Rede Chiracs seine Opposition zum französischen Staat und ging dazu über, mit ihm zu kooperieren. Im Jahr 2002 rief er bei der Präsidentschaftswahl dazu auf, in der Stichwahl für Chirac und gegen Le Pen zu stimmen, womit er sich klar zur Französischen Republik bekannte<sup>457</sup>. Nachdem er zum Vizepräsidenten des im Dezember 2002 von Chirac geschaffenen Haut Conseil des rapatriés ernannt worden war, der sich insbesondere mit Fragen der Integration und der Geschichte der Repatriierten und der »harkis« befassen sollte, wurde er selbst Teil der französischen Regierung<sup>458</sup>. Dieser weitere Lebenslauf Aznis versinnbildlicht die Bedeutung, die insbesondere Kinder der Hilfssoldaten einem Schuldeingeständnis vonseiten französischer Staatsvertreter und einer offiziellen Entschuldigung einräumten. Während sie die Äußerungen Chiracs am 25. September 2001 zwar als ersten Schritt in diese Richtung werteten, beendeten sie nicht den Kampf der Gemeinschaft um Anerkennung. Obwohl Azni fortan innerhalb der Regierung versuchte, die Interessen der Gemeinschaft durchzusetzen, bedeutet dies nicht das Ende der Protestaktionen. Klech machte auch in den folgenden Jahren immer wieder so auf sich aufmerksam<sup>459</sup>. Allerdings drängten nach dem Jahr 2002 andere Akteure in den Vordergrund, die andere Wege suchten, um die Forderung nach einem Schuldeingeständnis und einer Entschuldigung an die französische Regierung heranzutragen.

454 BRILLET, *Scène judiciaire*, S. 47–73.

455 Vgl. hierzu [Kap. 4.1](#).

456 AZNI, *Harkis*, S. 25f.

457 *Les jours qui se suivent...*, in: *Le Clin d'œil* 165 (2003).

458 MOUMEN, *De l'absence*, S. 168.

459 Im November 2004 bezog Klech ein Camp vor den Türen des Senats, um erneut seine Forderungen zu unterstreichen, vgl. *Des harkis campent devant le Sénat et réclament justice*, in: *Le Monde*, 19.11.2004.

Nachdem sich innerhalb der Gemeinschaft stets männliche Akteure hervorgetan hatten, veröffentlichten im Jahr 2003 unabhängig voneinander gleich vier Töchter ehemaliger Hilfssoldaten teils Autobiografien, teils fiktionale Werke, die in der Forschung als eine literarische Suche nach Identität gewertet wurden<sup>460</sup>. Mit diesen Werken lenkten die Frauen den Blick der französischen Öffentlichkeit auf sich und drängten die männlichen Akteure in den Hintergrund. In den folgenden Jahren sollten sie die Erinnerungsarbeit in der Gruppe der »harkis« dominieren und die erinnerungspolitischen Forderungen der Gemeinschaft prägen. Dalila Kerchouche, die 1973 in dem Lager von Bias als jüngstes Kind einer Familie mit elf Kindern geboren wurde, veröffentlichte in dem Werk »Mon père, ce harki« einen Bericht über ihre Suche nach der Vergangenheit ihrer Familie und somit nach ihrer eigenen Identität. Während ihre Geschwister teils einen großen Teil ihrer Kindheit in den Lagern und in Walddörfern verbracht hatten, hatte sie lediglich ein Jahr in Bias gelebt und hatte daher selbst keine Erinnerung an das Lagerleben. Um sich der Vergangenheit ihrer Familie zu nähern, begab sie sich auf Spurensuche in Frankreich und Algerien<sup>461</sup>. Der Fotograf Stephan Gladieu dokumentierte ihre Suche in Bildern. So entstand neben dem persönlichen Werk »Mon père, ce harki« mit »Destins de harkis« ein Buch, in dem Kerchouche und Gladieu Bilder und Erfahrungen verschiedener »harkis« einfingen. Der Fokus lag dabei auf deren Leben in den Lagern und Walddörfern. Gladieu setzte ehemalige Hilfssoldaten, insbesondere jedoch deren Ehefrauen und Kinder in der Kulisse der Lager und Walddörfer in Szene. Die Bilder zeigten symbolisiert durch den Stacheldraht, der das einstige Lager von Rivesaltes umgibt, die Ausgrenzung der Gemeinschaft. Aber auch die Identitätssuche der zweiten Generation in diesen abgeschlossenen Räumen zwischen den Traditionen der Eltern und der französischen Jugendkultur sowie die Revolte der Jugend gegen die paternalistischen Strukturen waren auf den Bildern Gladieus zu sehen<sup>462</sup>. Die Revolte der Jugend machte Kerchouche auch in dem Film »Leïla, la fille de harki« zum Thema, für den sie das Drehbuch schrieb<sup>463</sup>.

Im Gegensatz zu Kerchouche konnte Fatima Besnaci-Lancou auf eigene Erinnerungen sowohl an die Flucht ihrer Familie aus Algerien als auch an ihre Kindheit und Jugend im Lager zurückgreifen. Als älteste Tochter war sie bereits acht Jahre alt, als ihre Familie aus Algerien fliehen musste und sich in verschiedenen Lagern und Walddörfern in Frankreich wiederfand. Erst im Alter von

<sup>460</sup> SUTHERLAND, Harki Autobiographies, S. 193–201.

<sup>461</sup> KERCHOUCHE, Mon père.

<sup>462</sup> DIES., Destins de harkis.

<sup>463</sup> Leïla, la fille de harki (Alain TASMA, Frankreich 2006).

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

25 Jahren verließ sie 1979 das Walddorf, in dem ihre Familie zuletzt gelebt hatte. Ihre Kindheit und Jugend war sowohl von Kriegs- als auch Lagererfahrungen geprägt. Diese Erfahrungen beschrieb sie in ihrer Autobiografie »Fille de harki«<sup>464</sup>. Nicht ihre eigene Vergangenheit, sondern die ihres Vaters stand für Zahia Rahmani, die 1962 geboren wurde und 1967 nach Frankreich kam, im Vordergrund. Die von ihr erzählte Geschichte dreht sich um den Selbstmord ihres Vaters, der sich 1991 ertränkte<sup>465</sup>. Hadjila Kemoum, ebenfalls kurz nach Ende des Krieges geboren, gab von ihrer eigenen Familiengeschichte nichts preis, sondern verarbeitete die Vergangenheit ihres Vaters in Form eines fiktiven Romans. In »Mohand le harki« erzählt sie die Geschichte eines *harki*, der im Jahr 2001 einen ehemaligen Minister der Regierung de Gaulle als Geisel nimmt, nachdem dieser in einem Fernsehinterview jegliche Verantwortung an den Massakern von 1962 von sich gewiesen hatte<sup>466</sup>.

Ogleich sie unterschiedliche Erzählformen wählten und verschiedene Schwerpunkte setzten, ging es all diesen Frauen darum, durch das Schreiben ihrer eigenen Familiengeschichte zu begegnen. Sie begaben sich auf die Suche nach ihrer eigenen Identität als Töchter von Hilfssoldaten<sup>467</sup>. Alle vier Frauen veröffentlichten unabhängig voneinander im Jahr 2003 ihre Werke. Es waren die gleichen Ereignisse, die sie bewegt hatten, sich auf die Suche nach ihren Wurzeln zu begeben und sich am öffentlichen Diskurs zu beteiligen. Insbesondere der Staatsbesuch Bouteflikas löste diese Identitätssuche aus. Sowohl Kerchouche als auch Besnaci-Lancou zeigten sich geschockt, als Bouteflika in einem Fernsehinterview die »harkis« als »collabos« bezeichnete. Kerchouche beschrieb, wie sie entsetzt diesem Interview gelauscht habe<sup>468</sup>. Besnaci-Lancou bezeichnete seine Worte als »gifle«<sup>469</sup>. Die Worte Bouteflikas wirkten gerade deshalb für diese beiden Frauen so aufrüttelnd, da sie sich bis dahin selbst nicht als Teil der Gemeinschaft der »harkis« verstanden hatten. Dies galt nicht nur für Kerchouche, die erst in den 1970er Jahren geboren war. Im Gegensatz zu vielen Söhnen der Hilfssoldaten galten zahlreiche Töchter als Beispiele gelungener Integration. Sie konnten auf eine erfolgreiche Biografie verweisen, während ihre Brüder oft auf einen vergleichsweise schwierigen Lebensweg zurück-

464 BESNACI-LANCOU, *Fille de harki*.

465 Zahia RAHMANI, *Moze*, Paris 2003.

466 Hadjila KEMOUM, *Mohand le harki*, Paris 2003.

467 CHOSSAT, *In a Nation of Indifference*, S. 77.

468 KERCHOUCHE, *Mon père*, S. 206; BESNACI-LANCOU, *Fille de harki*, S. 13.

469 *Ibid.*

blickten<sup>470</sup>. Rahmani hatte nach ihrem Studium der Literaturwissenschaft und der Kunstgeschichte nicht nur mehrere Romane veröffentlicht, für die sie mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet worden war, sondern auch als Kunsthistorikerin unter anderem in der Galerie nationale du Jeu de paume gearbeitet. Kerchouche schrieb als Journalistin für »L'Express« und Besnaci-Lancou leitete einen Verlag. Sie hatten sich in die französische Gesellschaft integriert und die Erfahrungen, die sie als Töchter von Hilfssoldaten auszeichneten, vergessen oder verdrängt. Die Worte Bouteflikas riefen ihnen jedoch wieder ins Bewusstsein, dass sie einer, wie Besnaci-Lancou es ausdrückte, »communauté de destin« angehörten. Besnaci-Lancou sah ihr Leben durch diese Erkenntnis grundlegend erschüttert<sup>471</sup>.

Die Frauen wurden nach eigenen Angaben auch von Azni und dessen Mitstreitern dazu motiviert, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Kerchouche widmete ihr Werk unter anderem »Boussad Azni [...] et tous les habitants de Bias«<sup>472</sup>. Auch Besnaci-Lancou betonte die Bedeutung der erinnerungspolitischen Aktivitäten Aznis. Sie begrüßte die Forderung nach einem Schuldeingeständnis und einer Entschuldigung vonseiten der französischen Regierung. Allerdings distanzierte sie sich in einigen Punkten von den Aktionen der Söhne der Hilfssoldaten. Sie verstehe ihr Handeln, ihr Weg sei jedoch nicht der ihrige<sup>473</sup>. Besnaci-Lancou verfolgte wie auch ihre Mitstreiterinnen ähnliche Ziele wie Azni und seine Mitstreiter, allerdings verfolgten die Frauen diese Ziele mit anderen Methoden und unterschieden sich auch in ihrer Deutung der Vergangenheit von diesen Aktivisten. Die Autobiografien und Romane dieser Frauen drehten sich um die gleichen Themen, die Azni in seiner Klage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ins Zentrum gerückt hatte. Es ging um die Frage, weshalb ihre Väter auf französischer Seite gekämpft hatten, und darum, warum die französische Armee sie nach dem Rückzug der französischen Truppen in Algerien zurückgelassen hatte. Auch die Integrationspolitik sowie das Leben in den Lagern und den Walddörfern nahmen viel Platz ein. Diese Frauen rückten jedoch erstmals die Geschichte der Hilfssoldaten explizit in den Kontext der französischen Kolonialgeschichte und machten koloniale und postkoloniale Mechanismen für das Schicksal ihrer Gemeinschaft verantwortlich.

<sup>470</sup> SUTHERLAND, Harki autobiographies, S. 195. Auch Besnaci-Lancou berichtet, dass ihre Brüder »comme beaucoup de garçons de notre communauté« noch immer ihren Weg suchten, während ihre Schwestern und sie mehr oder weniger gut zurechtkämen, vgl. BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 113.

<sup>471</sup> Ibid., S. 13.

<sup>472</sup> KERCHOUCHE, Mon père, Remerciements.

<sup>473</sup> BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 119.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

»L'histoire coloniale de France a fait de moi une fille de harki«<sup>474</sup>, erklärte Besnaci-Lancou. Rahmani griff zu einer ähnlichen Erklärung. Ihr Vater sei Algerier gewesen. Der französische Kolonialismus habe ihn zu einem »Français musulman d'Algérie« gemacht<sup>475</sup>. In einem Interview gab sie an, das Buch geschrieben zu haben, um zu zeigen, wie durch die französische Kolonisation »des hommes bannis« entstanden seien<sup>476</sup>. In ihren Autobiografien legten Kerchouche, Rahmani und Besnaci-Lancou großen Wert darauf, deutlich zu machen, dass ihre Väter nicht als französische Bürger für ein französisches Algerien gekämpft hätten, sondern dass die Kolonialmacht sie als Kolonialisierte rekrutiert und zugleich unterdrückt habe. Besnaci-Lancou bezeichnete diese Situation als »absurdité«<sup>477</sup>. Aufgrund des Drucks, der sowohl vom FLN als auch von der französischen Armee ausgegangen sei, sei jeder ein »harki potentiel« gewesen, schreibt sie in ihrer Autobiografie<sup>478</sup>. Die Entscheidung, für die französische Armee zu den Waffen zu greifen, sei demnach keine ideologische Entscheidung gewesen. Insbesondere Kerchouche hob hervor, dass ihr Vater eigentlich den Unabhängigkeitskampf unterstützt habe. Wäre eine rein ideologische Entscheidung möglich gewesen, hätte ihr Vater sich entschieden, für den FLN zu kämpfen<sup>479</sup>. Obgleich sie die vom FLN ausgeübte Gewalt anprangerten, schrieben diese Frauen ihm nicht die Kriegsschuld zu. Sie werteten den Unabhängigkeitskampf des FLN trotz ihrer Kritik an dessen Methoden als legitimen Kampf gegen die Kolonialherrschaft.

Ohne ihre Väter für ihre Entscheidung zu verurteilen, warfen sie ihnen vor, sich für die falsche Seite entschieden zu haben. Ihr Vater sei durch diese Entscheidung zu einem »éternel colonisé« geworden, so Kerchouche<sup>480</sup>. Sie vertrat wie auch Besnaci-Lancou die Ansicht, dass ihre Familie in Frankreich weiterhin wie Kolonialisierte lebte. Den Erinnerungen an das Leben in den Lagern und Walddörfern räumten sie aus diesen Gründen in ihren Erzählungen viel Platz ein. Beide Frauen erklärten, wie in diesen Lagern koloniale Strukturen fortgesetzt worden seien. Sie beschrieben totalitäre Räume, in denen ehemalige Militärs und repatriierte Siedler die Regeln bestimmten, denen sich die Bewohner zu unterwerfen hatten. Besnaci-Lancou erzählte, sie habe die Achtung vor

474 Ibid., S. 13.

475 RAHMANI, Moze, S. 112.

476 Zitiert nach: Le prix de la mémoire à Zahia Rahmani, in: Le Parisien, 7.11.2003.

477 BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 19.

478 Ibid.

479 KERCHOUCHE, Mon père, S. 244–254.

480 Ibid., S. 144.

ihrem Vater verloren, der die »complexes des colonisés« nie abgelegt habe<sup>481</sup>. Und auch Kerchouche beschrieb, wie sie sich für ihren Vater schämte, da er Personen in Uniform stets unterwürfig begegnete, selbst nachdem sie das Lager verlassen hatten<sup>482</sup>. Die Verantwortung für diese Unterwerfung schrieben sie jedoch nicht ihren Vätern zu, sondern den europäischen Repatriierten sowie den ehemaligen SAS-Offizieren, die in den Lagern die Aufsicht übernommen hatten. Diese hätten die ehemaligen Hilfssoldaten und deren Familien wie Kolonialisierte behandelt, da sie die Lager und Walddörfer als »un morceau d'Algérie coloniale« verstanden hätten<sup>483</sup>.

Auch den französischen Staat sahen sie in der Verantwortung. Es sei die Schuld der Regierungsverantwortlichen, dass diese totalitären Räume existieren konnten. Kerchouche, die selbst keine Erinnerungen an das Leben in den Lagern hatte, begann ihre Identität als französische Staatsbürgerin in Frage zu stellen, als sie sich ihrer Familiengeschichte annäherte. Es fiel ihr schwer, eine Erklärung dafür zu finden, dass im republikanischen Frankreich totalitäre Räume existieren konnten, in denen die Werte der Republik keine Bedeutung hatten<sup>484</sup>. Sie stellte sich die Frage, weshalb die Regierung die Hilfssoldaten offiziell als Repatriierte bezeichnete, diese jedoch nicht von den gleichen Integrationsmaßnahmen profitierten wie die europäischen Repatriierten, und kam zu dem Schluss, dass die Erklärung in dem im Kolonialismus wurzelnden Rassismus zu suchen sei. Die jeweiligen Regierungen hätten im Umgang mit den Hilfssoldaten einen institutionellen Rassismus etabliert, da sie sich der Idee verwehrt hätten, man könne zugleich Franzose und Muslim sei. Der Fehler ihres Vaters liege demnach nicht darin, sich für die französische Seite entschieden zu haben, sondern darin, Araber und Muslim zu sein<sup>485</sup>.

Mit ihrer Interpretation der Vergangenheit stießen die Frauen nicht auf ungeteilte Zustimmung. Aufgrund ihrer scharfen Kritik an der Lagerverwaltung musste sich Kerchouche mit Kritik vonseiten des CNMF und Faivres auseinandersetzen. Um ihre Vergangenheitsdeutung zu unterminieren, warf man ihr vor, nicht auf eigene Erinnerungen zurückgreifen zu können<sup>486</sup>. Kerchouche konnte sich in der Tat nicht ihrer eigenen Erinnerungen bedienen. Aus diesem Grund verwob sie wie auch die anderen Frauen die mündlich tradierten Erinne-

<sup>481</sup> BESNACI-LANCOU, *Fille de harki*, S. 72.

<sup>482</sup> KERCHOUCHE, *Mon père*, S. 22.

<sup>483</sup> *Ibid.*, S. 160.

<sup>484</sup> *Ibid.*, S. 139.

<sup>485</sup> *Ibid.*, S. 187f.

<sup>486</sup> Vgl. zur Kritik der ehemaligen SAS-Offiziere an den Veröffentlichungen Kerchouches [Kap. 4.2](#).

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

rungen ihrer Familie mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Susan Ireland zeigt auf, wie sie sich Arbeiten von Historikern zu Nutze machten, um die Repräsentativität ihrer Erinnerungen zu verdeutlichen<sup>487</sup>. Gezielt suchten diese Frauen auch die Kooperation mit Wissenschaftlern und entschieden sich damit für das gleiche Vorgehen wie das CNMF unter der Führung von André Wormser. Allerdings kooperierten sie im Gegensatz zu Wormser nicht mit Wissenschaftlern aus dem militärischen, sondern aus dem linksintellektuellen Milieu. Als Journalistin der Wochenzeitung »L'Express« war Kerchouche für eine der Zeitungen tätig, die bereits während des Algerienkriegs Kritik an der französischen Kolonialherrschaft in Algerien geübt hatte. Besnaci-Lancou stand ebenfalls der kolonialkritischen Linken nahe. Allerdings erklärte sie als Tochter eines »harkis«, darunter zu leiden, dass auch die französische Linke das Bild der Verräter aufrechterhielt. In diesem Sinne zeigte sie ein gewisses Verständnis dafür, dass einige Vertreter der Gemeinschaft sich politisch auf die Seite der extremen Rechten schlugen. Ein der Rechten nahestehender »harki« sei gewiss glücklicher als ein der Linken nahestehender »harki«, der immer wieder mit Ablehnung konfrontiert werde<sup>488</sup>. Dennoch stellte sie klar, dass ihrer Ansicht nach die extreme Rechte die Hilfssoldaten wie alle Muslime eigentlich verachte, und distanzierte sich wie auch die anderen Frauen deutlich von allen Akteuren, die noch immer die *Algérie française* verteidigten<sup>489</sup>.

Insbesondere Besnaci-Lancou sollte es gelingen, die Gräben, die die Gruppe der Hilfssoldaten sowohl von der kolonialkritischen Linken als auch von den maghrebiniischen Einwanderern in Frankreich trennten, langsam zu überwinden. Ihre Erinnerungsarbeit beschränkte sich nicht darauf, Erinnerungen niederzuschreiben. Vielmehr motivierte sie das Schreiben zu weiteren erinnerungspolitischen Aktivitäten. Unter anderem gemeinsam mit Kemoum gründete sie das Komitee Femmes et filles de harkis und rief im Januar 2004 zu einem friedlichen Protestmarsch in Paris auf<sup>490</sup>. Mehr als tausend Menschen folgten diesem Aufruf und forderten mit ihrer Demonstration, dass Frankreich die Verantwortung für das Schicksal der Hilfssoldaten übernehme. Besnaci-Lancou war es gelungen, verschiedene antirassistische und menschenrechtsorientierte Gruppen als Unterstützer für die Demonstration zu gewinnen. Unter anderem die LDH rief ihre Mitglieder dazu auf, sich an diesem Marsch zu betei-

487 IRELAND, Facing the Ghosts of the Past, S. 304.

488 BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 116.

489 Ibid., S. 121.

490 SUTHERLAND, Harki autobiographies, S. 199.

ligen<sup>491</sup>. Als Reaktion auf diesen ersten Erfolg gründete Besnaci-Lancou noch im selben Jahr den Verband Harkis et droits de l'homme<sup>492</sup>. Mit diesem Verband knüpfte Besnaci-Lancou an die Verbindung mit der LDH an, wodurch ihr ein erster wichtiger Schritt zur Überbrückung der Differenzen zwischen der kolonialkritischen Linken und der Gemeinschaft der ehemaligen Hilfssoldaten gelungen war.

Auch zur maghrebinschen Gemeinde in Frankreich konnte Besnaci-Lancou Zugang finden. Alle vier Frauen hoben in ihren Schriften die Bedeutung ihrer algerischen Wurzeln für ihre Identität als französische Staatsbürgerinnen hervor<sup>493</sup>. Dass die »harkis« in Algerien noch immer als Verräter galten, trennte sie von diesen Wurzeln. Wenngleich ihre Hoffnung durch die Worte Bouteflikas einen Rückschlag erlitten hatte, setzte Besnaci-Lancou weiterhin auf eine Annäherung an die algerische Regierung sowie an die maghrebinsche Gemeinde in Frankreich<sup>494</sup>. Aus diesem Grund stellte sie wie auch Kerchouche bewusst die Erinnerungen in den Vordergrund, die die Hilfssoldaten mit den maghrebinschen Migranten teilten. Die Massaker nahmen daher in den Erzählungen der Frauen keinen zentralen Platz ein. Sowohl Kerchouche als auch Besnaci-Lancou stellten die Massaker in den Kontext der in Frankreich geführten Folterdebatte. Im Gegensatz zu Azni und seinen Mitstreitern zogen sie die Möglichkeit in Betracht, dass auch Hilfssoldaten in den Reihen der französischen Armee an Folterungen beteiligt gewesen sein könnten, obgleich sie ihre eigenen Väter von dieser Schuld freisprachen<sup>495</sup>. Viele unschuldige Algerier seien von der französischen Armee gefoltert worden, schrieb Besnaci-Lancou. Die französische Armee habe gefoltert, ebenso wie der FLN gefoltert habe. Da beide Seiten die gleichen Erfahrungen gemacht hätten, müsse es möglich sein, den Hass hinter sich zu lassen<sup>496</sup>. Sie kritisierte gegenüber den Aktivisten in der Gemeinschaft der ehemaligen Hilfssoldaten, die noch immer die Massaker ins Zentrum ihrer Erinnerungen rückten, an einem Opferstatus festzuhalten, den es zu überwinden gelte. Zu sehr werde dadurch die Konfrontation mit Algerien

491 La LDH soutient la marche pacifique »Femmes et filles de harkis«, 7.1.2004, <http://www.ldh-france.org/la-ldh-soutient-la-marche-pacifique-femmes-et-filles-de-harkis/> (26.2.2020).

492 SUTHERLAND, Harki autobiographies, S. 199.

493 BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 114f.

494 Ibid., S. 119.

495 Beide Frauen konfrontierten ihre Väter mit der Frage, ob sie an Folterungen beteiligt gewesen seien. Kerchouche war äußerst beruhigt, als ihr Vater ihr versicherte, nie gefoltert zu haben. Vgl. KERCHOUCHE, Mon père, S. 250f.; BESNACI-LANCOU, Fille de harki, S. 16.

496 Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

gesucht und zu sehr werde die Gemeinschaft dadurch von den »frères d'Algérie« getrennt<sup>497</sup>.

Mit einem Aufruf, zwei gruppenspezifische Gedenktage gemeinsam zu begehen, gelang Besnaci-Lancou ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer gemeinsamen Erinnerungsarbeit. Bevor am 25. September 2004 bereits zum vierten Mal offiziell die Journée nationale d'hommage aux harkis zelebriert wurde, veröffentlichte sie gemeinsam mit weiteren Kindern ehemaliger Hilfssoldaten sowie mit Nachkommen maghrebinischer Einwanderer das »Manifeste pour la ré-appropriation des mémoires confisquées«. In diesem Manifest sprach sich die jeweils zweite Generation beider Gruppen dafür aus, ihre Geschichte gemeinsam so aufzuarbeiten, dass auch die Geschichte der Hilfssoldaten nicht mehr länger verschleiert bliebe. Auf beiden Seiten des Mittelmeers würden die Akteure des Algerienkriegs nach einem einfachen Gut-oder-böse-Schema beurteilt. Diese vereinfachte Geschichtsschreibung verschleierte, was die Hilfssoldaten und die maghrebinischen Einwanderer eine<sup>498</sup>. Dieses stereotype Denken in Gut und Böse suchten sie zu überwinden, indem sie die gemeinsamen Erfahrungen der kolonialen Unterdrückung sowie die Erfahrungen des Exils und des im Kolonialismus wurzelnden strukturellen Rassismus hervorhoben. Als ehemals Kolonialiserte seien sie alle in Frankreich an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden, die einen in Lagern und Walddörfern, die anderen zunächst in Barackensiedlungen, dann in den französischen Vorstädten. Obwohl sie gemeinsam durch ihre Arbeitskraft in der Nachkriegszeit einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau Frankreichs geleistet hätten, würden sie noch immer marginalisiert und diskriminiert. Mithilfe einer gemeinsamen Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit, die auch der Geschichte der Hilfssoldaten genügend Raum einräumen sollte, erklärten sie, zu einer Gestaltung der Gegenwart sowohl in Algerien als auch in Frankreich beitragen zu wollen. Ihre Vision waren ein plurales Algerien und »une France plus juste, plus solidaire, plus reconnaissante et plus fraternelle«<sup>499</sup>. Symbolisch für diese gemeinsame Zielsetzung sollten zwei Gedenktage, die bis dahin als Symbol für die Differenzen beider Gruppen gestanden hatten, gemeinsam zelebriert werden. Es sollten sich Söhne und Töchter von Migranten an der Journée nationale d'hommage aux harkis beteiligen, während Nachkommen von Hilfssoldaten zum Gedenken an den 17. Oktober 1961 eingeladen wurden. Zahlreiche Söhne und Töchter ehemaliger Hilfssoldaten, darunter auch Kemoum und Kerchou-

<sup>497</sup> Ibid., S. 119.

<sup>498</sup> Le manifeste pour la ré-appropriation des mémoires confisquées, 23.9.2004, <http://histoirecoloniale.net/Le-manifeste-pour-la-re.html> (26.2.2020).

<sup>499</sup> Ibid.

che, unterzeichneten diesen Appell ebenso wie maghrebische Einwanderer der zweiten Generation<sup>500</sup>.

Die neuen Allianzen mit der kolonialkritischen Linken sowie mit der maghrebischen Gemeinde in Frankreich konnte Besnaci-Lancou auch dann noch aufrechterhalten, nachdem das am 23. Februar 2005 erlassene Gesetz »portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés« die Hilfssoldaten erneut in die Nähe der Verteidiger eines französischen Algeriens gerückt hatte. Bereits wenige Tage nach der Verabschiedung des Gesetzes äußerte sich Besnaci-Lancou als Präsidentin des Verbands Harkis et droits de l'homme in einer Pressemitteilung zu den Inhalten des Gesetzes. Diese leitete sie mit folgenden Worten ein: »Après les camps, derrière les barbelés, les harkis et leurs familles viennent d'être enfermés dans une loi abjecte votée par des nostalgiques de l'Algérie française«<sup>501</sup>. Auf diese Weise kritisierte sie die Fortsetzung kolonialer Strukturen, die mit diesem Gesetz nun auch auf der erinnerungspolitischen Ebene erkennbar werde. Anstatt tatsächlich auf die Forderungen der Gemeinschaft der Hilfssoldaten einzugehen, vermische die Regierung ihre Interessen mit den Interessen der ehemaligen Kolonialherren. Im ersten Artikel des Gesetzes, in dem die Regierung all jenen dankte, die ihren Beitrag zu »l'œuvre accomplie par la France dans les anciens départements français d'Algérie, au Maroc, en Tunisie et en Indochine ainsi que dans les territoires placés antérieurement sous la souveraineté française« geleistet hätten, erkannte Besnaci-Lancou einen Rekurs auf die Zivilisationsmission Frankreichs in den Kolonien<sup>502</sup>. Sie wehrte sich dagegen, die Hilfssoldaten hiermit in Verbindung zu bringen. Auch die Entschädigungszahlungen ordnete sie in den postkolonialen Kontext ein. Das Gesetz habe »un goût de charité et non de justice«<sup>503</sup>. Sie warf den Parlamentariern vor, den Hilfssoldaten noch immer mit rassistischen Denkmustern entgegenzutreten und davon auszugehen, dass diese sich als minderwertige Wesen mit »coups de compassion, médailles ou autres cérémonies« abspeisen ließen<sup>504</sup>. Sie kündigte an, mit ihrem Verband so lange wie nötig dafür zu kämpfen, dass die französische

500 Ibid.

501 Fatima Besnaci-Lancou, Harkis: une loi-geôle, communiqué de presse, 28.2.2005, <http://histoirecoloniale.net/l-Association-Harkis-et-droits-de.html> (26.2.2020).

502 Loi n° 2005-158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 1.

503 Fatima Besnaci-Lancou, Harkis: une loi-geôle, communiqué de presse, 28.2.2005, <http://histoirecoloniale.net/l-Association-Harkis-et-droits-de.html> (26.2.2020).

504 Ibid.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Nation offiziell die Verantwortung für das Schicksal der Hilfssoldaten übernehmen, und zwar ohne dieses aus dem kolonialen Kontext zu reißen<sup>505</sup>.

Zu dem Artikel 4 des Gesetzes, in dem wörtlich »le rôle positif de la présence française outre-mer, notamment en Afrique du Nord« Erwähnung fand, äußerte sich Besnaci-Lancou nicht<sup>506</sup>. Nachdem dieser Artikel aufgrund der Petition von verschiedenen Historikern wie Claude Liauzu und Gilbert Meynier zum Gegenstand öffentlicher Debatten wurde, nutzte jedoch Besnaci-Lancou das öffentliche Interesse an dem Gesetz, um ihre Position noch einmal zu verdeutlichen<sup>507</sup>. Sie veröffentlichte gemeinsam mit Liauzu in der Tageszeitung »Libération« einen Artikel, in dem die Geschichte der Hilfssoldaten in den kolonialen Kontext eingeordnet wurde. Erneut betonte sie, alle Artikel des Gesetzes zu verurteilen, durch die der Kolonialismus beschönigt werde. Um die Schuld am Schicksal der Hilfssoldaten einzugestehen, müsse der Staat vielmehr die Verantwortung für »la fin tragique de cent trente-deux ans de domination française« übernehmen<sup>508</sup>. Dieser Artikel war die erste gemeinsame Veröffentlichung Besnaci-Lancous und eines namhaften Kolonialhistorikers. Er begründete ihre Zusammenarbeit mit Historikern, die wie sie selbst die Geschichte der Hilfssoldaten im Kontext des Kolonialismus und des im Kolonialismus wurzelnden Rassismus betrachteten und wie sie für eine gemeinsame algerisch-französische Aufarbeitung des Algerienkriegs eintraten<sup>509</sup>. Fortan beteiligte sie sich an historischen Tagungen und gab gemeinsam mit Historikern verschiedene Bücher heraus<sup>510</sup>.

Wie Wormser suchte Besnaci-Lancou ihre Vergangenheitsdeutung durch die Kooperation mit Wissenschaftlern zu bestätigen und näherte sich damit

<sup>505</sup> Ibid.

<sup>506</sup> Loi n° 2005–158 du 23 février 2005 portant reconnaissance de la nation et contribution nationale en faveur des Français rapatriés, Art. 4.

<sup>507</sup> Vgl. zur Petition der Historiker gegen das Gesetz vom 23. Februar 2005 [Kap. 4.6](#).

<sup>508</sup> Fatima BESNACI-LANCOU, Claude LIAUZU, Les harkis, prisonniers de mémoire, in: *Libération*, 2.8.2005.

<sup>509</sup> Vgl. hierzu u. a. Pierre SORLIN, L'histoire franco-algérienne. Un chantier toujours ouvert, in: Frédéric ABÉCASSIS, Gilbert MEYNIER (Hg.), *Pour une histoire franco-algérienne. En finir avec les pressions officielles et les lobbies de mémoire*, Paris 2008, S. 197–207; Sylvie THÉNAULT, France–Algérie. Pour un traitement commun du passé de la guerre d'indépendance, in: *Vingtième siècle* 85 (2005), S. 119–128.

<sup>510</sup> Besnaci-Lancou beteiligte sich auch an der am 23. Februar 2006 an der Universität Jussieu unter anderem von der LDH organisierten Tagung »Un an après la loi du 23 février 2005. Légiférer le passé?« Zu ihren wichtigsten Veröffentlichungen gehören: Fatima BESNACI-LANCOU, *Des harkis envoyés à la mort. Le sort des prisonniers de l'Algérie indépendante (1962–1969)*, Paris 2014; DIES., *Nos mères, paroles blessées. Une autre histoire de harkis*, Paris 2006; DIES., Abderahmen MOUMEN, *Les harkis*, Paris 2008.

dem Lager der Linksintellektuellen in Frankreich an. Diese Kooperation ebenso wie ihre ideologische Nähe zu maghrebischen Einwanderern unterschied die Frauen von Aktivisten wie Sadouni, Klech und Azni, an deren Erinnerungsarbeit sie anknüpften. Die erinnerungspolitischen Aktivitäten dieser männlichen Aktivisten zeugten von einem ambivalenten Verhältnis zur Französischen Republik. Sie sahen sich nicht als gleichberechtigte französische Staatsbürger anerkannt und warteten auf eine Entschuldigung, die sie als Symbol dafür ansahen, dass man sie als Staatsbürger ernst nahm und ihnen einen Platz im nationalen Gedenken einräumte. Die Forderung nach einer Entschuldigung war für sie daher eine Frage der Identität. Ihre Identität war geprägt von einem Gefühl der doppelten Ausgrenzung, insbesondere von französischer, aber auch von algerischer Seite. Aufgrund dieses Gefühls der Ausgrenzung überschritten sich ihre Interessen und Vergangenheitsdeutungen immer wieder mit denen der Verteidiger der *Algérie française*. Wie sie bauten sie eine Gegenerinnerung auf, mit der sie sich gegen den französischen Staat wandten. Auch auf die unversöhnlichen Gesten aus Algerien reagierten sie mit einer Gegenerzählung, in der die Hilfssoldaten die Opfer und der FLN die Täter repräsentierten. Die weiblichen Akteurinnen um Besnaci-Lancou bemühten sich im Gegensatz zu ihren männlichen Vorgängern, eine auf einer doppelten Zugehörigkeit beruhende Identität aufzubauen. Sie forderten eine entschuldigende Geste von der französischen Seite, um sich mit der Französischen Republik versöhnen zu können. Allerdings forderten sie eine solche Geste nicht nur gegenüber den Hilfssoldaten und deren Nachkommen, sondern auch gegenüber den maghrebischen Migranten. Sie sahen nicht nur den Umgang mit den Hilfssoldaten, sondern mit allen Maghrebieren in Frankreich als Zeichen dafür an, dass im Kolonialismus wurzelnde rassistische Strukturen den französischen Universalismus unterwanderten. Durch die Anerkennung dieses gemeinsamen Opferstatus von französischer Seite hofften sie nicht nur sich selbst mit der Republik identifizieren zu können, sondern auch von der algerischen Seite akzeptiert zu werden.

#### **4.9 Unmöglichkeit eines universalistischen Gedenkens**

Das Gedenken an den Algerienkrieg stellte die Französische Republik vor Herausforderungen und zeigte auf, wie schwierig die Durchsetzung eines einheitlichen sinnstiftenden Gedenkens in einer vom Pluralismus geprägten Nation ist. Das Gedenken an den Algerienkrieg spaltete die Nation gleich in mehrere divergierende Gruppen, was als Gefahr für das universalistische Selbstverständnis der Republik wahrgenommen wird. Bereits kurz nach dem Ende des Kriegs zeichnete sich dieser Widerstreit der Erinnerungen ab, als

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Veteranenverbände in den Konflikt um einen Gedenktag für die Gefallenen des Krieges eintraten. Dies erklärt das lange Schweigen und das Bestreben der staatlich-offiziellen Seite, die gruppenbezogenen Versuche eines Gedenkens an den Algerienkrieg zu unterdrücken. Die zwischen ehemaligen Akteuren des Krieges ausgetragenen Kämpfe um die Deutungshoheit der Geschichte verdeutlichen, wie sehr der Algerienkrieg die Nation gespalten hatte. Lange wurden diese Erinnerungskämpfe jedoch von der breiten Öffentlichkeit in Frankreich nicht wahrgenommen. Die Erinnerungen an den Krieg galten, wie Stora 1992 zeigte, als verdrängt, obgleich die Fnaca bereits in den 1970er Jahren forderte, am 19. März der Gefallenen des Algerienkriegs zu gedenken, und seit Anfang der 1980er Jahre auch die einstigen Aktivisten der *Algérie française*, die sich um die Idee der *nostalgérie* formierten, in den Kampf um die Deutungshoheit über das Geschehen eintraten<sup>511</sup>.

Die Aktivisten der *Algérie française* machten die »harkis« erstmals zum Gegenstand der Kontroversen um den Algerienkrieg. Sie erklärten die Hilfssoldaten zu Mitgliedern der Gemeinschaft aller Repatriierten und blendeten damit die Differenzen zwischen europäischen Repatriierten und Hilfssoldaten, das heißt die institutionelle Benachteiligung der muslimischen Repatriierten, insbesondere der Hilfssoldaten in der Französischen Republik aus. Im Rahmen dieser inszenierten Gemeinschaft versuchten diese Aktivisten die Massaker an den Hilfssoldaten mit ihrer eigenen Vergangenheit zu verknüpfen und damit ihren eigenen Opferstatus zu verstärken. Sie bezeichneten die Hilfssoldaten als Soldaten und somit auch als Bürger Frankreichs, versuchten jedoch nicht, deren Identifikation mit der Nation durch die Erinnerungspolitik zu stärken. Im Gegensatz zu den ehemaligen SAS-Offizieren bemühten sich Repatriiertenverbände ebenso wenig wie die extreme Rechte, die Hilfssoldaten in ein einheitsstiftendes nationales Gedenken einzuschreiben, sondern schrieben eine Gegen-erzählung, in der sie die Hilfssoldaten wie sich selbst zu Opfern des von de Gaulle, der damaligen Regierung und der französischen Mehrheitsgesellschaft verübten Verrats stilisierten. Mit dieser Gegenerinnerung wandten sich die Aktivisten der *Algérie française* gegen den Staat und brachten ihren Widerstand gegen die etablierten Parteien und das politische System zum Ausdruck.

In Chirac fanden die Aktivisten der *Algérie française* einen Repräsentanten des Staates, der ihre Interpretation der Vergangenheit zumindest in einigen wesentlichen Punkten teilte. Chirac war nicht nur Repräsentant der Französischen Republik, sondern auch Erinnerungsträger. Als ehemaliger Leutnant zur Zeit des Algerienkrieges vertrat er die These, Algerien sei integraler Bestandteil der Französischen Republik gewesen und de Gaulle habe versucht, den Universalismus auf Algerien zu übertragen. Die Hilfssoldaten verstand er in diesem

511 STORA, La gangrène et l'oubli.

Sinne als französische Soldaten, die gemeinsam mit europäischen Militärs und Siedlern an der Zivilisierung Algeriens mitgewirkt hätten. Chirac sagte den Aktivisten der *Algérie française* bereits in den 1980er Jahren während seiner Zeit als Premierminister zu, sich nach Möglichkeit für diese Deutung der Vergangenheit einzusetzen. Da er jedoch als Präsident und damit oberster Repräsentant des Staates an einer einheitlichen, versöhnenden Geschichtsschreibung interessiert war und zudem die Rolle de Gaulles in dieser Geschichte anders bewertete, kollidierte die Vergangenheitsdeutung Chiracs mit der Gegenerzählung der Aktivisten der *Algérie française*. Als diese de Gaulle im Zuge der durch die Aufarbeitung der Vichy-Vergangenheit stattfindenden Verrechtlichung der Vergangenheitsbewältigung Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwarfen, konnte Chirac als in der Tradition des Gaullismus stehender Staatsvertreter diesen Schritt nicht unterstützen.

Nachdem Chirac zum Staatspräsidenten gewählt worden war, bemühte er sich um eine Ausrichtung der Erinnerungspolitik an der universalistischen Tradition der Republik. Sein Umgang mit der Vichy-Vergangenheit stand modellhaft für diesen Weg. Er erkannte offiziell die Mitschuld von Staatsorganen an den Verbrechen an und verstand dies als entschuldigende Geste gegenüber den Opfergruppen. Die Anerkennung sollte diesen Gruppen ermöglichen, sich im nationalen Gedenken wiederzufinden und damit ihre Identifikation mit der nationalen Gemeinschaft zu stärken. Bezüglich des Algerienkriegs erwies sich dieser Weg für Chirac jedoch als nicht praktikierbar, da sich verschiedene einstige Akteure des Krieges als Opfergruppen verstanden und der Präsident sich mit widerstreitenden Forderungen konfrontiert sah. Die meisten Akteure verstanden die Hilfssoldaten eindeutig als Opfergruppe. Zwar gab der FLN sein Bild der Hilfssoldaten als Verräter oder Kollaborateure nicht auf. Auch einzelne Vertreter der kolonialkritischen Linken hielten an diesem Bild fest und ordneten die Hilfssoldaten als Täter und nicht als Opfer ein. Die algerische Gemeinde in Frankreich hatte sich jedoch ebenso wie ein Großteil der kolonialkritischen Linken von dieser Haltung distanziert und erkannte den Opferstatus der Hilfssoldaten an. Während die Hilfssoldaten für die Aktivisten der *Algérie française* Opfer des Verrats durch de Gaulle waren, verstanden die kolonialkritischen Akteure die Hilfssoldaten jedoch als Opfer des Kolonialsystems, also als Kolonialisierte, die die französische Armee instrumentalisiert hatte und die sich nach der Unabhängigkeit Algeriens in Frankreich mit im Kolonialismus wurzelnden rassistischen Strukturen konfrontiert gesehen hatten. Man ordnete sie einer gemeinsamen Opfergemeinschaft mit den maghrebinischen Einwanderern zu, verlor ihre Täterschaft jedoch nicht aus den Augen, da sie Teil des französischen Repressionsapparats gewesen waren. Diese Vergangenheitsdeutung vertrat auch die Töchter der Hilfssoldaten, die sich durch diese Erinnerungsdeutung eine Identität der doppelten Zugehörigkeit zu schaffen suchten.

#### 4. Die »harkis« und die Aufarbeitung des Algerienkriegs

Chirac sprach zwar nicht, wie die Aktivisten der *Algérie française* forderten, von einem Verrat am französischen Algerien, er zeigte jedoch mit seinen erinnerungspolitischen Gesten als Präsident, dass er die Hilfssoldaten nicht als Opfer des Kolonialismus verstand, sondern ihren Opferstatus mit dem Ende der *Algérie française* verknüpfte. Damit verwies er auf eine Opfergemeinschaft aus europäischen Repatriierten und Hilfssoldaten. Indem er mit dem Gesetz vom 23. Februar 2005 nicht nur die Hilfssoldaten, sondern alle Repatriierten als Opfer anerkannte und im Namen der Republik deren zivilisatorischen Leistungen in Algerien hervorhob, gab Chirac vor, dem universalistischen Prinzip zu folgen. Er gedachte sowohl die Hilfssoldaten als auch die Aktivisten der *Algérie française* mit dem Staat zu versöhnen und in die Republik zu assimilieren. Allerdings schloss Chirac durch dieses Vorgehen andere Gruppen aus dem Gedenken aus. Die damit etablierte Interpretation der Geschichte exkludierte die aus dem Maghreb stammende Gemeinde Frankreichs aus dem nationalen Gedenken. Auch Nachkommen von Hilfssoldaten fanden sich in dieser von oben oktroyierten Geschichtsdeutung nicht wieder. Chirac gelang es mit seinem erinnerungspolitischen Vorgehen nicht, die widerstreitenden Vergangenheitsdeutungen zu vereinen. Um zu einem offiziellen Gedenken zu gelangen, orientierte er sich an der Geschichtsdeutung der Kolonialbefürworter, was damit zu begründen ist, dass er nicht nur als Staatsoberhaupt agierte, sondern zugleich als Erinnerungsträger. Seine eigenen Erinnerungen bestätigten »le rôle positif de la présence française outre-mer«. Diese kolonial geprägte Vergangenheitsdeutung zu begünstigen, hatte Chirac bereits über mehrere Jahre hinweg den Repatriiertenverbänden versprochen. Seine Erinnerungspolitik kann somit auch als Einlösen von Wahlversprechen gewertet werden.

Chirac hatte sich für eine von Interessenvertretungen ehemaliger Akteure tradierte Vergangenheitsdeutung entschieden, ohne verschiedene wissenschaftliche Meinungen einzuholen. Der einzige Historiker, der in den Entstehungsprozess des Gesetzes vom 23. Februar 2005 eingebunden wurde, war Faivre, der in engem Kontakt zu den Interessensvertretungen stand und deren Erinnerungen mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten stützte<sup>512</sup>. Weder der Sichtweise der ehemals Kolonialisierten noch den Deutungen kolonialkritischer Historiker wurde Beachtung geschenkt. Chirac versuchte die ehemaligen Siedler Algeriens mit der Französischen Republik zu versöhnen, nicht jedoch die ehemals Kolonialisierten und deren Nachkommen, deren Geschichtsdeutung mit der der Aktivisten der *Algérie française* kollidierten. Durch dieses staatliche Gedenken sahen sich die Töchter ehemaliger Hilfssoldaten ebenso wie Migranten der

<sup>512</sup> Valérie MORIN, François NADIRAS, Sylvie THÉNAULT, Genèse de la loi du 23 février 2005, in: Histoire coloniale et postcoloniale, <http://histoirecoloniale.net/La-genese-de-la-loi-du-23-fevrier-2005-1-le-lobby-pied-noir-par-Valerie-Morin.html> (26.2.2020).

zweiten Generation in ihrem Vorwurf bestätigt, das universalistische Nationsverständnis diene in Frankreich stets dazu, die Kolonialisierten auszugrenzen.

Die Kontroversen um den Algerienkrieg zeigen, dass das nationale Gedenken das Ergebnis von innergesellschaftlichen Debatten ist, wobei sich stets die Vergangenheitsdeutung der gesellschaftlichen Akteure durchsetzen, die über den meisten Einfluss auf staatliche Akteure verfügen. Von einer einheitsstiftenden nationalen Erinnerung auszugehen bedeutet, die Erinnerungen all jener auszuschließen, die über diesen Einfluss nicht verfügen. Aus diesem Grund fanden die Erinnerungen der algerischen Migranten und der Kinder ehemaliger Hilfssoldaten, die der Republik vorwarfen, mit dem Kolonialismus den Universalismus verraten zu haben, keinen Platz in diesem Verzeichnis nationaler Erinnerungen. Stora wertet die Kontroversen um den Algerienkrieg als Ausdruck einer differentialistischen Realität der Republik. Er deutet dies jedoch nicht als Gefahr für die Idee des Universalismus, sondern vertritt die These, schenkte man allen gruppenbezogenen Erinnerungen gleichermaßen Beachtung, werde damit ein vereinendes Gedenken ermöglicht<sup>513</sup>. Er stellt das Prinzip der Gleichberechtigung im Gedenken vor das Ziel einer Vereinheitlichung des nationalen Gedächtnisses und plädiert dafür, widerstreitenden Vergangenheitsdeutungen Beachtung zu schenken. Der von Chirac verfolgte Ansatz zielte an dieser differentialistischen Realität vorbei. Der in der Frage der Vichy-Vergangenheit verfolgte Ansatz, als entschuldigende Geste gegenüber der Opfergemeinschaft die Verbrechen des französischen Staates anzuerkennen und diese Opfergemeinschaft so mit der Republik zu versöhnen, ließ sich nicht auf die Kontroversen um den Algerienkrieg übertragen. Verschiedene Gruppen reklamierten für sich den alleinigen Opferstatus und Chirac berücksichtigte einige Opfergruppen besonders, während er andere übersah. Dadurch wurden Gruppen von Erinnerungsträgern aus dem nationalen Gedenken ausgeschlossen, wodurch das Festhalten am universalistischen Ideal letztendlich einen exkludierenden Charakter bekam und der Idee der offenen Republik widersprach.

513 STORA, Entretiens avec Thierry Leclère, S. 67.